Dienstag, 26. Juni 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 147 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Terrorismus: In einer scharfen Rede hat US-Außenminister Shultz die Sowjetunion und andere Länder beschuldigt, eine „Terrorliga" zu bilden. Es sei an der Zeit, „lang, hart und ernsthaft" über eine Verteidigung gegen staatlichen Terrorismus „mit angemessenen vorbeugenden Aktionen" nachzudenken. (S. 8)

Strauß: Für Fremdverschulden am Unfalltod der Frau des bayerischen Ministerpräsidenten gibt es *nach Angaben der Münchner* Staatsanwaltschaft keine konkreten Anhaltspunkte. Ein anonymer Anrufer hatte der „Bild"-Zeitung erklärt, er sei Schuld an dem Unfall, da er den Wagen von Marianne *Strauß abgedrängt habe.*

Todesstrafe: 1983 wurden in 39 Ländern mindestens 1699 Menschen hingerichtet, meldet amnesty international.

Frankreich: Mit schweren Ausschreitungen endete in Paris die Großdemonstration gegen die von der Links-Regierung beschlossene Schulreform. Die Opposition spricht von einer *Manifestation* genereller Unzufriedenheit. (S. 8)

Transit: Die „DDR" hat sich bereit erklärt, den Übergang Berlin-Staaken für den Transitverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet bis Ende 1987 offen zu halten. Ursprünglich sollte Staaken zum 1. Januar 1985 geschlossen und der Transitverkehr nach *Hamburg über den neuen Übergang* Heiligensee geleitet werden. Der Zubringer konnte nicht plangerecht fertiggestellt werden.

NATO: Der neue Generalsekretär *der Allianz, Lord Carrington,* betrachtet es als vorrangige Aufgabe, den Europäern darzulegen, daß sie mehr für die Verteidigung tun müßten. Er trat gestern in Brüssel sein neues Amt an.

Renten: Die Sozialpolitiker der Bonner Regierungsparteien haben sich auf die Eckpunkte der Reform der Hinterbliebenenrente geeinigt. Damit dürfte einer zügigen Verwirklichung nichts mehr im Wege stehen. (S. 4)

Heute: Abschluß des EG-Gipfels in Fontainebleau. – KP Italiens wählt Berlinguer-Nachfolger. – Leber legt Einigungsmodell im Metall-Tarifkonflikt vor.

An die Leser der WELT

Trotz der andauernden Streikaktionen der IG Druck erscheint die WELT auch heute mit 16 Seiten. Ein größerer Umfang ist leider nicht möglich. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis. Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Weltwirtschaft: Zeichen einer nachlassenden Expansion in den westlichen Industrieländern sieht das Institut für Weltwirtschaft (Kiel). Könne man für 1984 noch mit einem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von etwa vier Prozent ausgehen, sei für 1985 ein Wachstum von nur noch 2,5 Prozent zu erwarten. (S. 9)

Steag AG: Die Ruhrkohletochter will im Rahmen ihres bisher größten Umweltschutzprogramms 1,2 Milliarden DM für Kraftwerk-Entschwefelungsanlagen aufwenden: Der Konzern konnte seinen Umsatz vergangenes Jahr um zwölf Prozent auf 12,76 Milliarden DM steigern. (S. 11)

Börse: An den Aktienbörsen bröckelten die Kurse überwiegend ab. Der Rentenmarkt war kaum verändert. WELT-Aktienindex 144,6 (145,3). Dollarmittelkurs 2,8073 (2,7868) Mark. Goldpreis pro Feinunze 370,45 (374,25) Dollar.

KULTUR

„Marat": Seinen Sinn für die Bühne wie seine Hand als Komponist beweist Walter Haupt mit seiner ersten Oper – „Marat" nach Peter Weiss –, die jetzt am Kasseler Staatstheater uraufgeführt wurde. Aus dem Konversationsstück von Weiss wird ein bajuwarisch-barockes *Rüpelstück voll praller* Aktion. (S. 15)

Regisseure: In den USA droht der erste Streik der Film- und Fernsehregisseure und -Assistenten, nachdem Tarifverhandlungen in eine Sackgasse geraten sind. Ein Streik könnte die gesamte Filmproduktion sowie Direktübertragungen des Fernsehens, darunter *die von den Olympischen Spielen,* in Frage stellen.

ZITAT DES TAGES



» Internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz ist auch ein wichtiger Baustein für die Erhaltung des Friedens in der Welt «

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bei der Eröffnung der Internationalen Umweltkonferenz in München (S. 4)
FOTO: DPA

SPORT

Reiten: Bundestrainer *Hermann Schridde nominierte* die deutsche Equipe für die Olympischen Spiele: Paul Schockemöhle, Norbert Koof, Franke Sloothaak, Fritz Ligges und Peter Luther. (S. 14)

Fußball: Schon vor dem Finale der EM morgen in Paris steht der finanzielle Erfolg der Titelkämpfe fest: Im Durchschnitt 42 027 Zuschauer sahen die Spiele (1980 in Italien 24 838).

AUS ALLER WELT

Panama-Kanal: So *revolutionär* das Bauwerk bei seiner Einweihung 1914 auch anmutete – heute entspricht es den Anforderungen nicht mehr. Über einen zweiten Durchbruch ist viel spekuliert worden. Jetzt scheint das neue Riesenprojekt konkrete Formen anzunehmen. (S. 16)

Taucher erschossen: Ein vergangene *Woche beim Tauchen in* albanische Hoheitsgewässer geratener Franzose ist erschossen aus der See geborgen worden. Griechische Fischer wollen beobachtet haben, wie er auf dem albanischen Festland von *Soldaten* abgeführt wurde. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt, gelegentlich Niederschlag. Bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Metall-Konflikt: Leber legt heute Einigungsvorschlag vor

Arbeitsamt Bremen zahlt Kurzarbeitergeld / Verschärfung bei Druck

GÜNTHER BADING, Bonn

Die beiden Schlichter im Tarifkonflikt der Metall-Industrie wollen heute ihren Einigungsvorschlag veröffentlichen, der zum Ende des seit *mehr als sechs Wochen andauernden* Streiks in dieser Branche führen soll. Das kündigte der stimmberechtigte der beiden Schlichter, der ehemalige Bundesminister und frühere Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg *Leber*, gestern *in Ludwigsburg* an. In Frankfurt, wo seit dem 13. Juni fünf Tageszeitungen bestreikt werden, kam es am Wochenende zu Unruhen, als Polizisten Streikposten wegtrugen, die die Auslieferung dennoch *gedruckter Blätter* verhindern wollten.

Auch der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinz Franke, will heute seine Entscheidung bekanntgeben, ob die Arbeitsämter nach den Entscheidungen der Landessozialgerichte in Hessen und Bremen nun doch bundesweit Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld an die nur mittelbar vom Arbeitskampf der Metallindustrie betroffenen Arbeitnehmer bezahlen werden. Gestern kündigte die Anstalt an, daß sie in Bremen dem Spruch des Landessozialgerichts folgen und an die 5000 dort regional Betroffenen „unter Vorbehalt" Kurzarbeitergeld zahlen werde. Das Bremer Gericht hatte nicht nur den Erlaß Frankes von Mitte Mai aufgehoben, sonden auch direkt die Zahlung des Kurzarbeitergeldes angeordnet. Das hessische Landessozialgericht hat dagegen nur den Erlaß bis zur Entscheidung in der Hauptsache ausgesetzt. Mit diesem Streit befasst sich seit gestern auf Antrag der *Metall-Arbeitgeber auch das Bundes*verfassungsgericht. Man hofft auf eine Entscheidung über eine einstweilige Anordnung noch in dieser Woche. Die Arbeitgeber sehen durch die Sozialgerichtsurteile das „Grundrecht der Tarifautonomie" beeinträchtigt.

SEITE 8:
Japans Gewerkschaften kämpfen für 40-Stunden-Woche
SEITE 10:
Deutsche Lieferungen fehlen

Franke hatte seine Entscheidung mit dem strikten Neutralitätsgebot des Arbeitsförderungsgesetzes begründet. Demnach darf die Anstalt dann nicht zahlen, wenn sie dadurch den Arbeitskampf beeinflussen könnte. Mit diesem Grundsatz soll verhindert werden, daß bei gleicher Forderung in allen Tarifgebieten Schwerpunktstreiks nur in einem Bezirk geführt werden, wodurch die Zahl der direkt Streikenden kleingehalten würde. Gleichzeitig aber würden die *Unterstützungsleistungen für die von* Streik und Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer – die im Streikgebiet aus der Gewerkschaftskasse bezahlt werden – außerhalb des umkämpften Tarifgebiets tatsächlich auf die Kasse der Arbeitsämter verlagert.

Daß sich die IG Metall der Wirkung der Urteile auf ihre Kampffähigkeit durchaus bewußt ist, geht aus Erklärungen des für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmitglieds Hans Janßen hervor. Er hatte laut einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur noch am Freitag nach Bekanntwerden der beiden Landessozialgerichtsurteile erklärt, damit sei die Verhandlungsposition der Gewerkschaft „ungemein gestärkt" worden. Die IG Metall werde von ihrem bisher größten Druck befreit, sie könne ihre Mittel jetzt „vorbehaltlos für den Arbeitskampf einsetzen". Später erklärte Janßen gegenüber derselben Agentur, er habe mit den „Mitteln" nicht Finanzen, sondern „organisatorische" Mittel gemeint.

Schließt die Vertretung ihre Tore?

Zustrom von „DDR"-Bewohnern / Bonn an „lautlosen Gesprächen" interessiert

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung steht angesichts des Zustroms ausreisewilliger Deutscher aus der „DDR" und der damit verbundenen politischen Komplikationen vor der Entscheidung, ob sie die Ständige Vertretung in Ost-Berlin vorübergehend schließen soll. Auf diese Entwicklung hat gestern der für die Deutschlandpolitik zuständige Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenninger, hingewiesen. Die Räume der Vertretung, so schilderte Jenninger, seien mit derzeit 45 Ausreisewilligen – darunter mehrere Kinder – überfüllt. Als Notbehelf seien Matratzenlager geschaffen worden.

Allerdings haben schon jetzt die Beamten der Ständigen Vertretung auf Anweisung Bonns ihr Verhalten gegenüber Besuchern geändert. Diese werden jetzt nicht mehr, wie bisher üblich, ohne weiteres zu den Büroräumen vorgelassen. Stattdessen werden Besucher jetzt schon am Eingang von Beamten nach ihren Absichten befragt. Nach Darstellung von Jenninger will man schon hier, beim Pförtner, Ausreisewillige davon überzeugen, daß es keinen Sinn habe, die Ausreise in den Westen erzwingen zu wollen. Allerdings, und dies gelte weiterhin, werde niemand mit Gewalt aus der Ständigen Vertretung gedrängt.

Die Bundesregierung ist um eine Lösung der aktuellen „Zufluchtsfälle", wie sie offiziell genannt werden, bemüht. Sie will offensichtlich – wie bei früheren Beispielen – erreichen, daß die Personen die Ständige Vertretung unter Zusicherung der Straffreiheit verlassen und dann im Rahmen der „besonderen humanitären Bemühungen" nach einer Übergangszeit die Ausreisegenehmigung erhalten. Die „DDR" hat sich dazu aber bislang *nicht* bereiterklärt. Bonn hat wohl auch Sorge, die Ereignisse in der Ständigen Vertretung könnten den Besuch von SED-Generalsekretär Honecker im Herbst in der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Jenninger meinte, es sei nicht ganz von der Hand zu weisen, daß solche Vorfälle, sollten sie eskalieren, den Honecker-Besuch „zum Platzen" bringen könnten. Allerdings sei bislang auch bei der „DDR" ein unverändertes Interesse an dem Honecker-Besuch zu erkennen.

Jenninger verhehlte nicht, daß ihn Veröffentlichungen über diese Vorgänge in der Ständigen Vertretung stören. Er sei im Interesse der Menschen an „lautlosen" Gesprächen mit Ost-Berlin interessiert. Unter denen, die Zuflucht in der Vertretung suchten, seien auch Leute, die man „nicht gerade als angenehme Bürger" betrachten könne. Zum Teil hätten sie erhebliche Vorstrafen aufzuweisen und seien in „dreister Form" aufgetreten. Jenninger legte allerdings Wert darauf, zu sagen, daß es sich dabei um Ausnahmen handele.

Als Beleg dafür, daß auch die „DDR" um eine positive Entwicklung der Beziehungen bemüht sei, wertete Jenninger die Entscheidung, den Grenzübergang Staaken in Berlin für den Transitverkehr bis zum 31. Dezember 1987 offenzuhalten. Ursprünglich sollte er Ende des Jahres *geschlossen werden. Zum anderen* seien jetzt 120 der 439 Kilometer Selbstschußanlagen abgebaut worden. Parallel dazu sei allerdings ein 190 Kilometer langer Schutzzaun mit optischen und akustischen Warnanlagen errichtet worden. *Die Grenze sei* „nicht durchlässiger" geworden.

Die Postkunden werden entlastet

Gebührenänderungen schon für den Sommer vorgesehen / Telefonanschluß billiger

GISELA REINERS, Bonn

Um 175 Millionen Mark pro Jahr sollen die Postkunden entlastet werden, wenn der Postverwaltungsrat einem Gebührenpaket von Minister Christian Schwarz-Schilling zustimmt. Es sind Änderungen bei den Gebühren für Telefon, Fernschreiber, Auslandstelegrammen und Datenübermittlungen vorgesehen, die teils zu Erhöhungen, teils zu Verbilligungen führen. Die Gebührenänderungen sollen „so rasch wie möglich noch im Sommer" gültig werden.

Die wichtigsten Neuerungen betreffen das Telefon: Ein Neuanschluß soll künftig nur 65 statt 200 Mark kosten. Zwar hat statistisch gesehen schon jeder Haushalt (24 Millionen) ein Telefon, doch sind es tatsächlich nur 90 Prozent. Wenn drei Jahre lang je 250 000 Hauptanschlüsse noch dazukommen, sichern 500 Millionen Mark jährlich für Investitionen entsprechende Arbeitsplätze. – Die Gebühren für Wiederanschließung, Übernahme und Änderung werden jedoch von 55 auf 65 Mark angehoben. Plus für die Telefonkunden: 80 Millionen.

Der umstrittene dritte Groschen fürs öffentliche Telefon wird erst für die zweite Einheit anfallen. Die ersten 8 Minuten kosten weiterhin 20 Pfennig. Das Defizit in diesem Postbereich wird dadurch bei 170 Millionen gehalten.

Das *Familien-Telefon* wird teurer. Die Betriebskosten waren höher als erwartet. Wer für eine Amtsleitung mit bis zu vier Apparaten 23 Mark zahlte, zahlt künftig 30, bei zwei Amtsleitungen 45 statt 26 Mark im Monat. Plus für die Post: 18 Millionen.

Telefonieren in die EG und in die an die Bundesrepublik angrenzenden Länder wird vereinheitlicht auf 12 Sekunden pro Gebühreneinheit (entspricht dem Zeittakt für Ferngespräche in der Bundesrepublik über 100 Kilometer). Wer zwischen 18 und 8 Uhr werktags in Großbritannien und später auch in Irland, Italien und Griechenland anruft, kann 16 Sekunden pro Einheit sprechen. Der Billigtarif soll auch samstags und sonntags gelten. Plus für die Kunden: 60 Millionen.

Fernschreiben soll mehr kosten. Grund: gestiegene Personalkosten. Außerdem liege die letzte Erhöhung 13 Jahre zurück. Schreiben auf mechanischen *Maschinen* kostet künftig 120 *statt* 105 Mark, auf elektronischen 40 *statt* 36 Mark, bei neuen Maschinentypen 65 Mark. Plus für die Post: 17 Millionen.

Um das Defizit bei Auslandstelegrammen um 10 Millionen zu mildern, werden künftig neben den Wortgebühren 5 Mark als Festgebühr verlangt. – Teurer werden auch die Datenübertragsdienste Datex L und P. In drei Schritten werden die Gebühren neu geordnet und sollen der Post 23 Millionen mehr bringen. Hier kritisiert die SPD, daß Schwarz-Schilling vor einem halben Jahr noch Gebührensenkungen angekündigt hatte.

Im Ballsaal geht es um Europas Zukunft

A. GRAF KAGENECK, Paris

In einem Ballsaal des Schlosses von Fontainebleau, 60 km südlich von Paris, den König Heinrich II. 1550 von Schülern Jules Romains und Leonardo da Vinci mit Fresken voller wollüstiger Liebesszenen ausstatten ließ, sind am Montagnachmittag die zehn Regierungs- und Staatschefs der Europäischen Gemeinschaft und der luxemburgische Kommissionsvorsitzende *Gaston* Thorn zum letzten Europarat unter französischem Vorsitz zusammengetreten. Von Präsident Mitterrand weiß man seit seiner Straßburger Rede vom 24. *Mai, daß er einen* Durchbruch zum „politischen Europa" ohne Rücksicht auf das nach wie vor ungelöste Problem des britischen EG-Beitrages erzielen will.

Auch will der Präsident seine Partner von der Notwendigkeit einer neuen Politik auf industriellem, technologischem und sozialem Gebiet überzeugen, damit Europa besser gegen amerikanische und japanische Konkurrenz gewappnet ist. Die Beratungen begannen am Nachmittag mit einem Bericht Mitterrands über seine Moskau-Reise, den Briten und Italiener mit besonderer Aufmerksamkeit registrierten: Die Außenminister beider Länder werden noch im Sommer die sowjetische Hauptstadt besuchen.

Die Franzosen zeigten sich vor Beginn der Konferenz hinsichtlich der Beseitigung des letzten Hindernisses zu *einer „politischen Union", der* britischen Beitragsfrage, recht optimistisch. Anscheinend hat es britische Zusicherungen gegeben. Viel erwartete man auch von deutscher Hilfe in der Frage, den Briten ihre künftigen Zahlungen durch Erhöhung der Eigeneinkünfte der Gemeinschaft zu erleichtern. Mitterrands Europaminister Dumas sprach von einem „weitverbreiteten politischen Willen aller Partner, die Budgetfrage ein für allemal zu lösen".

Frankreichs Presse äußerte sich gestern ironisch über die Wahl des Konferenzortes. Fontainebleau sei als der Ort in die Geschichte eingegangen, an dem sich Napoleon nach der Niederlage in der Völkerschlacht von Leipzig von seinen Generalen verabschiedet und den Weg in die erste Verbannung angetreten habe. Wenn es einen „Genius loci" gebe, so könne der Abschied eines wirtschaftlich und politisch abgewerteten Mitterrand nach einem Scheitern des Rates nicht ausgeschlossen werden.

DER KOMMENTAR

Streikkasse Nürnberg?

PETER GILLIES

Verteilungskämpfe von heute, so hehr ihre Prinzipien überschrieben sein mögen, reduzieren sich doch meist auf einen Faktor: Kasse. Auch beim Streit über Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an indirekt vom Streik Betroffene geht es um das nämliche Motiv. Die Gewerkschaften wollen für die Kosten eines mittlerweile absurden Arbeitskampfes die Kassen Dritter anzapfen. Auf diesem Weg haben sie Teilerfolge vor Gerichten erstritten.

Ist ein BMW-Beschäftigter, der arbeiten könnte, wenn die Streikenden seiner Firma nicht die Zulieferungen verweigerten, ein Kurzarbeiter? Mitnichten, denn seinem Unternehmen mangelt es keineswegs an Aufträgen. Sein plötzliches Arbeitsplatzrisiko ist nicht konjunktureller oder saisonaler Art, es ist vielmehr hausgemacht durch Streikende in anderen Tarifgebieten. Ferner muß daran erinnert werden, daß die Beiträge der Bundesanstalt aus drei Quellen stammen: von den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und von allen *steuerzahlenden* Bürgern. Zumindest von den beiden letzteren Gruppen wissen wir jedoch, daß sie den Arbeitskampf ablehnen.

Auf dem Rechtswege versucht die *Metallgewerkschaft,* ihre Streikkasse zu entlasten, indem sie Dritte anzapft. Dieser Versuch muß von den höchsten Richtern abgewendet werden, denn er führte zu einer Verlängerung des Arbeitskampfes, obgleich seine Verkürzung angesichts der Riesenschäden nötig wäre. Die Tarifautonomie funktioniert nur, wenn beide Seiten mit vollem Risiko streiten und streiken. Eine partielle Sozialisierung des Risikos verwässert die Haftung für eigenes Verschulden und setzt die Waffengleichheit aufs Spiel. Ohne sie ist ein vernünftiger Kompromiß nicht möglich.

Würden öffentliche Kassen auf Dauer zur gewerkschaftlichen Verfügung stehen, könnten Scharfmacher – weitgehend risikolos – Punktstreiks anzetteln, die in einer Lähmung der gesamten Wirtschaft endeten. Mit dem Kassenzugriff auf den Nürnberger Fonds wäre der Staat zuerst finanziell, schließlich auch politisch einer Gruppe von Funktionären ausgeliefert. Dieser Schaden, der die Streikmacher von der Haftung entpflichtete, überstiege langfristig die aktuellen Produktionsausfälle bei weitem.

Der Ausweg, daß Arbeitsämter einstweilen *„unter Vorbehalt"* zahlen, ist eine Scheinlösung. Niemand bilde sich ein, die Behörden könnten Kurzarbeitergelder später wieder problemlos zurückfordern. Die Lage des Rechts und der Tatsachen ist durch sozialbewegte Gerichte und voreilige Arbeitsämter zersplittert. Sie bedarf einer raschen Klärung – auch im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer.

EG-Präsident: Paris nennt Biedenkopf

ms. Bonn

Die Bundesregierung ist in ihrer Informationspolitik von der Regierung in Paris unterlaufen worden: Der französische Europaminister Dumas erklärte gestern, der 54jährige CDU-Politiker Kurt Biedenkopf sei der „offizielle Kandidat" der Bundesrepublik Deutschland für das Amt des EG-Präsidenten. Biedenkopf solle Ende des Jahres Nachfolger von Gaston Thorn (Luxemburg) werden.

Die Bundesregierung wurde von dieser Mitteilung zum Auftakt des EG-Gipfels in Fontainebleau überrascht. Bundeskanzler Kohl gab nach Rücksprache mit Außenminister Genscher dem Regierungssprecher den Auftrag mitzuteilen, es bestehe „noch kein offizieller Vorschlag" Bonns. Der Kanzler zeigte sich erstaunt über das Vorpreschen der Franzosen. Intern wurde es allerdings als richtig bezeichnet, daß Kohl bei den übrigen europäischen Regierungen den Vorschlag Biedenkopf „sondieren" lasse. Aber es habe keinen Sinn, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn dieses Vorhaben „nicht abgesichert ist", hieß es im Kanzleramt. Die französische Regierung habe offensichtlich den Namen Biedenkopf genannt, um Wünsche aus dem eigenen Land abzuwehren. Andererseits sei aber auch bekannt, daß Belgien großes Interesse zeige, den hochdotierten Posten des EG-Präsidenten zu besetzen. Hier wird der Name des EG-Komissars Davignon genannt, der in diesem Gremium für Industriepolitik zuständig ist.

Wohnungsmarkt: Krise bei Immobilien?

gil. Bonn

Dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik droht nach der heutigen Überversorgung künftig eine „Immobilienkrise", befürchtet der „Kronberger Kreis". Dieses Gremium von Wirtschaftswissenschaftlern marktwirtschaftlicher Prägung empfiehlt dem Staat deshalb, keine Investoren mehr mit Steuervorteilen in den Wohnungsbau zu locken, sondern das Kapital in produktive Investitionen zu lenken.

Gekoppelt ist der Vorschlag mit sehr weit gehenden Anregungen an den Gesetzgeber. Er solle den sozialen Wohnungsbau nicht mehr wie bisher fördern, sondern besser mehr Wohngeld zahlen, um *Einkommensschwachen zu helfen. Das Mietrecht* soll bei Neuvermietungen Vertragsfreiheit für Mieter und Vermieter garantieren. Die derzeit steuerbefreiten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften müßten Steuern zahlen, ihr Wohnungsbestand gehöre privatisiert.

Dem Staat empfehlen die Ökonomen, statt der zu teuren Neubauförderung die Bestandspflege zu verbessern. Einerseits gebe es Haushalte, die wegen der Mietverzerrung in zu großen Wohnungen verharrten, andererseits hätten Wohnungsuchende wegen der hohen Neubaumieten kaum eine Chance auf eine Wohnung, die *ihrem Geldbeutel* entspricht. Für *dirigistische Eingriffe in* den Wohnungsmarkt gebe es angesichts der Überversorgung keinen Grund mehr. Der Kreis empfiehlt mehrere tiefgreifende Steueränderungen.

Seite 2: Teures Leerstück
Seite 9: „Wohnungsberg"


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Made in Space

Von Adalbert Bärwolf

In den Bars von Cape Canaveral ist schon manches Projekt, das sich noch chancenlos hinter dem Horizont versteckt hielt, in der Euphorie des Erfolges mit einer zu optimistischen Prognose bedacht worden. So wurden schon vor 23 Jahren nach dem ersten Schuß eines Menschen auf einer ballistischen Bahn durch den Weltraum auf Whiskywolken schwebende kosmische Fabriken gestartet. Die ersten permanenten Fabriken im All, die kommerziell hochwertige Halbleiter für Computer, Stahlschaum, z. B., für metallurgische Anwendungen oder pharmazeutische Produkte wie hochreine Impfstoffe, Hormone oder Enzyme liefern sollten, wurden für 1980 vorausgesagt. Das Projekt ist bis heute ein Luftschloß geblieben.

Aber immerhin startete jetzt mit dem 12. Flug eines amerikanischen Raumflugzeugs Space Shuttle die erste pharmazeutische Mini-Fabrik. Mehrere Liter einer geheimen biologischen Substanz an Bord des Raumfliegers „Discovery" sollen sich in der Welt ohne Gewicht in eine Konzentration von „Wunder-Hormonen" verwandeln. Das geheimnisvolle Hormon, das nie auf der Erde hergestellt worden ist, soll nach Tierversuchen in einigen Monaten Versuchspersonen gegeben werden. Und in zwei oder drei Jahren könnte das Hormon nach einem medizinischen Durchbruch Millionen von Menschen helfen. Nach Billigung durch die amerikanischen Gesundheitsbehörden könnte das Medikament – „Made in Space" – zunächst in den Drugstores und dann auch bei uns zu haben sein.

Pharmazeutika aus der Welt ohne Gewicht haben das Potential, Krankheiten wirksam zu bekämpfen, die mit den Erzeugnissen erdgebundener pharmazeutischer Fabriken nicht eingedämmt werden können. Nur in der gewichtslosen Welt kann eine Hormonmischung beispielsweise extrem rein getrennt werden. Bei diesem Trennprozeß der Elektrophorese in der Maschine an Bord des Satelliten werden alle anderen Eiweiße und Wasser entfernt. Es entsteht eine Substanz, von der ein Kilo Millionen wert ist.

Deswegen macht die Industrie, die das Hormon auf ihre Kosten im Kosmos produziert, ein Geheimnis daraus. Das ist ihr gutes Recht. Entscheidend ist, daß der Weltraum mit seinen Phänomenen Gewichtslosigkeit, Vakuum, intensive Strahlung und extreme Reinheit auf private Initiative hin nicht nur für die Entwicklung von Strahlenwaffen, sondern für Arzneimittel „Made in Space" genutzt wird.

Das Fürchten gelehrt

Von August Graf Kageneck

Eine Million Demonstranten für die freie Wahl der Schule, die sich gelassen zwar, aber mit der Unwiderstehlichkeit einer Dampfwalze durch die Straßen von Paris wälzten, haben zwar die sozialistische Regierung noch nicht aus ihren Sätteln vertrieben. Aber sie haben sie das Fürchten gelehrt.

Vom Premierminister bis zum sozialistischen Parteisekretär überhäufen sich plötzlich beruhigende Erklärungen, niemand habe auch nur im geringsten je die Absicht gehabt, die Freiheit der Privatschule anzutasten. Die Demonstration schieße damit an ihrem Ziel vorbei und enthülle ihre politische Motivierung.

Dazu ist zweierlei zu sagen: Die Sozialisten hatten ohne Zweifel sehr wohl die Absicht, den hundert Jahre währenden französischen Schul-Dualismus in ihrem Sinne, nämlich durch laizistische Einebnung, zu beenden, und sind daran nur durch die Entschlossenheit der katholischen Eltern- und Lehrerschaft gescheitert. Ihre Bemühungen, eine Unterscheidung zu machen zwischen dem Kampf um die Grundfreiheiten und der Politik, sind ein Versuch am untauglichen Objekt. Der Kampf um die Freiheit, die Erziehung der eigenen Kinder selbst bestimmen zu können, ist grundsätzlich politisch, selbst wenn damit die Absicht verbunden ist, die Politiker, die diese Freiheit beenden wollen, möglichst rasch loszuwerden.

Einige Oppositionspolitiker in Frankreich sind nicht am Ziel vorbei, sondern darüber hinausgeschossen, als sie nach der Niederlage der Linken in den Europa-Wahlen und dem Erfolg der Schuldemonstration die Auflösung des Parlaments mit Neuwahlen verlangten. Sie sollten Geduld üben. Der Kredit, den Frankreich dem Linksregime von drei Jahren gewährte, ist verbraucht und wird sich bis zum Wahltermin 1986 nicht erneuern. Damit wird sich die Schulfrage von selber lösen.

Es bleibt unerfindlich, warum die Sozialisten ihren Sturz durch eine unnötige Provokation der Franzosen selbst beschleunigten.

Wahlstation

Von Manfred Neuber

Ronald Reagan beliebt es, seinen Wahlkampf auf Schlachtfeldern auszutragen. Nach der Normandie, wo vor vierzig Jahren die alliierte Invasion in Europa anlief, wird er demnächst Grenada besuchen – ein Jahr nach der US-Intervention auf der Karibik-Insel.

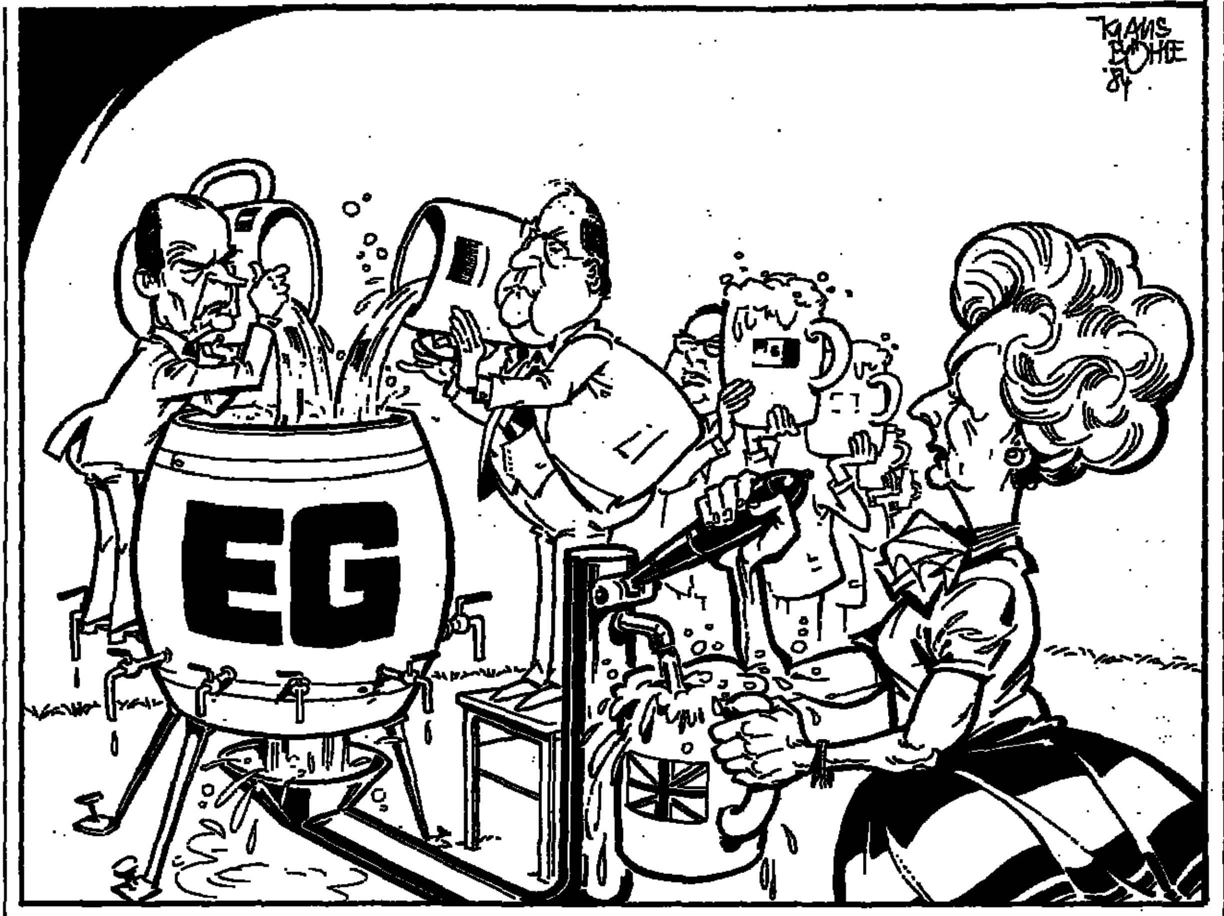
Bis Oktober soll dort die Rollbahn vollendet werden, die von den Kubanern begonnen wurde, den strategischen Argwohn der USA erweckte und indirekt das gemeinsame Eingreifen mit den Nachbarstaaten gegen das Regime auf Grenada auslöste. Zum Dank will man die Piste nach Reagan benennen.

So reibungslos wie bei der Fertigstellung des Flughafens, der Grenada einen touristischen Aufschwung bringen dürfte, geht es mit der Bewältigung der marxistischen Herrschaft und der verfassungsmäßigen Neuordnung nicht voran. Die meisten Grenader halten baldige Wahlen für verfrüht.

Noch steckt die Voruntersuchung wegen des Mordes am früheren Ministerpräsidenten Maurice Bishop in der Anfangsphase, weil die Verteidiger der 20 Angeklagten des revolutionären Volksregimes alle konstitutionellen Schlupflöcher ausnutzen. Die Übergangsregierung ist penibel bemüht, einen fairen Prozeß zu gewährleisten. Während sich der Streit um juristische Spitzfindigkeiten hinzieht, sinkt infolge der Nachwirkungen revolutionärer Mißwirtschaft das Vertrauen in die neue Führung. Allzu gern würde die das Versprechen einlösen, in diesem Jahr Wahlen auszuschreiben, aber die Verhältnisse sind noch nicht danach.

Unter der explosiven Abkürzung TNT hatten sich unlängst drei gemäßigte Parteien zusammengefunden, doch die politische Mitte, mit großen Hoffnungen begrüßt, zerbrach an persönlichen Rivalitäten. Nicht minder stark ist die Zersplitterung auf der Linken, so daß die Kräfte um den exzentrischen Expremier Sir Eric Gairy bisher am besten dastehen.

Das sind keine guten Auspizien für eine neue, lebensfähige Demokratie auf Grenada, zumal sich nur jeder Zweite in das neue Wahlregister eingetragen hat. Trotz aller „Re-education" durch die Amerikaner bleiben vor allem die Jungwähler abseits.



Das Bier der anderen ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Teures Leerstück

Von Peter Gillies

Die bewegten Klagen, hierzulande betrage der Mangel an Wohnungen mindestens eine Million, sind noch gar nicht so alt. Das Schlagwort von der „neuen Wohnungsnot" machte damals die Runde. Heute, nur wenige Jahre später, scheint der Mangel in Überfluß umgeschlagen zu sein, hört man plötzlich das Gegenteil: eine Million Wohnungen stünde leer, weil sich weder Mieter noch Käufer fänden. Plötzlich Überversorgung statt Unterversorgung?

Die Bundesrepublik hat sich mit dem Verzicht auf die Volks- und Wohnstättenzählung einen teuren Luxus erlaubt. Nun verfügt niemand über exakte Zahlen, wie viele Wohnungen es gibt und wie lange wie viele leerstehen. Die Bandbreite der Schätzungen reicht von 200 000 bis eine Million. Nun mag es den Staat nicht scheren, wird eingewendet, wie hoch der Leerstand tatsächlich ist, sein Interesse sei lediglich darauf gerichtet, über eine ausreichende Raumreserve zu verfügen, damit jedermann seine Wohnwünsche erfüllen kann. Diese Einordnung ist jedoch falsch, weil der gleiche Staat jährlich bis zu zwanzig Milliarden Mark an Steuergeldern in einen Markt schießt, dessen Sättigungs- oder Mangelerscheinungen er nicht annähernd kennt.

Gesicherte Erkenntnis dagegen ist, daß es deutlich mehr Wohnungen (26,4 Millionen) als Haushalte (25,3 Millionen) gibt. Unbestritten sind auch die aktuellen Markttendenzen: Die Mieten haben sinkende Tendenz, die Kaufpreise purzeln (manchmal kräftig). Die früher fast ungeordnete Flucht ins „Betongold" ließ unrealistische Vorstellungen vom Wert des Immobilienbesitzes entstehen. Der Markt korrigiert sie jetzt. Betongold ist wieder zu Beton geworden. Überwiegend befinden sich die Nachfrager in einer stärkeren Position. Anbieter von Wohnraum buhlen bereits um Mieter und Käufer.

Nun sagen die Leerstandszahlen – jede ist so richtig wie falsch, weil Widerlegung unmöglich – wenig über die Lage am Ort aus. Im Norden fielen die Preise rascher als im wirtschaftlich dynamischen Süden der Republik. Eine hübsche und komfortable Wohnung in der Innenstadt bleibt begehrt und teuer, eine graue Betonburg auf der grünen Wiese einer Schlafstadt erfreut sich nur abschätziger Nachfrage zu stark gesunkenen Preisen und Mieten. So korrigiert der Markt nicht nur Wertvorstellungen, sondern auch Wohnformen.

Die wohltuende – und vor allem soziale – Ausgleichswirkung des Marktes zwingt die Politik in eine schärfere Begründung. Sich wie bisher am Bauen um jeden Preis zu berauschen, birgt die Gefahr einer gigantischen Fehllenkung knapper Mittel. Manches spricht dafür, daß die Bundesrepublik der Vision einer schieren Mengenproduktion von Wohnungen bereits unvertretbare Opfer gebracht hat. Kapital wird schließlich dringend für Innovationen einer Wirtschaft gebraucht, die sich im scharfen Wind des internationalen Wettbewerbs behaupten muß.

Manches erinnert an den ökonomisch unheilvollen Agrarzyklus: Mit riesigen Summen fördert der Staat den Bau von Wohnungen für sogenannte Bedürftige; schon bei Fertigstellung erweist sich, daß diese Gruppen die Mieten nicht zu bezahlen vermögen, also erfolgt Freistellung und Vermietung an Besserverdienende; falsch programmierte Mieten wie Leerstände werden nachsubventioniert, schließlich besorgt auch der Staat den Abriß. Und das alles nur, weil reglementierte und festgezurrte Mieten die wirklichen Marktsignale vernebeln, mithin auch verhindern, daß die wirklich Bedürftigen die Hilfe erhalten, die ihnen eigentlich zugedacht war. Die Denkschemata ähneln sich: „Reichsnährstand" hie – „Reichsleerstand" dort.



Flaute am Bau: Lehrstück oder Leerstück? FOTO: KLAUS ABS

Umdenken auf mehreren Ebenen ist angezeigt. Eine Freigabe der Mieten würde auch zu Mietsenkungen führen, die Eigentümer zu schärferer Kalkulation zwingen. Sie könnten es sich nicht mehr auf dem Ruhekissen einer staatlich fixierten Kostenmiete bequem machen. Wenn sich erweisen sollte, daß die Miete im Einzelfall nicht tragbar ist, kann ein erhöhtes Wohngeld sozial und gezielt abfedern. Alles sollte darangesetzt werden, den hohen Wohnungsbestand zu mobilisieren, die Mietverzerrungen einzuebnen. Warum nicht die Millionen von Sozialwohnungen den Mietern zum Kauf anbieten? Die eigene Wohnung ist schließlich ein Stück erlebter Freiheit, die bisher leider nur weniger als die Hälfte der Bevölkerung genießt.

Derzeit machen viele „Bauherren" modellhaft die Erfahrung, daß steuerliche Verluste auch in wirkliche Verluste umschlagen können. Auch das nutzt den Mietern, die ja schließlich mit ihren Steuergroschen derartige Modelle attraktiv machten. Die Signale eines deutlich entspannten Wohnungsmarktes sind jedoch von der Politik noch nicht aufgenommen worden. Sie scheut vor den Gruppen zurück, die ihre Besitzstände als gemeinnützig ausgeben und denen ein freier Markt nur Unbequemlichkeiten bereitet.

Der wichtigsten Erkenntnis mangelt es weiter an Verbreitung: Die Wohnung ist zwar ein besonderes, aber auch ein wirtschaftliches Gut. Ignorierte man die Gesetze, nach denen sie gebaut, besteuert, unterhalten, modernisiert, vermietet oder verkauft wird, weiter wie bisher, produzierte man Mangel oder Überfluß mit riesigen volkswirtschaftlichen Kosten. Ganz – oder eigentlich gar nicht – am Rande: Organisierte Unwirtschaftlichkeit ist auch höchst unsozial. So gerät das Leerstück zu einem wohnungspolitischen Lehrstück. Es verdiente ein aufmerksameres Publikum.

IM GESPRÄCH Heinrich Reiter

Das Füllhorn hat ausgedient

Von Peter Schmalz

Die künftigen Turbulenzen sind Heinrich Reiter schon vorhergesagt, wenn er heute in einem Festakt am Kasseler Graf-Bernadotte-Platz aus den Händen von Professor Georg Wannegat die Leitung des Bundessozialgerichts übernimmt. Als Präsident wird Reiter mit einer politisch wie sozial brisanten Frage konfrontiert, deren höchstrichterliche Lösung – das ist schon jetzt erkennbar – gar nicht so ausfallen kann, daß sie nicht ins Kreuzfeuer der Kritik gerät. Der sogenannte „Franke-Erlaß" kommt auf den Prüfstand des Bundessozialgerichts.

Vor 54 Jahren im oberbayerischen Freising geboren, studierte Reiter Rechtswissenschaften in München und Würzburg, baute ein Prädikatsexamen und verblüffte seine Prüfer mit dem Hinweis, er werde zur Landesversicherungsanstalt nach Niederbayern gehen. Da aber ein junger Jurist mit solchen Qualitäten gewöhnlich seine Karriere in einem Ministerium spurt, fragte einer den Prüfling kopfschüttelnd: „Ist das nicht die Stelle, die Beitragsmarken verkauft?"

Reiter aber lernte so das Sozialrecht von der Pike auf, kam später als persönlicher Referent des bayerischen Sozialministers Fritz Pirkl doch noch ins Ministerium, übernahm von 68 bis 71 dessen Bonner Referat und betreute dort die bayerische Initiative, die schließlich zum Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz führte. Inzwischen aufgestiegen zum Ministerialdirigenten, leitet er seither die Abteilung „Sozialversicherung" des Münchner Ministeriums. Das soziale Sicherungssystem sieht er vor erheblichen Krisen, deren Bewältigung ihm als „höchst aufregende Fragen" erscheinen, weil sie, so Reiter, „letztlich für über 90 Prozent unserer Bevölkerung von schicksalhafter Bedeutung sind".



Neuer Präsident des Bundessozialgerichtes: Heinrich Reiter FOTO: CLAUS HAMPEL

Als Herausforderung und Chance zugleich wertet der Kasseler Präsident die problematische Situation: „Eine Herausforderung, Neuordnungskonzepte zu erarbeiten, aber auch eine Chance, daß solche Konzepte dank einer wachsenden Lernbereitschaft aller am politischen Prozeß Beteiligten auch durchsetzbar werden." Daraus spricht die Erkenntnis des Sozialrecht-Experten, daß in diesem Bereich das Füllhorn vorerst ausgedient hat und Sparsamkeit der Zwang der Zeit ist.

So sagt Reiter auch, die höchsten Richter müßten zwar in letzter Instanz eigentlich nur für einen ihnen vorgelegten Einzelfall objektiv Recht sprechen, sie dürften aber dennoch nicht übersehen, daß dieser Singularfall eine Fülle von anderen Fällen mit „unerhörten finanziellen Konsequenzen" betrifft. Reiter ist entschlossen, bei der Abwägung im Rechtsstreit um den „Franke-Erlaß" jede Konsequenz auszuloten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt nimmt den bevorstehenden Amtsantritt des neuen NATO-Generalsekretärs Lord Carrington zum Anlaß für eine Betrachtung über den Zustand des westlichen Bündnisses:

Es gibt eine ganz natürliche Neigung, stets eine Krise der NATO an die Wand zu malen – in einem Bündnis gibt es immer Spannungen zwischen den Mitgliedern –, und die Diskrepanz zwischen der angenommenen Bedrohung und den zu ihrer Abwehr zur Verfügung stehenden Mitteln ist ein immerwährendes Problem. In mancher Beziehung befindet sich das Bündnis jedoch heute in ganz vernünftigem Zustand ... Die bei weitem größte Quelle der Beunruhigung ist die wachsende amerikanische Ungeduld mit Europa ... Die knappe Niederlage, die der Zusatzantrag von Senator Nunn, der eine Kürzung des amerikanischen Truppenkontingents in der NATO vorsah, in der vergangenen Woche erlitt, war eine unangenehme Erinnerung daran, daß Lord Carrington möglicherweise nicht viel Zeit haben wird ... Die Amerikaner haben die Nase voll von dem ständigen Heckenschützenfeuer und der ständigen Kritik seitens ihrer europäischen Verbündeten. Das Beste, was Lord Carrington für die NATO tun kann, ist, die Europäer von der Wichtigkeit zu überzeugen, den Vereinigten Staaten das Gefühl zu geben, daß sie willkommen sind.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Über die Vorstandssitzung der deutschen Sozialdemokraten in Bonn schreibt das Blatt:

Brandt ließ in seinen Ausführungen durchblicken, daß man in der SPD mit dem Vormarsch der Grünen, die gerade in den Europawahlen einen eindrucksvollen Erfolg errangen, noch nicht zu Rande gekommen sei. Einerseits grenzt man sich bei den Sozialdemokraten deutlich gegenüber den Alternativen und Ökologen ab und sieht, wie Brandt hervorhob, in der Gewinnung bürgerlicher Wähler eines der vorrangigen Ziele. Eppler beispielsweise soll wohl mit seiner Popularität bei Umweltschützern und Friedensbewegten ein weiteres Abwandern potentiell grüner Wähler verhindern. Anderseits aber muß man jene Fälle rechtfertigen, wo sich die Grünen als Stütze von SPD-Regierungen und -Verwaltungen unabdingbar gemacht haben.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung schreibt zu der Großdemonstration für die freie Schule in Paris:

Die Ablehnung der Machthaber wächst nur noch weiter und dehnt sich aus. Die linke Intelligenz ist so von ihren sektiererischen Grundsätzen überzeugt, von ihren alten Dogmen und Tabus, letzten Endes zu sehr an ihre Theologie des Hasses und der Unversöhnlichkeit unter dem Banner des Klassenkampfes gebunden, daß sie ihren Weg nur mit Verteufelungen und Exkommunikationen des eigentlichen Frankreichs fortsetzen kann, dem sie mißtraut, weil es den gesunden Menschenverstand der Sozialisierung der Gesellschaft vorzieht. Ihre Intoleranz, ihre irrationale Unfähigkeit der Öffnung für die Ideen anderer führen die Linke dazu, daß ihre Erfahrung an der Macht sich in einen Schiffbruch verwandelt. Nein, die große Demonstration war keine Manipulation. Nein, die Reaktion entsteht nicht bei sogenannten 200 Familien. Sie ist vielmehr ganz einfach die Empörung eines Volkes.

Poeten „auf den lichten Höhen der Zukunft"

In der „DDR" wird die Literatur wieder an die kurze Leine genommen / Von Peter Dittmar

Hat da ein Zensor in Ost-Berlin geschlafen? Oder sollte er etwa absichtlich dem Stellvertreter des Ministers für Kultur, Klaus Höpcke, einen Tort angetan haben? Denn Höpcke hat sich gerade dieser Tage wohlkoordiniert im „Neuen Deutschland", im „Sonntag" und in der „Weltbühne" zum „Sinn unserer Literatur" geäußert. Der für den Buchhandel und die Literatur zuständige Spitzenfunktionär, der sich gern als der „erste Leser" apostrophieren läßt, scheint wieder einmal Ärger mit den ihm unterstellten Poeten zu haben. Darum fühlt er sich veranlaßt, ausführlich darüber zu dozieren, was „sozialistische Literatur" sei.

So liest man in der „Weltbühne": „Was aber den Sozialismus betrifft und seine Literatur: Auf sie sind literarische Konzeptionen aus früheren Zeiten und fremden Welten nicht übertragbar, so auch nicht eine unter dem – seines konkreten geschichtlichen Sinnes beraubten und zum allgemeinen Motto erhobenen – Stichwort Sozialkritik. Eine gegen Ausbeuterunordnung sich wendende und darin höchst verdienstvolle künstlerische Zielrichtung kann nicht für die künstlerische Gestaltung ausbeutungsfreier Verhältnisse maßgebend sein. Für die sozialistische Literatur hat sich ein gesellschaftlich und literarisch neuartiges, umfassendes Konzept bewährt. Es läuft darauf hinaus, die sozialistische Wirklichkeit entwickeln zu helfen."

Nur leider gibt es selbst in der angeblich sozialistischen und darum angeblich auch ausbeutungsfreien „DDR" immer wieder Dichter, die die „sozialistische Wirklichkeit" mit den sie umgebenden Realitäten verwechseln. Sie haben ihr Augenmerk darum nicht auf die „lichten Höhen der Zukunft" gerichtet, sondern nur auf die miese Gegenwart mit Versorgungsmängeln und Einkaufsschlangen, unzureichenden Wohnungen und vergammelten Städten, einer Jugend, die zwischen Passivität und Aufmucken gegenüber ständiger Reglementierung schwankt, und Erwachsenen, die sich mit Heuchelei und „Organisieren" ihre Nische eingerichtet haben. Und sie wissen die Allgegenwart der „Sicherheitsorgane" richtig einzuschätzen. Trotzdem funktioniert offenbar die Koordination zwischen dem Zensor in Ost-Berlin und dem Zensor im Kopf der Schriftsteller nicht richtig. Denn sonst müßte Höpcke nicht den Dichtern im „Neuen Deutschland" erklären, was sie zu wollen haben: „Gefragt sind sozial aktivierende Werke und in ihnen Helden, die Taten für den Fortschritt vollbringen ... Als Antrieb zum Schreiben wirkt bei den Autoren das Streben, die Erfolge des Sozialismus zu würdigen, zu propagieren ..." Die Literatur hat, dekretiert der Ministerstellvertreter, zu ermutigen. Als Leitlinie empfiehlt Höpcke ein Wort des Privatklassikers der „DDR"; Bert Brecht: „Die Wahrheit sagen mag oft bedeuten, Kritik üben. Aber die ganze Wahrheit umfaßt den neuen Vorschlag. Offenbar hat noch niemand Höpcke jene berühmte Fontane-Anekdote erzählt, in der dem Dichter vorgehalten wurde, daß Kritisieren leicht sei, es aber auf das Bessermachen ankäme. Darauf Fontane: „Ich kann beurteilen, ob ein Ei schlecht ist. Muß ich dazu Eierlegen können?"

Mit solchen Spitzfindigkeiten hält sich der „erste Leser" jedoch nicht auf. Er verkündet statt dessen, daß es „das Bedürfnis der Leser (sei), aus der Literatur ideellen, moralischen und philosophischen Gewinn im Sinne des Sozialismus zu schöpfen." Und er fügt hinzu: „Für sie gehört die Befriedigung des Bedürfnisses, sich mit den Helden in den Büchern identifizieren zu können, zu den unentbehrlichen Elementen des künstlerischen Genusses bei der Literatur."

Diese Meinung haben sich die Autoren der Ostberliner Satire-Zeitschrift „Eulenspiegel", obwohl sie den Höpcke-Text noch gar nicht kennen konnten, zu eigen gemacht. Unter der Überschrift „Merkwürdiges aus dem Leben" setzten sie es sofort in die Tat um: „Wenn sie abends so richtig abgekämpft von der Arbeit nach Hause kommt, behauptet unsere Mitarbeiterin Bärbel, links das Netz mit den Flaschen, den Äpfeln und dem Weißkohlkopf, rechts die Tasche mit der Milch, dem Zucker, dem Brot, dem Käse und der Kaffeesahne, am Rockzipfel zwei Kinder und im Kopf das schleifende Sausen der großen, im Maschinensaal hinten links befindlichen Transmission, dann komme ihr selbst die ganze hohe Kunst – wie zum Beispiel „Die Leiden des jungen Werther" oder „Schwanensee" – künstlich vor, sagt unsere Mitarbeiterin Bärbel, weil ihr dann nur echt und lebenswahr vorkomme, sagt sie, wenn jemand – links das Netz mit den Flaschen, Äpfeln und dem Weißkohl, rechts die Tasche mit der Milch, dem Zucker, dem Brot, dem Käse und der Kaffeesahne, am Rockzipfel die zwei Kinder und im Kopf das schleifende Sausen der großen, im Maschinensaal hinten links befindlichen Transmission – so richtig abgekämpft von der Arbeit nach Hause kommt! – Ist dies nicht ein merkwürdiger Standpunkt?"

Was soll Klaus Höpcke zu dieser merkwürdigen Interpretation „sozialistischer Literatur" sagen? Vor allem zu dem Zensor, der diese „Entmutigung" durchgehen ließ?

Streit um die „Tagesschau“ wird erst einmal vertagt

Die Anhänger der „Tagesschau“ um 20 Uhr können aufatmen. Zunächst bleibt es bei diesem Termin. Doch die Freude wird wohl nur kurz sein, denn die Intendanten der großen Sender wollen weiter für ihr neues Programm kämpfen. Mittel, die „Kleinen“ unter Druck zu setzen, haben sie.

Von Hans-Hermann Tietje

Mit einer Vorverlegung der Tagesschau würde man die Perle aus der Krone der ARD nehmen.“ Das glaubt, laut „Medientelegramm“, der Tagesschau-Sprecher Karlheinz Köpcke, die elektronische Vaterfigur der Deutschen. „Was wir wollen, ist endlich Wettbewerbsgleichheit, Chancengleichheit“: Das sagt Lothar Loewe, der Intendant des Senders Freies Berlin (SFB). Er begründet damit die Absicht der ARD, das Abendprogramm vorzuverlegen – was zwangsläufig das Ende des klassischen 20-Uhr-Auftritts von Köpcke & Co. bedeuten würde. Wer hat recht? Was passiert nun mit den abendlichen Fernsehprogrammen, wie ändern sich die Programmschemata *und damit auch der* Termin der Tagesschau, der zwar nicht die zentrale Frage ist, der aber, so scheint es zur Zeit, fast zur nationalen Frage hochstilisiert wird?

Nächste Woche, vom 3. Juli an, beraten die Intendanten der ARD in Klausur dieses Thema in Baden-Baden. Sie werden intern Dinge erörtern, die in der öffentlichen Diskussion bislang noch keine Rolle gespielt haben. Und sie stehen vor dem Problem, daß Einstimmigkeit für die geplante neue Programmstruktur erforderlich, bisher aber nur eine 6:3-Mehrheit dafür unter den Intendanten erkennbar ist: Hilfs (Südwestfunk), Bausch (Süddeutscher Rundfunk) und Lehr (Hessischer Rundfunk) sind dagegen.

Auch in Baden-Baden noch keine Entscheidung

Falls keine Einstimmigkeit zu erzielen ist (und niemand rechnet mit ihr), wird der ARD-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Räuker (NDR) nach Informationen der WELT den Bruch in Baden-Baden vermeiden. Das bedeutet: Es wird auch in Baden-Baden nächste Woche keine Entscheidung über das neue Programmschema fallen, aber die Intendanten Räuker, von Sell (WDR) und Vöth (Bayerischer Rundfunk), die zusammen mehr als 60 Prozent des Programmangebots verantworten und allesamt ein neues Programmschema wollen, werden es noch in diesem Jahr durchsetzen.

An Möglichkeiten, die ARD-interne Opposition unter Druck zu setzen, mangelt es ihnen nicht. Bausch und Anhang werden voraussichtlich sukzessive auf den neuen Kurs einschwenken: Die Gegner der Programmreform veranstalten nur noch Rückzugsgefechte.

Sie haben auch die schlechteren Argumente. Sie schwelgen noch in der schönen Fernsehwelt von gestern, als die ARD allein am Markt war oder sich allenfalls mit einem, zunächst unvollkommenen, ZDF auseinandersetzen mußte. Sie haben nicht begriffen, daß die ganze Debatte um Einschaltquoten und Programmschemata ursächlich mit den unmittelbar bevorstehenden Veränderungen im Fernsehangebot, vor allem durch private Veranstalter, zusammenhängen.

Sie warnen sogar noch davor, sich auf die stärker werdende Kommerzialisierung des Fernsehens einzurichten, *und müßten doch längst* begriffen haben, daß sie diese weder verhindern noch aufhalten können. Das Fernsehen von morgen ist ein im Angebot vielfältiges Medium mit ungleich stärkeren Akzenten im Bereich Unterhaltung. Der Fehler der ARD war es, dies alles zu spät erkannt zu haben.

Davon profitiert seit Jahren immer stärker das Zweite Programm. Aber dies allein erklärt noch nicht den sensationellen Erfolg des ZDF. Er beruht vielmehr auf einem Trick, den die ARD über lange Jahre nicht durchschaut hat: Das ZDF fängt ganz einfach zum besseren Zeitpunkt mit seinem Abendprogramm an. Vielleicht war dies überhaupt das größte Verdienst des ZDF-Intendanten Dieter Stolte: Er begann mit der ZDF-Abendunterhaltung zu einem in der Öffentlichkeit als schlecht empfundenen sogenannten frühen Termin – um *19.30 Uhr.*

Das ZDF, so dachte man jahrelang, nimmt diesen Termin zähneknirschend in Kauf. Tatsächlich ist der ZDF-Termin der richtige. Die ARD hing und hängt zum Teil immer noch nostalgisch am Fixpunkt 20 Uhr – die Tagesschau kommt. Diese Zeit aber wurde festgelegt vor 30 Jahren, als die Deutschen noch gegen 18 Uhr abends nach Hause kamen, als noch niemand von der 35-Stunden-Woche sprach.

Inzwischen beginnt der Feierabend um 16.30 Uhr oder 17 Uhr, das Freizeitverhalten der Menschen in unserem Land hat sich zeitlich nach vorn verschoben. Resultat: Die ARD sitzt auf den falschen Terminen. Daran ändern auch Zahlen nichts, die belegen, daß sich Tagesschau und Tagesthemen unter der Federführung Edmund Grubers in den Einschaltquoten deutlich stabilisiert haben. Dies spricht nur für die Sendeform Tagesschau, aber nicht für den Sendeplatz.

Den will außer den ARD-Nostalgikern und ein paar Fernsehkritikern auch niemand mehr haben. Selbst ZDF-Stolte, der kühle Rechner, will ihn nicht. Ihm hat der Autor in einem persönlichen Gespräch jüngst empfohlen, den 20-Uhr-Sendeplatz, wenn er denn schon so attraktiv sei, in der Sekunde fürs ZDF zu reklamieren, da die ARD aufgebe. „Das“, so sprach Stolte, „kommt nun wirklich nicht in Frage. Das ZDF will ihn nicht, den Sendeplatz 20 Uhr.“

Wie das Publikum reagiert, wenn die ARD den ersten Tagesschautermin auf 18.45 Uhr (ZDF heute: 19 Uhr), den Tagesthemen News-Show-Platz auf 21.30 Uhr (heute-journal: *21.45 Uhr) vorverlegt, ist schwer* abzuschätzen. Daß das ZDF reagieren muß, liegt auf der Hand. Mit der von der ARD ungestörten ZDF-Fernsehidylle jedenfalls dürfte es auf der Stelle vorbei sein.

Politisch brisanter wird die Frage, wie die neue geplante News-Show der ARD denn aussehen soll. Und wer ihr vorstehen soll: Edmund Gruber vielleicht, oder Dieter Kronzukker oder gar Friedrich Nowottny, der Mister Immerfit der politischen Fernsehunterhaltung?

Es geht um Inhalte und Kompetenzen

Dieses Thema: Welches Gesicht bekommt die für 21.30 Uhr geplante, neue Aktualitätenshow? – wird das eigentlich Wichtige in der Diskussion der nächsten Wochen. Und hier zeigt sich, daß manche zwar dasselbe sagen, aber nicht das gleiche meinen. Der ARD-Vorsitzende Räuker will gleichzeitig mit dem neuen Sendeplatz auch eine neue inhaltliche Bestimmung der News-Show vornehmen lassen. Der WDR-Intendant von Sell, wie Räuker Befürworter eines neuen Programmschemas, will zunächst einmal nur den neuen Sendeplatz festschreiben lassen, über die Gestaltung aber nicht unbedingt sofort entscheiden.

Hintergrund: Es geht um Inhalte und Kompetenzen für die 21.30 Uhr-Ausgabe der politischen Informationssendung. Aus Räukers Umgebung ist zu erfahren, daß der NRD-Intendant auf einer reinen Nachrichtensendung besteht. Von von Sell weiß man, daß ihm eine Sendung lieb wäre, die neben Nachrichten und Korrespondentenberichten auch Kommentare in diverser Form enthält. An diesem Punkt wird deutlich, wie sehr die Frage des Programmschemas auch zu einer politischen Machtfrage wird. Abgesehen davon, wozu der ARD-Kommentar eigentlich noch nützlich sein soll: Er ist oft qualitativ auf einem Niveau, dessen sich eine solide Tageszeitung schämen würde, und ebensooft wird er zur billigen Stimmungsmache mißbraucht.



Elektronische Vaterfigur der Deutschen: Karlheinz Köpcke FOTO: DIE WELT



19 Millionen Tonnen Hausmüll und 6,5 Millionen Tonnen Gewerbeabfälle werden jährlich abgefahren FOTO: MANFRED VOLLMER

Im Bleibergwerk sieht Köln seine letzte Rettung

Die Stadt Köln hat das große Los gezogen. Sie sicherte sich ein Bleibergwerk in der Eifel – und benutzt es als Müllkippe. Der Neid anderer Städte ist den Kölnern sicher, denn die Gemeinden ertrinken im Müll.

Von EBERHARD NITSCHKE

Die Mülldeponien sind weitgehend voll, ihre Zahl hat in den letzten Jahren ständig abgenommen. Müllverbrennungsanlagen haben ihre Tücken und werden durch Bürgerinitiativen bekämpft. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit fährt die Deutsche Bundesbahn Müll über *hundert* und *mehr Kilometer* aus abfallbedrängten Städten hinaus. Jüngstes Beispiel ist Köln, das sich als neue Kippe ein altes Bleibergwerk in der Eifel gesichert hat.

Über 19 Millionen Tonnen Hausmüll und etwa 6,5 Millionen Tonnen „hausmüllartige Gewerbeabfälle“ türmen sich jedes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland auf. Davon werden rund 20 Millionen Tonnen auf den immer seltener werdenden Deponien gelagert, außerdem werden um die 4,5 Millionen Tonnen in Verbrennungsanlagen beseitigt. Ein winziger Rest angesichts dieses gewaltigen Müllbergs, der alljährlich ziemlich genauso hoch wäre wie die 2962 Meter hohe Zugspitze, wird zu Kompost, zu Schrott, zu Rohmaterial zur Flaschenproduktion.

Aufgesogen werden solche mit großem Aufwand errungenen Erfolge aber zum Beispiel vom Verpakkungs-Kult. So fallen jedes Jahr in der *Bundesrepublik 2,5 Milliarden* Getränke-Dosen an. Zur Eindämmung solcher neuerlichen Gefahr strebt Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann als Umweltminister eine „Dosen-Steuer“ an, wenn alles gute Zureden an die betreffende Industrie nichts nutzen sollte. Inzwischen wachsen die Müll-Gebirge aber weiter.

Nur bis 1987 hat der zuständige Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes der Stadt Bonn erlaubt, ihre außerhalb des Stadtgebietes liegende zentrale Kippe im benachbarten Hersel, ursprünglich eine Kiesgrube, zu benutzen. Ganz ernsthaft hat die Stadt ihren rund 300 000 Bürgern daraufhin mit einem Flugblatt mitgeteilt, wenn es nicht gelinge, pünktlich zur Deponieschließung eine funktionierende Müllverbrennungsanlage zu haben, dann wolle man den Müll einstweilen anderen Orten zuführen, um ihn später, wenn alles geregelt *sei, dort wieder abzuholen*. Schon ist das Wort vom „Müllnotstand“ in die Debatte gekommen. Schon sucht man auch Schuldige für eine angeblich überflüssige Zahlung der Stadt von beiläufig 4,5 Millionen Mark an die Deponie-Verpachter, weil, wie es heißt, „die Gefahr einer Schließung drohte“ und „Schaden von der Stadt gewendet“ werden müsse.

In Köln, der einzigen Großstadt im Bundesgebiet, die bisher keine Müllverbrennungsanlage brauchte, weil es ringsum genug verfüllbare Löcher durch den Braunkohlen-Tagesabbau gab, gehen diese idyllischen Zeiten zu Ende. Das letzte Loch, pikanterweise mitten im „Erholungsgebiet Liblarer See“, ist bis 1995 *offen. Köln hat sich,* die Zukunft vor Augen, das rund 80 Kilometer entfernte stillgelegte Bleibergwerk in Mechernich bei Euskirchen gesichert. Das hat ein Aufnahmevolumen von phantastischen 48,5 Millionen Kubikmetern, bei 1,2 Millionen Tonnen Müll pro Jahr von Köln also eine Attraktion ersten Ranges.

Ab 1. Januar 1985, so der Leiter des Kölner Stadtreinigungs- und Fuhramtes, Horst Gausmann, beginnt man den Müll-Transport über die Straße mit 50 000 Jahrestonnen, ab 1987 mit der doppelten Menge über die Schiene, und diese Menge wird bis 1997 auf 250 000 Tonnen gesteigert.

Nichts Schöneres kann einem Oberstadt- oder Oberkreisdirektor heute passieren, als für viel Geld in vertretbarer Entfernung eine ordentliche Müllgrube angeboten zu bekommen. Auch dann, wenn sie erst noch mit enormem Aufwand für die Auf*nahme von Abfall hergerichtet* werden muß. In die Großdeponie von Köln werden in Kürze hundert Millionen Mark für Sickerwasser-Reinigung und Entgasung geflossen sein.

Wo die Grenzen eines Recycling von Müll gezogen sind, wird am Beispiel von Köln besonders deutlich. Im *Kölner Müll,* so Gausmann, befinden sich durchschnittlich 26,1 Prozent Papier und Pappen. Die Frage sei aber: Wer will das? Insgesamt wurden in der Bundesrepublik Deutschland vom Markt 3,5 Millionen Tonnen Recycling-Papier aufgenommen (und 9,4 Millionen Tonnen fallen an). Außerdem muß aber jetzt, wo die Stadt am „Liblarer See“ auch noch mehr als 100 000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr abládt, der trotz Auspressens 75 Prozent Feuchtigkeit enthält, ein stabilisierendes Element vorhanden sein. Sonst, so der Fuhrparkleiter, „schwimmt mir die ganze Gegend weg“.

Wer kein Bleibergwerk bekommen kann, muß sich anders helfen. Der Rheinisch-Bergische-Kreis hat sich eine neue „Zentraldeponie“ geschaffen, indem man eine „Mülltalsperre“ baute. In Remshagen bei Engelskirchen wurde ein Taleinschnitt mit einem großen Damm geschlossen, dahinter kann bis zum Jahre 2010 der Müll der Region abkippen.

Hilft Recycling? Es würde nach den Berechnungen des Amtes pro Tonne 100 Mark kosten – soviel wie die Verbrennung, die dazu noch verkaufbare Wärme liefert. Nur bei Flaschen sei der Kreislauf kostendekkend. Im übrigen hat Hausmüll nach Expertenansicht pro Tonne einen Brennwert wie etwa 250 Liter Heizöl.

*Optimistischer schätzt das Bundes*umweltamt in West-Berlin die Recycling-Lage ein. Im letzten Jahresbericht heißt es darüber: „Durch die Rohstoff-Rückgewinnung von Papier, Pappe, Kunststoff und Metall läßt sich eine Reduzierung des Hausmüllaufkommens um etwa 25 bis 30 Prozent des Gewichts erreichen. Dieses entspricht einer Volumenreduktion auf der Deponie von bis zu 50 Prozent.“ Und weiter: „Noch eine Volumenminderung um etwa 20 Prozent ergibt sich durch Kompostierung der organischen Restfraktion, so daß insgesamt mit einer Volumeneinsparung um ca. 70 Prozent gerechnet werden kann.“

Schön wär's. Doch trotz aller schon arbeitenden Sortier-Einrichtungen und trotz „BRAM“, des Forschungs- und Entwicklungsprojektes „Brennstoff aus Müll“ vom Bundesminister für Forschung und Technologie in Bonn – die Kommunen richten sich *langfristig auf den großen Engpaß* ein.

Bis 1990, hat das Institut für Urbanistik (DIFU) errechnet, wird es in der Bundesrepublik und in West-Berlin einen um 25 Prozent gestiegenen Fahrzeugbedarf der Sammler und Transporteure von Hausmüll geben, das heißt, bis dahin sind 10 000 Müllfahrzeuge zu beschaffen, wenn man ihre Nutzungsdauer mit 7,5 Jahren annimmt. Vorgestellt werden die jüngsten Modelle mit den tollsten Verdichtungsmaschinen an Bord auf einer Messe, die den schönen Namen „Entsorga“ trägt.

Doch wenn die Städte stöhnen, lenkt man ihr Interesse gern auf den ländlichen Raum, wo es beim Müllproblem nicht anders aussieht. Das eindrucksvollste Beispiel ist hier das Müllkraftwerk im fränkischen Schwandorf, für das Müllzüge der Bundesbahn mit sonst nicht unterzubringender stinkender Fracht bis zu *200 Kilometer anrollen.*

WIE WAR DAS?

Als Tito KZ-Opfer verurteilte

Von CARL G. STRÖHM

In der slowenischen Landeshauptstadt Laibach (Ljubljana) ist jetzt eines der düstersten Kapitel der jüngsten Vergangenheit des kommunistischen Jugoslawien öffentlich behandelt worden. Organisiert vom slowenischen Pen-Zentrum fand eine öffentliche Diskussion über den soeben erschienenen Roman „Tod auf Raten“ des slowenischen Schriftstellers Igor Torkar statt. Der Roman schildert die sogenannten Dachau-Prozesse, die 1948–1952 in Laibach und Split abgehalten wurden.

Angeklagt waren damals zahlreiche ehemalige jugoslawische Häftlinge aus dem deutschen Konzentrationslager Dachau – fast durchweg Kommunisten oder Anhänger der Linken, unter ihnen auch einige Spanien-Kämpfer. Die aus der KZ-Haft des Dritten Reiches in das neue kommunistische Jugoslawien Titos Heimgekehrten wurden beschuldigt, mit der Gestapo und der SS im Lager kollaboriert zu haben. Das *Argument* der Anklage lautete: Ein Kommunist, der Dachau überlebt habe, müsse mit den Wachmannschaften unter einer Decke gesteckt haben – sonst wäre er nicht davongekommen.

Das Resultat: Elf der ehemaligen KZ-Häftlinge wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, zahlreiche andere Angeklagte erhielten langjährige Freiheitsstrafen. Der Autor des Romans, der sich jetzt den Schriftstellernamen Torkar zugelegt hat, war unter seinem wirklichen *Namen* Boris Fakin einer der Verurteilten. Er erhielt acht Jahre – und als er sich über die Höhe der Strafe beschwerte, wurde das Urteil auf zwölf Jahre Zuchthaus erhöht.

Die Öffentlichkeit Sloweniens, nicht zuletzt die junge Generation, stellt jetzt die Frage: Wie war ein solcher Prozeß möglich? Inzwischen sind nämlich die damals zu Freiheitsstrafen Verurteilten nicht nur rehabilitiert und längst freigelassen worden. Rehabilitiert wurden auch die elf Hingerichteten, denen niemand mehr helfen kann. Das oberste Gericht Sloweniens hob 1971 die Freiheitsstrafen und 1976 die Todesurteile formell auf – mit der Begründung, sie entbehrten jeder Grundlage.

Das Zagreber Wochenmagazin „Danas“ bezeichnet die damaligen Prozesse als „irrational und unbegreiflich“. Wie bei den schlimmsten Moskauer Schauprozessen der Stalin-Ära wurden die *Angeklagten* des Dachau-Prozesses auf Grund von konstruierten „Beweisen“ belastet und – wie es in der jugoslawischen Zeitschrift heißt – in Untersuchungshaft so lange „bearbeitet“ und „überzeugt“, bis sie alle ein (falsches) Geständnis ablegten.

Interessant ist dabei, daß die Urteile erst nach dem Bruch Jugoslawiens mit Stalin und den Sowjets, also nach 1948, gefällt wurden – zu einer Zeit also, als etwa in den Jahren 1951 und 1952 Tito selber bereits Kritik an den Moskauer Schauprozessen übte, als ferner die jugoslawischen Kommunisten sich über den Rajk-Schauprozeß in Budapest und den Kostow-Prozeß in Bulgarien empörten. Zur gleichen Zeit rollte in ihrem eigenen Land ein Schauprozeß nach genau dem gleichen Moskauer Schema ab.

Inzwischen hat die Laibacher Jugendzeitschrift „Mladina“ Aussagen des Staatsanwalts und *Anklägers* der damaligen *Prozesse, eines gewissen* Vladimir Krivic, veröffentlicht. Krivic bestreitet darin, daß ihm damals bereits die Unschuld der Angeklagten bekannt gewesen sei. Die Anordnungen habe er „von oben“ erhalten. Man habe, so entschuldigt sich der ehemalige Staatsanwalt, damals „sehr wenig“ über die wirklichen Zustände im ehemaligen Lager Dachau gewußt.

Es sei ihm auch damals nicht bekannt gewesen, daß die Sowjets der jugoslawischen Regierung 1947 eine Liste mit „verdächtigen“ Personen aus dem Lager Dachau übergeben hätten. Auf die Frage, wer denn wirklich gewußt habe, daß der ganze Dachau-Prozeß konstruiert und alle Geständnisse falsch waren, kann Krivic auch jetzt keine Antwort geben. Es läßt sich allerdings kaum vorstellen, daß die damalige oberste Partei- und Staatsführung von alldem nichts geahnt haben soll.

Der einstmalige Staatsanwalt jedenfalls zieht jetzt öffentlich die Konsequenzen aus dem damaligen düsteren und blutigen Geschehen. Er spricht sich öffentlich dafür aus, daß die Unabhängigkeit der Richter in Jugoslawien gestärkt werden und die Richter vom Volk in geheimer Abstimmung gewählt werden sollten.

„Die Dachau-Angeklagten waren das Opferlamm auf dem Altar Stalins“, hieß es während der Laibacher Diskussion, zu der eine große Anzahl von Menschen erschienen war. Dann wurde bei der Behandlung des brisanten Buchs auch vor der „übertriebenen Furcht vor Feinden“ gewarnt – vor Feinden, die man sich möglicherweise selber „ausgedacht“ und konstruiert habe.

Ein Prozeß gegen Otelo – Chance für Portugals Neubesinnung

Er nennt sich selbst „Fidel Castro von Europa“. Er predigt Gewalt und jammert über die verlorene portugiesische Revolution. Jetzt wurde Otelo Carvalho verhaftet. Er soll Haupt einer terroristischen Bewegung sein.

Von ROLF GÖRTZ

Otelo Saraiva Carvalho, der Organisator der Revolution der Roten Nelken – Otelo, der Volksheld, sitzt im Ford Caxias in Festungshaft. Festgenommen im Zuge einer Polizeiaktion, die seit einer Woche 43 Terrorverdächtige hinter *Schloß und Riegel brachte.*

Der einstige Chef der Sicherheitsstreitkräfte Portugals steht im Verdacht, Haupt einer terroristischen Bewegung zu sein. So geht es aus der Anklageschrift hervor, die ihm der Untersuchungsrichter am Samstag überreichte.

In den Büros der „Volksfront“-Partei FUP, an deren Spitze Otelo Carvalho steht, und in den Schlupfwinkeln der ihr angeschlossenen Terrororganisation „Volksfront FP-25“ – benannt nach dem Revolutionsbeginn im April 1974 – fand man fünf Tonnen „Bürgerkriegsmaterial“, Dokumente, Sprengstoff und Waffen. Die sorgfältig vorbereitete Polizeiaktion reagierte auf eine Serie von 13 politischen Morden und unzählige Banküberfälle, zu denen sich die FP-25 nach dem Vorbild der spanischen Eta bekannte.

Es überrascht nicht, daß hinter der ersten Terrororganisation Portugals der Anarcho-Kommunist Otelo Carvalho steht. Seit Jahren predigt er in den Elendsquartieren der Industriezonen und in den dürftigen Hütten der von der kommunistischen Landreform enttäuschten Tagelöhner die Gewalt. Ganz offen bedauert es Carvalho, daß die Revolution ohne jedes Blutvergießen über die Bühne ging.

Der heute 48 Jahre alte Militär ging den Weg so mancher Revolutionärs, dessen Charisma und Einfluß die offizielle KP für ihre Zwecke ausnützt, um sie dann fallenzulassen, wenn ihre Aufgabe erfüllt ist und sie sich nicht der strikten, von Moskau diktierten Disziplin unterwerfen.

Schon bald, nachdem die roten Offiziere Portugals der Sowjetunion die ehemaligen Kolonien in Afrika zugeschanzt hatten, brauchte der Kreml *sie nicht mehr.* Portugals KP ließ den in Moçambique geborenen Oberstleutnant Otelo Carvalho fallen. Und also versuchte dieser den vermeintlichen Alleingang als der „Fidel Castro Europas“, wie er sich selbst bei einem Staatsbesuch in Havana nannte. Auch Kubas Diktator stand schließlich lange Zeit im Gegensatz zur KP seines Landes.

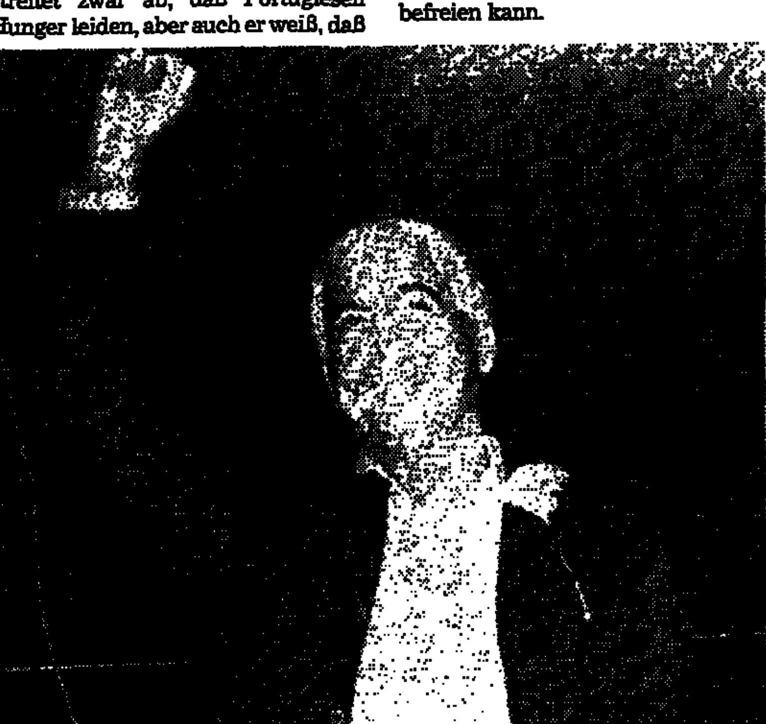
Aber vergeblich ließ der vorübergehend zum General avancierte Carvalho im Sommer 1975 seine Straßenpanzer vor dem Parlament auffahren, um die Verfassungsgebende Versammlung und die Regierung zum Rücktritt zu zwingen.

Ein Putschversuch gegen die werdende Demokratie ganz ähnlich dem spanischer Offiziere im Jahre 1981. Nur – Otelos Panzer rollten von links auf das Parlament, die spanischen Tejeros aber kamen von rechts. So durfte Otelo Carvalho nach kurzer Haft weiterhin, als sei nichts geschehen, den Bürgerkrieg schüren und ihn in der Praxis der Bomben und Pistolen vorbereiten.

Diese historischen Hintergründe auszuleuchten, auch die Rolle, die die Moskau-treue KP in allem spielt, wäre die Aufgabe des Gerichtsprozesses gegen Carvalho, wenn dieser Prozeß mehr als nur eine oberflächliche Strafaktion sein soll.

Der aufkeimende Terrorismus in einem Volke, das doch viel eher dem Fatalismus zuneigt, muß als Symptom betrachtet werden. Wie kommt es denn zu einer solchen Revolutionsbereitschaft? Warum finden die Prediger gegen den „Kapitalismus und die Ausbeutung“ plötzlich wieder mehr Gehör, nachdem doch das Gros der Arbeiter die Sozialisierung der Wirtschaft als ein bitteres und teures Experiment am eigenen Leibe erfahren und deshalb abgelehnt hatte? Wer diesen widersprüchlichen Fragen nachgeht, muß die sozialwirtschaftliche Situation des Landes ausleuchten.

Ministerpräsident Mario Soares streitet zwar ab, daß Portugiesen Hunger leiden, aber auch er weiß, daß in den Schulen manche Kinder aus Schwäche zusammenbrechen, weil den Eltern das Geld für die zu teuer gewordene Milch fehlt. Die echte Not weiter Bevölkerungskreise folgt einer zögernden Wirtschaftspolitik, die sich nicht von den utopischen Mandaten der Revolution von 1974 und 1975 befreien kann.



Geballte Faust und rote Nelke: Markenzeichen von Otelo Carvalho FOTO: AP

Soares selbst sprach zwar von der Notwendigkeit, ideologischen Ballast abzuwerfen. Im Bemühen um eine Europäisierung der Gesetze aber konnte er sich nicht gegen die eigene Parteilinke und gegen die kommunistische Opposition durchsetzen. Und so blieb vieles Unaufschiebbare liegen, was eigentlich schon vor einem Jahr hätte durchgepaukt werden können.

Offensichtlich muß Soares befürchten, daß ein Teil seiner eigenen Leute in jene „demokratische Volksbewegung“ MAD abwandert, die die portugiesische Linke mit Unterstützung der KP als die künftige Partei des Staatspräsidenten General Eanes organisieren will, wenn dieser bei den Präsidentschaftswahlen 1985 nicht mehr kandidieren darf.

Und auf den General blicken immer mehr auch konservative Portugiesen als den Retter aus der Not. Aber wenig spricht dafür, daß sich General Eanes gegen seine Ratgeber stellen wird, wenn diese genau das fordern, was Portugal an den Abgrund brachte, nämlich die Sozialisierung der Wirtschaft als den Kern der Revolution von 1974. Der Fall Otelo ist geeignet, all diesen Dingen auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis könnte die Selbstbesinnung einer Nation sein, die sich entschließt, der EG beizutreten. (SAD)

Möllemann kündigt Strafanzeige an

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, hat nachdrücklich alle Vorwürfe zurückgewiesen, nach denen er private wirtschaftliche Interessen mit Amtsgeschäften verknüpft haben soll. Über entsprechende Anschuldigungen hatte *in der letzten Woche der „Spiegel"* in einem neunseitigen Artikel berichtet. Gegen sie setzte sich Möllemann gestern mit einer 15 Punkte umfassenden Gegendarstellung zur Wehr.

Außerdem warf Möllemann, der auch FDP-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai nächsten Jahres ist, in einer *Sechs-Seiten-Erklärung dem* Magazin vor, „einen Vernichtungsfeldzug gegen die FDP und die Bundesregierung führen" zu wollen. Der Artikel ziele „absichtsvoll" darauf hin, „der FDP insgesamt und mir persönlich politischen Schaden zuzufügen". Gleichzeitig will er gegen die Vorwürfe „mit allen gebotenen rechtlichen Mitteln" vorgehen.

Dazu soll eine Klage auf Unterlassung und eine Strafanzeige gegen den früheren Mitgesellschafter des TFK-Verlags, Georg Fuß, in dem die im *November 1982 eingegangene* Jugendzeitschrift „twen" erschienen war, gestellt werden. Laut „Spiegel" hatte unter anderem Fuß erklärt, Möllemann habe noch nach seinem Amtsantritt als Staatsminister nach dem Bonner Koalitionswechsel am *1. Oktober 1982 zur* Abdeckung und zum Ausgleich von TFK-Verlusten seinen ehemaligen Partnern andere Geschäfte im Nahen Osten vermitteln wollen. Dazu bekräftigte der FDP-Politiker jetzt ausdrücklich, daß er „sofort nach der Berufung zum *Staatsminister alle wirtschaftlichen* Betätigungen eingestellt und meine Firmenbeteiligungen aufgegeben" habe. Außerdem habe er nicht „auf eigene Rechnung" in Arabien Firmen die Türen geöffnet. Dies mache er „nur im Interesse der deutschen Wirtschaft, *ohne hieraus* persönlich einen Vorteil zu ziehen".

Möllemann hatte bereits rund eine Woche vor der Veröffentlichung die ihm vom „Spiegel" gemachten Vorhaltungen in einem Fünf-Seiten-Brief zurückgewiesen. Nachdem er wegen des Berichts ins Zwielicht der Öffentlichkeit gekommen war, hatten sowohl *er als auch FDP-Chef Hans-*Dietrich Genscher Forderungen nach seinem Rücktritt zurückgewiesen.

„Wichtiger Baustein für Erhaltung des Friedens"

Zimmermann eröffnet Umweltkonferenz in München

AP/DW. München

Bundesinnenminister Friedrich *Zimmermann hat die* 31 Teilnehmerstaaten der Internationalen Umweltschutzkonferenz in München zur Zusammenarbeit im Kampf gegen die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung aufgerufen. Bei der Eröffnung der bis Mittwoch dauernden Konferenz erklärte *Zimmermann* gestern, Umweltschutz sei nach der Sicherung des Friedens die wichtigste politische Aufgabe. Internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz unabhängig von den Gesellschaftssystemen der Staaten sei auch „ein wichtiger Baustein für die Erhaltung des Friedens".

Zimmermann verwies auf die KSZE-Konferenzen von Helsinki und Madrid, die den Umweltschutz als „wichtiges Gebiet der internationalen Zusammenarbeit zwischen Ost und West" bestätigt hätten. Seither habe die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) ihre gemeinsamen Bemühungen auf diesem Gebiet verstärkt, was zu dem von 34 Staaten unterzeichneten und im März letzten Jahres in Kraft gesetzten Genfer *Übereinkommen zur* Bekämpfung weiträumiger grenzüberschreitender Luftverschmutzung geführt habe. Dies sei ein „Beweis für den ernsthaften Willen" aller ECE-Staaten, die Luftverschmutzung national und international „spürbar zu senken".

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte *in einem* verlesenen Grußwort, die „außerordentliche Bedeutung" der Konferenz bestehe darin, daß West und Ost über alles Trennende hinweg zur Beratung praktischer Lösungen bereit seien.

Politischer Impuls

In München werde der Beweis angetreten, daß „Dialog und Zusammenarbeit für alle Seiten notwendig und nützlich" seien. Die Konferenz solle auch einen politischen Impuls dafür geben, daß die Industriestaaten Wissenschaft und Technik zur Überwindung der Probleme gemeinsam nutzen.

Nach den Worten von Zimmermann haben die Umweltschäden infolge weiträumigen Transports in den *letzten Jahren „dramatisch zugenommen"*. In der Bundesrepublik und anderen mitteleuropäischen Staaten *zeigten sich großflächige* Waldschäden, andere Staaten stellten eine „erhebliche Versauerung" ihrer Gewässer fest. In vielen Regionen zeigten sich Schäden an historischen Bauwerken, nicht zuletzt sei die Gesundheit der Menschen gefährdet. Zimmermann forderte die Teilnehmerstaaten auf, „wirksame Maßnahmen *an allen Quellen der Verschmutzung*" zu treffen.

Ziel der Konferenz sei es unter anderem, „auf hoher politischer Ebene wirksame Konzeptionen und Strategien zur Schadensabwehr" zu suchen und die Zusammenarbeit auf der nördlichen Hemisphäre zu verstärken. An der Konferenz nehmen *neben den Vereinigten Staaten*, Kanada und zahlreichen westeuropäischen Ländern auch die Sowjetunion und der gesamte Ostblock teil.

Angebot von Moskau

Die Sowjetunion hat in München ihre Bereitschaft zur Beteiligung an internationalen Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung mit Abrüstungsforderungen verknüpft. Der sowjetische Umweltminister Jurij Israel erklärte gestern, zur Vermeidung einer ökologischen Krise sei auch ein Ende des Wettrüstens notwendig. Große Schäden drohten der Umwelt anhand neuer Waffenarten, die getestet und angewandt würden. Ein atomarer Weltkrieg werde nicht mehr umkehrbare Folgen für Natur und Klima haben.

Minister Israel nannte keine Einzelforderungen der Sowjetunion im Hinblick auf die Abrüstung, er erklärte jedoch die Bereitschaft seiner Regierung, bis 1993 grenzüberschreitende Schadstoffströme in der Luft um 30 Prozent gegenüber 1980 zu verringern. Aus dem Westen würden jährlich rund fünf Millionen Tonnen Schadstoffe in die Sowjetunion getragen, was zur Versäuerung von Binnenseen und Tonböden im Nordwesten des Landes geführt habe. Der Schadstoffexport *der Sowjetunion in* den Westen sei demgegenüber fünf- bis zehnmal niedriger, erklärte Israel. Zur Rettung der Tonböden werden nach sowjetischen Angaben jährlich 1,5 Millionen Tonnen Kalk benötigt. Der erforderliche Kostenaufwand betrage 40 *Millionen* Rubel. Die Ernteschäden seien etwa zwei- bis dreimal so hoch.

Der SPD-Chef Jansen und die politische Elbefahrt

CDU krititisiert die „DDR"-Reise des Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein

BERND HUMMEL, Eschwege

Die Zollbehörden registrierten lediglich dieses: Zivilisten an Bord des „DDR"-Bootes „G-601", dem Kommandeursboot der Grenzeinheiten der „DDR-Volksarmee". Nur Eingeweihte beiderseits der innerdeutschen Grenze wußten, wer unter der Obhut der *ostdeutschen Grenzwächter* die Elbe befuhr. Es waren der Delegationsleiter der „DDR" in der gemeinsamen Grenzkommission, Volkmar Fenzlein, und – wenn auch nicht in offiziellem Auftrag – der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen, Bundestagsabgeordneter in Bonn. Er ließ sich vom „DDR"-Patrouillenboot aus in den Grenzverlauf auf der Elbe einweisen – aus der Sicht der „DDR".

Der Ausflug hätte die Medien wohl kaum zu einer Zeile Nachrichten bewegt, *wäre nicht die Elbe ein langgehegtes* innerdeutsches Problem. Denn entlang der Elbe ist der Grenzverlauf auf 93,7 Kilometer Länge noch nicht festgestellt.

Verhandelt wird über diesen Abschnitt bereits seit 1974, doch Einig*keit ist bis zum heutigen Tag nicht* erzielt. Die „DDR" will nicht anerkennen, was im Londoner Protokoll 1944 festgelegt wurde, nämlich den Grenzverlauf am Nord-Ost-Ufer der Elbe. Und: Was die „DDR" bezweifelt, läßt sich anhand der Reichskarte des Statistischen Reichsamtes auf der Grundlage von 1939, erstmals veröffentlicht 1941, nachlesen: *Die Grenze verläuft tatsächlich* entlang des Ufers der heutigen „DDR". Das weist auch die sogenannte „Map-A" des Londoner Protokolls aus.

Der hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Boehm (Melsungen) nannte die sommerliche Bootsfahrt des SPD-Abgeordneten denn auch *„Effekthascherei eines Komplizen der DDR"*. Und Boehm, durch Ortsbesichtigungen kundig, weiß als Mitglied des innerdeutschen Ausschusses, wovon er redet: Nur 400 Meter der Elbe-Grenze entfallen auf den Wirkungsbereich seines schles*wig-holsteinischen Kollegen*.

Die sogenannte Privatreise des SPD-Landesvorsitzenden ist offiziell von der SPD-Bundestagsfraktion natürlich nicht gedeckt. Jansen wird sich wohl eher an die einstigen Erklärungen von Jürgen Schmude zu den *sogenannten Geraer Forderungen* von SED-Chef Honecker erinnert haben. Dort war der Grenzverlauf von der „DDR" in der Flußmitte festgelegt worden. Die SPD-Fraktion mag heute auf die Frage, ob die Reise inklusive Elbe-Fahrt mit ihr abgestimmt sei, der WELT keine Antwort geben. Fleißiger dagegen war die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN. *Sie berichtete* über den Abgeordneten-Besuch, vergaß jedoch den Elbe-Ausflug. Das meldete dafür die Deutsche Presseagentur.

Die Reaktionen der zuständigen Ministerien offenbaren die Halbherzigkeit, mit der die Elbe-Frage inzwischen behandelt wird. So „begrüßt es" der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, wenn Abgeordnete sich „persönlich über den *Elbe-Komplex informieren*". Auch er, so läßt er wissen, habe sich an Ort und Stelle unterrichten lassen, „allerdings nicht durch Organe der DDR". Ansonsten werde im innerdeutschen Ministerium in diesem Zusammenhang noch die „*Gesamtproblematik*" geprüft.

Das Innenministerium mag sich nicht zu „Privatreisen" des Abgeordneten Jansen äußern. Verständlich, *denn im Hause Zimmermann* erfuhr man die innerdeutschen Aktivitäten erst aus den Meldungen der Agenturen.

„Kungelei mit dem Imperialismus"

AFP, Moskau

Die theoretische Zeitschrift der KPdSU „Partijnaja Schisn" hat gestern China des „Nationalismus" und der „Kungelei mit dem Imperialismus" beschuldigt. Nach Ansicht von *Beobachtern hat die UdSSR damit* eine erneute Verschlechterung in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen markiert. Die genannten Vorwürfe gehören zu den schwersten im politischen Vokabular der KPdSU.

Die Zeitschrift betonte, daß die Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten „sich höchst negativ auf das politische Klima in China ausgewirkt habe". Die Beziehungen *zu China könnten* so lange nicht verbessert werden, wie in Peking „Kräfte mitbestimmen, die gegenüber der Sowjetunion eine feindselige Haltung einnehmen".

Kritik an KP von Usbekistan

AFP, Moskau

Die KP der Sowjetrepublik Usbekistan hat *ihre interne* Führungsspitze kritisiert. Wie die „Prawda" berichtete, beklagte der *Chef* des usbekischen Zentralkomitees, Usmankhodjaw, parteiinterne Korruption und unzureichende Erfüllung des Produktionssolls. Die Teilnahme des für das *Kaderwesen der KPdSU* zuständigen ZK-Sekretärs, Igor Ligatschew, an *der Parteitagung in Usbekistan* wird von Beobachtern als Hinweis auf bevorstehende Personalveränderungen gedeutet. In den vergangenen Monaten waren bereits drei leitende Kader in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Das in jüngster Zeit zunehmende *Interesse der „Prawda" für die* Parteidisziplin deutet Beobachtern zufolge auf eine parteiinterne Kraftprobe zwischen dem „progressiven" und dem „konservativen" Flügel hin.

„Kreml lud keine Beobachter ein"

R. GATERMANN, Stockholm

Die Bundesrepublik Deutschland bedauerte es auf der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm, daß die Sowjetunion zwar alle in der Schlußakte von *Helsinki* vereinbarten Formalitäten zur Manöver-Vorankündigung eingehalten, es aber unterlassen habe, dazu auch Beobachter anderer Länder einzuladen. Dies sei zwar freiwillig, hätte jedoch angesichts der Stockholmer Verhandlungen die Bereitschaft der Sowjetunion unterstreichen können, sich konkreten und verbindlichen Vereinbarungen zu nähern, sagte der Leiter der *Delegation der Bundesrepublik* Deutschland, Klaus Citron. Er verwies vor allem auf die in der Helsinki-Akte beschworene Gegenseitigkeit.

Weichen für Rentenreform gestellt

GISELA REINERS, Bonn

Die Sozialpolitiker der Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben sich gestern in einer Klausurtagung auf *fünf* Eckpunkte zur Neuregelung der Hinterbliebenenrente geeinigt. Es deutet sich eine leichte Präferenz für das sogenannte Anrechnungs-Modell von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) an. Damit dürften die Weichen für eine zügige Reform gestellt sein. Im *Arbeitsministerium* äußerte man sich „sehr zufrieden" über *das Ergebnis* der Konferenz.

Die Sozialpolitiker der Koalitions*fraktionen* legten als ersten Eckpunkt den Zeitrahmen fest. Danach soll noch in diesem Jahr die Entscheidung im Parlament fallen, und die Reform wird im Januar 1986 in Kraft treten. Als zweites wurde Wert *darauf* gelegt, daß die Reform streng kosten*neutral ausfallen muß*. Es dürfen also keine neuen Belastungen für die Rentenfinanzen damit verbunden sein.

Im dritten Punkt wird die Anrechnung von „Kindererziehungszeiten" – ein Zeitraum, etwa ein Jahr, ist bewußt nicht genannt worden – als „unabdingbar" *bezeichnet. Das bedeutet*, Mütter erhalten pro Kind einen gewissen Zeitraum, z.B. ein Jahr, auf ihre Rente angerechnet. (Es wird also z. B. ein Jahr so behandelt, als habe die Frau Rentenbeiträge geleistet.) Diese Anrechnungszeiten, die unumstritten waren unter den Teilnehmern, müßten aus der Bundeskasse bezahlt werden.

Sind diese drei Punkte erfüllt, kommen die beiden weiteren zum Tragen. Viertens wird ein dynamisierte Freibetrag gefordert – in Prozent der der allgemeinen Bemessungsgrundlage – der sich nicht mindernd auf die Hinterbliebenenrente auswirkt. Erst wenn der Freibetrag von der eigenen Rente oder dem Einkommen überstiegen wird, wird die Hinterbliebenenrente gekürzt. In Punkt fünf geht es um die Anrechenbarkeit sonstiger Einkünfte auf die Rente, die noch „verfassungsmäßiger Klärung" bedarf.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wirtschaftslage Maputos verschreckt Investoren

Von Südafrika abhängig / Massensterben durch Hunger

M. GERMANI, Johannesburg

Südafrikanische Geschäftsleute warnen nach Besuchen in der moçambiquischen Hauptstadt Maputo davor, zu große Hoffnungen auf künftige Geschäfte zu setzen. Firmen, die nach dem Abschluß des Nkomati-Vertrages eiligst ihre Vertreter nach Moçambique schickten, erlebten in der Tat herbe Enttäuschungen.

Der Vertreter einer Export-Firma aus Pretoria wurde in der Johannesburger Zeitung „Citizen" zitiert: „Nachdem ich beim Betreten des Landes dieses Chaos und die Armut sah, wurde ich mißtrauisch. Doch nach Gesprächen mit Vertretern der Industrie war mir klar, daß Moçambique überhaupt nicht in der Lage ist, Handelsbeziehungen mit Südafrika aufzunehmen. Es muß einfach zuviel Geld investiert werden, um das Land wieder aufzubauen."

Er bestätigte damit die Aussagen politischer Beobachter, Diplomaten und anderer Geschäftsleute. Seiner Kritik aber wurde von der Geschäftsführerin der südafrikanischen Auslandshandels-Organisation (Safto) widersprochen. Seit der Unabhängigkeit vor acht Jahren habe der Handel zwischen beiden Ländern beträchtlich zugenommen.

Am wichtigsten ist derzeit für Moçambique, Lebensmittel zu importieren. Trotz internationaler Hilfe sind in den letzten Monaten Hunderttausende von Menschen verhungert. Um dem chronischen Devisenmangel abzuhelfen, ist Moçambique bereit, südafrikanische Waren im Tauschhandel zu bezahlen: Bananen, Cashew-Nüsse, Garnelen. Eine weitere Deviseneinnahme sind die künftigen Stromlieferungen aus Cabora Bassa.

Noch kein Profit

Die Portugiesen, die das Kraftwerk gebaut und finanziert haben, sind mit 81 Prozent beteiligt, Moçambique nur mit 19 Prozent. Doch bisher hat Cabora Bassa Maputo noch keinen Profit gebracht.

Pretoria ist nach den letzten Verhandlungen in Lissabon bereit, 1,10 Cent per Kilowatt zu zahlen – immer noch billiger als südafrikanischer Strom aus Kohlekraftwerken und dem neuen Atomwerk Koeberg am Kap. Der Industrie-Riese Südafrika bleibt Hauptabnehmer für die 2075 Megawattstunden, die Cabora Bassa produziert.

Eine weitere Devisen-Quelle wäre die Zulassung weiterer Gastarbeiter in Südafrika. Bereits 45 000 Moçambiquaner arbeiten dort; 60 Prozent ihrer Löhne werden direkt nach Maputo überwiesen.

Das marxistische System der regierenden Frelimo-Partei hat sich seit dem Vertrag von Nkomati nicht verändert. Einer der Hauptpunkte des Vertrages war es, die südafrikanische Unterstützung der Renamo-Rebellen zu unterbinden.

5000 Rebellen

Maputo war dafür bereit, dem Afrikanischen Nationalkongreß ANC keine Stützpunkte mehr zu gewähren. Die Forderungen Südafrikas, den ANC völlig aus dem Land zu entfernen und der Regierung Machel Namenslisten von ANC-Mitgliedern zu überlassen, um sie aus Moçambique auszuweisen, blieben unberücksichtigt.

Die Annahme politischer Beobachter, Renamo werde binnen kürzester Zeit von den Frelimo-Truppen aufgerieben werden, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Maputo schätzt die Stärke der Rebellen-Armee auf 5000 Mann, weitere 5000 gelten als Anhänger. Ende Mai warnte ein Sprecher der Renamo in Lissabon, Ausländer, besonders Südafrikaner, vor Reisen nach Moçambique, um nicht als „militärische Ziele" in Gefahr zu geraten. Anfang Juni behauptete die Frelimo in Maputo, allein in den südlichen Provinzen Gaza und Hambane 297 Guerrillas getötet zu haben. Sieben Rebellen-Lager seien zerstört, 49 Rebellen gefangengenommen worden. Zuvor ließ Renamo aus Lissabon verlauten, sie hätte im Mai 467 Regierungssoldaten getötet, aber selbst nur vier Mann verloren.

Der Sprecher der Renamo, Jorge Correia, bestätigte in Lissabon ein Treffen zwischen Abgesandten Machels und den Rebellen in einem „Nachbarland". Gleichzeitig sagte Correia, das Stauwerk Cabora Bassa sei weiterhin das Hauptziel für Sabotage-Anschläge seiner Organisation. Erst nach einem Übereinkomen mit den Rebellen seien Stromlieferungen wahrscheinlich.

Im Kampf gegen die Rebellen erzielt Duarte erste Erfolge

Die Kritik von US-Senatoren an El Salvador verstummt / Mexiko ändert seinen Kurs

WERNER THOMAS, Miami

Vier Wochen nach der Amtsübernahme des christdemokratischen Präsidenten José Napoleón Duarte hat sich die Situation in El Salvador so dramatisch verändert, daß ein Vertreter der amerikanischen Botschaft bereits „die Wende" vor Augen sieht. Duarte hat begonnen, den berüchtigten Sicherheitsapparat zu säubern; auf dem Schlachtfeld bucht die Armee Erfolge. Die marxistische Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) befindet sich in der Defensive.

Der Taktiker Duarte brachte die Rebellen an der diplomatischen Front in Bedrängnis. Er konnte die Nation rasch von ihrem internationalen Paria-Image befreien und dadurch Skeptiker in Sympathisanten verwandeln. Selbst die schärfsten Widersacher der amerikanischen Mittelamerika-Politik im Kongreß, wie Senator Christopher Dodd, vertrauen dem Christdemokraten. Die Opposition gegen die weitere Militärhilfe ist verstummt. Sogar Mexiko, offen auf Seiten der FMLN-Rebellen, beschloß eine Kurskorrektur.

Präsident Miguel de la Madrid entsandte seinen Außenminister Bernardo Sepulveda zur Amtseinführung Duartes nach San Salvador – es war der ranghöchste mexikanische Besucher seit Jahren. Die mexikanische Vertretung in San Salvador soll wieder einen Botschafter erhalten. Die „Demokratische Revolutionsfront" (FDR), der politische Arm der FMLN, wurde gebeten, ihre Propaganda-Aktivitäten in Mexiko-Stadt einzuschränken. Schon fühlen sich FDR-Repräsentanten von den Mexikanern „im Stich gelassen".

Die mexikanischen Initiativen standen auch im Zusammenhang mit de la Madrids Gesprächen im Mai in Washington, bei denen zwischen ihm und seinem Amtskollegen Reagan eine Vereinbarung getroffen worden war: Mexiko will sich gegenüber El Salvador und die USA wollen sich gegenüber Nicaragua flexibler zeigen.

Duarte, der in Westeuropa ein besonders hohes Ansehen genießt – er kommt im Juli nach Bonn –, nahm den ausländischen Kritikern mit einer Menschenrechtsoffensive viel Wind aus den Segeln. Er veranlaßte die Entlassung von vier Offizieren, denen Verbindungen zu den rechtsgerichteten Todeskommandos nachgesagt werden. Die zwielichtige Steuerpolizei (Policia Hacienda) bekam einen neuen Chef, den integren Oberst Rinaldo Golcher. Golcher demontierte den Geheimdienstapparat und schickte die Beamten an die Front.

Die sechs Mörder von vier amerikanischen Nonnen mußten vor Gericht und erhielten die Höchststrafe von 30 Jahren Gefängnis. Duarte traf die Mütter vermißter Personen, er versprach eine Untersuchung ihrer Fälle. Der Präsident möchte dem Volk „die Angst vor den Sicherheitskräften nehmen".

Die Armee leistet ihm militärische Schützenhilfe. Seit einem halben Jahr kämpfen die Soldaten aggressiv gegen die Rebellen, denen keine spektakulären Aktionen mehr gelingen.



José Napoleón Duarte

Sie konnten auch die beiden Wahlen Ende März und Anfang Mai nicht stören. In den letzten Tagen besetzten die Streitkräfte Perquin in der Provinz Morazán, die „Rebellenhauptstadt", wo an den Häuserwänden die Losung steht: „Morazán – befreite Zone. Verteidigt unser Land."

Immer häufiger fliehen die Leute vor der Guerrilla und nennen die Gründe: Die Kinder sollen FMLN-Schulen besuchen, die Jugend wird zwangsrekrutiert. Monsenor Gregorio Rosa Chavez, einer der engsten Vertrauten des Erzbischofs Arturo Rivera y Damas, registrierte während einer Sonntagsmesse „die große Angst vieler Familien" und fragte: „Wie lange liegen die Tage zurück, als junge Männer freiwillig (ins Guerrillalager) übergelaufen sind?"

Die Sabotageaktionen gegen die Wirtschaft nehmen dagegen zu. In einem FMLN-Dokument, im Gepäck eines toten Guerrilleros gefunden, wird die „Passivität" der Bevölkerung beklagt, werden nachlassende Kampfmoral und Desertion angeprangert. In den letzten sechs Monaten sind 800 frisch rekrutierte Partisanen geflohen. Die derzeitige Stärke der FMLN-Truppen soll 8000 Kämpfer betragen.

Oberst Domingo Monterrosa wundert sich, ob die Rebellen unter diesen Umständen eine angeblich geplante Herbstoffensive wagen können. Monterrosa, 44, der erfahrenste Offizier der salvadorianischen Streitkräfte, ist eine Schlüsselfigur in diesem Krieg. Seit er Anfang dieses Jahres das Kommando über die Soldaten der Ostprovinz San Miguel übernahm, können sich die Partisanen nirgendwo mehr sicher fühlen. Der Oberst bezweifelt, daß sie heute noch ein Viertel des Landes kontrollieren, wie sie behaupten.

Während Duarte zu den Streitkräften ein gutes Verhältnis unterhält, läßt sich bisher wenig über das rechte politische Lager sagen. Der unterlegene Wahlkampf-Rivale Roberto d'Aubuisson tritt nur selten in Erscheinung. Sein Name ist am vergangenen Wochenende in der amerikanischen Presse im Zusammenhang mit einem geplanten Attentat gegen US-Botschafter Thomas Pickering gefallen.

Die von seiner Arena-Partei und rechten Verbündeten kontrollierte Nationalversammlung wählte einen Arena-Mann zum neuen Generalstaatsanwalt, die Christdemokraten reagierten konsterniert. Duarte will zunächst vorsichtig operieren, um einen Polarisierungseffekt zu vermeiden. „Wir dürfen keine Probleme provozieren", sagte sein Chef-Berater Julio Rey Prendes.

Daher will der Präsident vorerst nicht das heikle Thema von Verhandlungen mit der Guerrilla anpakken. Das „notwendige Klima" sei noch nicht geschaffen. Er möchte solche Initiativen nicht ohne Zustimmung der parlamentarischen Opposition in Angriff nehmen und sicher sein, daß die Übergriffe der Sicherheitskräfte beendet sind. (SAD)

Führung der KPF geht auf Distanz zu Marchais

Niederlage bei Europawahlen führt zu „Veränderungen"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Kommunistische Partei Frankreichs steht vor einer der schwersten Entscheidungen ihrer Geschichte. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahre 1920 wird sie ihren Generalsekretär vor Ablauf seiner normalen Amtszeit absetzen müssen und dies als direkte Folge der bereits als „historisch" bezeichneten Wahlniederlage bei den Europa-Wahlen des 17. Juni.

Georges Marchais, Generalsekretär der zweitgrößten KP im Westen seit 1972, wegen der schweren Erkrankung seines Vorgängers Waldeck-Rochet aber schon vier Jahre vorher faktisch Parteiführer, scheint sich in sein Schicksal ergeben zu haben. Seit dem Abend des 17. Juni hat er alle öffentlichen Auftritte vermieden und sich jeglichen Kommentars über das Wahlergebnis enthalten.

Wortführer der Partei ist seit zehn Tagen Pierre Juquin, Abgeordneter und innenpolitischer Sprecher der Partei. Juquin sprach auf einem Fest einer Parteizeitung am Wochenende zum ersten Mal öffentlich von „tiefgreifenden Veränderungen in der Partei", die jetzt anstünden und die auch den „demokratischen Zentralismus" in Frage stellen könnten – also die Unanfechtbarkeit von Entscheidungen der Parteiführung.

ZK zur Sondersitzung zusammengerufen

Das Zentralkomitee der Partei ist zu einer zweitägigen Sondersitzung bis Mittwoch zusammengerufen worden, für das die Losung „Prüfung der politischen Situation nach den Europawahlen" ausgegeben wurde.

Personelle Entscheidungen sollen allerdings erst auf dem 25. Parteikongreß fallen, der vom Politbüro um einen Monat vorverlegt und für Januar 1985 einberufen wurde. Offenbar aber hat das Führungskollektiv den Parteichef bereits intern verdammt. Anicet le Pors, Minister für Verwaltung und ZK-Mitglied, erklärte kürzlich in einem Rundfunkinterview, daß es bei der Lösung der augenblicklichen Parteikrise nicht nur um organisatorische, sonderen auch personelle Fragen gehe, womit nur der Generalsekretär gemeint sein konnte.

Die KPF hatte bei den Europa-Wahlen des 17. Juni 11,2 Prozent der Stimmen erzielt. Noch nie hatte sie so schlecht abgeschnitten. In den drei Jahrzehnten von 1946 bis 1979 war sie in einem stetigen, aber langsamen Abfall von 28,1 auf 20,5 Prozent abgesunken.

Die Hälfte der Wähler verloren

Von 1981 bis 1984 aber, merkwürdigerweise in den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung und damit ihres höchsten Triumphes, verlor sie plötzlich die Hälfte des ihr noch verbliebenen Stimmenpotentials. Ein solcher Niedergang zwingt die Partei zu einer sehr ernsthaften Bestandsaufnahme und der Frage nach ihrer Zukunft als bestimmendes Element der französischen Politik.

Gerade von den Europa-Wahlen hatte sich die Parteiführung viel erwartet. Sie hatte 9,17 Millionen Franc in einen sehr intensiven Wahlkampf investiert. Marchais war zunächst mit seiner bekannten Doppelstratetgie angetreten: Wir sind loyal in der Regierung der Linksunion, aber gerade das zwingt uns zur Kritik an gewissen Fehlentscheidungen dieser Regierung. Dann aber schwenkte er plötzlich um. Die Bilanz der Regierung war „global positiv" und sogar „bermerkenswert".

Da die KPF an diesem guten Ergebnis einen großen Anteil habe, forderte der Parteichef in einem Zeitungsinterview sogar „ein oder zwei Minister mehr für die Kommunisten". Ach seriöse Kommenatoren wie der „Figaro"-Kolumnist Jean D'Ormesson sagten ein „überraschend gutes Abschneiden" der Partei voraus. Die Überraschung kam, aber sie fiel entgegengesetzt aus.

Die Partei wird zu prüfen haben, welches die Gründe für die Massendesertion der Wähler sind. Sozialistenchef Lionel Jospin bescheingte ihr bereits, keine „nationale Basis" mehr zu haben. Präsident François Mitterrand erklärte es einmal als sein Ziel, die KPF zu einer „Hilfstruppe mit weniger als zehn Prozent Stimmen" zu degradieren. Das Ziel ist beinahe erreicht.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einheitlicher Küstenstaat?

„Region verlangt schnelles Handeln": WELT vom 22. Mai

Sehr geehrte Herren,

die Industrie- und Handelskammer Hamburg macht sich Gedanken über das Süd-Nord-Gefälle. Ich wundere mich allerdings darüber, daß die eigentlichen Ursachen nicht richtig erkannt sind. Die unglückliche Aufteilung des Nordens in vier Küstenländer ist uns damals als Kuckucksei von den Besatzungsmächten ins Nest gelegt worden. Diese Aufteilung hat zu krankhaften Rivalitäten der vier Küstenländer geführt und stört die Entwicklung grundlegend. Hätten wir einen einheitlichen Küstenstaat, der die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen zusammenfaßt, würde die Entwicklung ähnlich laufen können wie in den Niederlanden.

An Fehlentwicklungen nenne ich nur einige Beispiele:

● Die Flutkatstrophen im Hamburger Hafen sind verursacht worden durch den Bau von Geesthacht. Dieses Sperrwerk verhindert den Auslauf der Flut bei extremen Wasserverhältnissen in den Oberlauf der Elbe. Es bildet sich im Hamburger Hafen bei Sturmfluten ein Stau, der bei extremen Hochwasserständen zu den bekannten Folgen führt. Die Schäden gehen in die Milliarden. Meines Wissens hat seinerzeit Prof. Hensen von der Technischen Hochschule Hannover gewarnt, dieses Sperrwerk zu bauen. Ein gemeinsamer Küstenstaat hätte diese Fehlinvestition nicht gemacht.

● Hamburg benötigt einen Tiefwasserhafen und befaßt sich seit Jahrzehnten damit, diesen Tiefwasserhafen in Neuwerk zu verwirklichen. Dies ist jedoch unmöglich, weil die Kosten zu hoch sind und weil das Erholungsgebiet Cuxhaven vernichtet würde. Es gibt nur eine Stelle an der deutschen Nordseeküste, an der der Bau eines Tiefwasserhafens möglich ist. Dies ist die Lune-Plate an der Südgrenze von Bremerhaven. Jeder Fachmann weiß dies. Trotzdem war dieser Plan politisch nicht durchsetzbar, weil die Lune-Plate zu Niedersachsen gehört und weil selbstrverständlich Bremen und Hamburg an der Verwirklichung dieses sinnvollen Planes nicht interessiert waren. Die hannoverschen Politiker haben aber für Dinge, die an der Küste passieren müßten, nicht das genügende Verständnis. Dieses Projekt, welches sich segensreich für die Küste auswirken würde (Konkurrenz zu Rotterdam) wird also ohne Küstenstaat nicht zu verwirklichen sein.

● Die Hamburger planen eine vierte Elbröhre, d. h. der Verkehrsstrom von den nordischen Ländern und Schleswig-Holstein quält sich seit Jahrzehnten durch das Nadelöhr Hamburg. Andererseits sind die Hamburger strikte Gegner der Elbüberquerung nördlich Stade. Sie verhindern diese Elbüberquerung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Das Elbe-Weser-Dreieck bleibt also weiter wirtschaftliches Hinterland. Das stört aber die Hamburger Politiker überhaupt nicht.

Wenn die Misere in Norddeutschland geändert werden soll, geht dies nur über die Gründung eines einheitlichen Küstenstaates. Statt vier Länderparlamenten hätten wir dann nur ein Länderparlament. Dies wäie eine Einsparung. Außerdem könnte sich dieser Küstenstaat dann so entwikkeln, wie sich Holland bereits entwickelt hat.

Leider will jeder sein eigenes Süppchen kochen und die Mini-Länderparlamente haben Angst davor, einiges von Ihrer Eigenhändigkeit zu verlieren. Dadurch ist sehr großer Schaden angerichtet worden, der nur beseitigt werden kann, wenn dieser Küstenstaat Wirklichkeit wird. Hamburg und Bremen sind an den Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten angelangt, weil sie sich selbst ihr Korsett angelegt haben.

Eine Gesundung des Nordens der Bundesrepublik kann nur über die Gründung eines einheitlichen Küstenstaates erfolgen.

Diedrich Schröder, Bremervörde

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Mangelnde Logik

Bisher hielt ich den DGB-Boß Rappe für einen der wenigen Pragmatiker in einer Gruppe von opportunistischen Neurotikern. Seine abweisende Reaktion auf einen von der FDP zur Diskussion gestellten Vorschlag, daß bei einem Streik das Votum aller Betroffenen vorliegen sollte, hat mich allerdings mehr als sehr enttäuscht.

Für mein Verständnis ist das Verhalten des DGB reaktionär, wenn er an uralten Spielregeln festhält, die seine heutigen Funktionäre wesentlich mangelhafter beherrschen als deren verdiente Vorgänger.

Was mich am logischen Denkvermögen eines Herrn Breit z. B. zweifeln läßt, ist sein Argument, eine Einführung der 35-Stunden-Woche bei co op oder Neue Heimat etc. sei im Vorgriff darum nicht möglich, weil dadurch diese gewerkschaftseigenen Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Unternehmen erleiden würden.

Bezogen auf unseren Export, dem wir in hohem Maße unseren bescheidenen Wohlstand zu verdanken haben, würde das analog bedeuten, daß eine 35-Stunden-Woche erst dann ökonomisch zu vertreten sei, wenn alle Ausländer, die mit uns auf den Weltmärkten konkurrieren, unserm guten Beispiel nacheifern würden.

Alfred Kolbe, Erlangen

Wort des Tages

» Es ist notwendig, die Illusionen zu zerschlagen, daß immer nur der Staat der letzte Retter sei. Wenn wir diese Methode immer weiter treiben würden, dann würden wir den letzten Rest eigenen Selbstvertrauens vollkommen ausrotten. Vertrauen auf sich selbst und Selbsthilfe, das sind immer die entscheidenden Momente gewesen. «

Heinrich Brüning; dt. Politiker (1885–1970)

Grundbildung

„Schlechte Noten für die Ausbildung": WELT vom 6. Juni

George P. Ogden nimmt in seinem Artikel vom 6. Juni Ergebnisse eines im Jahre 1978 von der MAN durchgeführten Modellversuchs zur inhaltlichen Ausgestaltung des Berufsgrundbildungsjahres in kooperativer Form zum Anlaß, „schlechte Noten für Ausbildung" zu verteilen.

Dieser Darstellung muß ich widersprechen. Sie erweckt den Eindruck, als habe sich der Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres nicht zuletzt wegen offensichtlich vorhandener Defizite in den einzelnen Ländern erheblich verlangsamt.

In Rheinland-Pfalz wird berufliche Grundbildung in zwei Formen verwirklicht: als Berufsgrundbildungsjahr im dualen System in kooperativer Form und als Berufsgrundschuljahr. Dieser Ansatz hat sich bewährt. Rund 32 Prozent der Jugendlichen des ersten Ausbildungsjahres besuchen im Schuljahr 1983/84 eine der beiden Formen beruflicher Grundbildung. Die Ausbauzahlen sind damit keineswegs rückläufig.

Wir haben in Rheinland-Pfalz wichtige Erfahrungen gemacht: das Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form trägt wesentlich dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben zu verstärken. In dem Maße, in dem alle Beteiligten – Kammern, Innungen, Schulträger und Schulen – Koordinierung ernst nehmen und partnerschaftlich umsetzen, sind auch qualitative Verbesserungen zu erreichen.

Es ist unbestritten, daß in den einzelnen Berufsfeldern spezifische Probleme auftreten können, die auf Ausgestaltung und Erfolg des Berufsgrundbildungsjahres einwirken. Man kann deshalb nicht leichtfertig die Befunde aus einem Berufsfeld ohne weiteres auf andere Berufsfelder übertragen.

Selbstverständlich ist es unerläßlich, die berufsspezifischen Fachstufenpläne der Berufsschule an die Grundstufenpläne anzupassen. Fachdidaktische Kommissionen arbeiten seit Jahren mit Erfolg an dieser Abstimmung. Vor der schulpraktischen Umsetzung berufsspezifischer Lehrpläne werden die Lehrer berufsbildender Schulen in Fortbildungsprogrammen mit der didaktischen Konzeption vertraut gemacht.

Martin Decker, Leiter der Abteilung Berufsbildende Schulen Kultusministerium Rheinland-Pfalz

„Genscher-Killer"

Die Wahlniederlage der FDP ist bedauerlich. Die FDP-Abgeordneten in Straßburg haben, soweit man das von außen beurteilen kann, im Europäischen Parlament eine konstruktive Rolle gespielt. Auch kann man dem Wahlkampf dieser Abgeordneten das schlechte Abschneiden ihrer Partei nicht anlasten. Dieses schlechte Abschneiden haben sich allerdings bestimmte „Genscher-Killer" innerhalb der FDP zuzuschreiben, die es fertig gebracht haben, den FDP-Bundesparteitag in eine Wahlkampfveranstaltung gegen die eigene Partei umzufunktionieren.

Die gesamte FDP hat jetzt hoffentlich erkannt, daß es ihr nicht nützt, sich gegen den Koalitionspartner zu profilieren. Sie sollte denen, die es noch immer nicht begriffen haben, daß jetzt Zusammenstehen gegen den rot-grünen Irrationalismus gefordert ist, die notwendige Aufklärung zuteil werden lassen.

Die gemeinsame zielstrebige Verwirklichung der Koalitionsvereinbarung muß jetzt Vorrang haben, wenn die Koalitionsparteien 1987 Erfolg haben wollen.

Claus Jäger, MdB, CDU Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Staat und Kirche

„Leserbrief: Kirchensteuer"; WELT vom 13. Juni

Wenn über das Thema Steuern und Kirche nachgedacht wird, darf nicht übersehen werden, welche höchst kritisch zu betrachtenden Aktivitäten – besonders der evangelischen Kirche – aus den Einkommensteuern aller Bürger finanziert werden.

Ein Beispiel dafür ist der vielfältig zu kritisierende und auch kritisierte Religionsunterricht, der in Berlin durch den Rahmenplanentwurf für den Religionsunterricht der Klassen 7–10 der Oberschule weithin ins Gerede gekommen ist. Der Staat finanziert ihn mit mehr als 20 Millionen DM pro Jahr, was weder die Verantwortlichen in der Kirche noch unterrichtende Katecheten daran hindert, mit allen Mitteln gegen den bestehenden Staat und seine demokratische Ordnung zu polemisieren.

Dies ist nicht nur eine Stilfrage kirchlichen Verhaltens, sondern auch eine Frage an die Adresse derjenigen, die über die Mittelzuweisungen befinden.

Dr. Ursula Besser, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Personalien

EHRUNG

Der traditionsreiche französische Verband für Widerstandskämpfer und freiwillige Kriegsteilnehmer hat dem Publizisten und Verleger der Oberpfälzer Tageszeitung „Der Neue Tag" in Weiden und der „Amberger Zeitung", **Victor von Gostomski**, seine Verdienstmedaille verliehen. Damit sollte Gostomski für das gedankt werden, was er zwischen 1942 und 1949 in dem Berliner Gefängnis Plötzensee für Inhaftierte, vielfach zum Tode verurteilte und hingerichtete Franzosen getan hatte.

WAHLEN

Schwester **Timotea Kronschnabl** ist bei der Mitgliederversammlung im Kloster Reute bei Waldsee zur neuen Vorsitzenden der Vereinigung der Ordensoberinnen Deutschlands (VOD) gewählt worden. Die 42jährige Priorin der Missions-Benediktinerinnen von Tutzingen ist Nachfolgerin von Schwester **Benedicta Maintz** von den Ursulinerinnen des Klosters Calvarienberg bei Ahrweiler. Als stellvertretende Vorsitzende wurde Mutter **Fabiola Wienand** von den Dernbacher Schwestern bestätigt. Schwester Benedicta leitete sechs Jahre lang die VOD, in der alle rund 300 Schwesterngemeinschaften der Bundesrepublik Deutschland mit zur Zeit rund 52 000 Ordensfrauen zusammengeschlossen sind.

*

Der Aufsichtsrat der Leybold-Heraeus GmbH hat Dr. **Jürgen Heraeus**, Vorsitzender der Geschäftsführung der W. C. Heraeus GmbH, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Er löst turnusmäßig **Gert Becker**, Vorsitzender des Vorstandes der Degussa AG, in dieser Aufgabe ab.

FORSCHUNG

Die deutsche Forschungsgemeinschaft hat der Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs „Tumor und Endokrinium" an der Universität Marburg zugestimmt und für zunächst zweieinhalb Jahre knapp zwei Millionen Mark im Jahr für die Marburger Krebsforschung bereitgestellt. Der Sekretär des Sonderforschungsbereichs, Professor Dr. **Gerhard Aumüller** vom Anatomischen Institut Marburg, erklärte, daß sich rund 15 klinisch tätige Ärzte und Grundlagenforscher des Fachbereichs Humanmedizin, zusammen mit Wissenschaftlern der Universität Gießen, Mainz und Hamburg und unterstützt von 16 Medizinisch-Technischen Assistenten, im Laufe der nächsten 15 Jahre mit der Entstehung und dem Wachstum so verschiedener Tumore wie Leukämie, Lungen-, Schilddrüsen- und Brustkrebs sowie Tumorerkrankungen der Bauchspeicheldrüse, der Prostata und des Darmes beschäftigen werden.

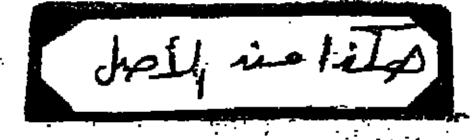
BUNDESPRÄSIDENT

Dr. **Wolfgang von Geldern**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hat Bundespräsident **Karl Carstens** für eine Wattwanderung engagiert. Das scheidende Staatsoberhaupt, das auch im Ruhestand die Wanderschuhe nicht an den Nagel hängen will, gab dem niedersächsischen CDU-Abgeordneten die Zusage, im Sommer 1985 den alten Plan einer Wattwanderung von Cuxhaven nach Neuwerk über zwölf Kilometer Meeresboden in die Tat umzusetzen.

RUHESTAND

Heinz Krämer (60) geht nach 17jähriger Arbeit als Finanzvorstand der Konzernleitung des Gutehoffnungshütte Aktienvereins (GHH) zum Ende des Monats in den Ruhestand. Nachfolger in dieser Position ist **Siegfried Schiffbauer**, der seit 1975 dem GHH-Vostand angehört.

Der Kabarettist und Rundfunkautor **Dieter Koch**, der unter seinem Künstlernamen **Thierry** bekannt wurde, ist in Berlin im Alter von 63 Jahren gestorben. Der Mitbegründer des Kabaretts „Die Stachelschweine", studierte Philosophie und Theaterwissenschaften und arbeitete nach dem Krieg in Berlin für den NWDR und später für den SFB und den Rias – für den er bis zu seinem Tode gearbeitet hatte – als Autor. Er spielte auch die Herren „Patschke", „Haferstengel" und „Lupfhügel". In diesen Rollen, eine zeitlang zusammen mit der Kabarettistin **Edith Elsholtz**, machte sich Thierry auf seine typisch ironisch-lässige Art laut Gedanken über seine Mitmenschen und aktuellen Ereignisse.



Hat Ihr Geld heute schon gearbeitet?

Dr. Karl Albrecht Freiherr von Pechmann,
HYPO-BANK

Eine gute Bank erkennt man daran, daß sie kein Konto unter ferner laufend abhakt.

Denn das Gute an der Bank ist das Kreative, das pausenlos lukrative Nebenbeschäftigungen für Ihr Geld aufspürt.

Denk-Anstöße dazu gibt es genug – die fließen unaufhörlich durch die weltweit verzweigten Informations-Kanäle der HYPO.

Wenn Ihr Geld trotzdem noch nicht dazuverdient – dann liegt es vielleicht daran, daß es sich noch nicht bei uns zur Arbeit gemeldet hat!

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen!



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Niederlage der französischen Regierung?

dpa, Paris

Als eine Niederlage der französischen Regierung hat die Presse in Frankreich gestern nahezu einhellig die Pariser Demonstration für die Privatschulen gewertet. In der größten Demonstration, die das Land je erlebt hat, waren am Sonntag nach Schätzung der Veranstalter zwei Millionen, nach Angaben des Innenministeriums 850 000 Menschen aus ganz Frankreich in Paris auf die Straße gegangen, um gegen das vom sozialistischen Erziehungsminister Alain Savary eingebrachte und in erster Lesung verabschiedete Gesetz über eine Anpassung der freien Schulen an die staatlichen zu protestieren.

Die regierungsnahe Zeitung „Le Matin" erkannte an, daß die Gegner der Schulreform die Massen mobilisieren konnten. Die kommunistische „L'Humanité" warf der Regierung vor, seit 1981 nicht genügend für die staatlichen Schulen getan zu haben. Nur so sei der starke Protest zu erklären. Die Oppositionsblätter „Le Figaro" bis hin zur Wirtschaftszeitung „Les Echos" und den meisten Provinzzeitungen waren sich einig, daß die Regierung an dieser „Empörung des eigentlichen Frankreich" („Les Echos") nicht vorbeigehen könne.

Illegaler Handel mit Waffen

AP, Bern

Eine großangelegte Waffenschieberei auf schweizerischem Gebiet mit Querverbindungen nach Frankreich ist nach längeren Ermittlungen der Schweizerischen Bundesanwaltschaft in enger Zusammenarbeit mit der Genfer und Waadtländer Kantonspolizei aufgedeckt worden. Wie die Bundesanwaltschaft gestern mitteilte, führten die Ermittlungen Anfang Juni zur Befragung von rund 40 Personen, die vor allem in den Kantonen Genf und Waadt wohnen. Fünf Beteiligte wurden verhaftet. Davon sind nach Angaben eines Sprechers der Bundesanwaltschaft vorerst noch zwei in Haft. Weitere Ermittlungen sind im Gange. Der heimliche Waffenhandel erstreckte sich auf eine bedeutende Menge nicht zugelassener automatischer oder nicht deklarierter halbautomatischer Waffen, vor allem Sturmgewehre der Schweizer Armee, Maschinenpistolen und großkalibrige Faustfeuerwaffen.

Shultz fordert vorbeugende Maßnahmen gegen Terrorismus

Der Sowjetunion und vier anderen Staaten Förderung von Gewaltakten vorgeworfen

DW. Washington

US-Außenminister George Shultz hat die Sowjetunion beschuldigt, den internationalen Terrorismus als politische Waffe einzusetzen. Auf einem Terrorismus-Kongreß des amerikanischen Jonathan-Instituts forderte Shultz die demokratischen Staaten auf, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, um möglichen Aktionen von Terroristen vorzubeugen. „Moskau verurteilt offiziell zwar Terrorismus als ein Instrument staatlicher Politik, doch es besteht ein großer Unterschied zwischen dem, was die Sowjets sagen und wie sie handeln", sagte der Minister. Die UdSSR nehme die Dienste terroristischer Gruppen in Anspruch, um die Demokratie zu schwächen. Zu der „Terrorliga" gehörten außerdem Syrien, Iran, Libyen und Nordkorea.

Im einzelnen sagte Shultz: „Wenn die Sowjetunion und ihre Kunden weltweit Terroristen finanzielle und logistische Hilfe gewähren und sie ausbilden, wenn die Roten Brigaden in Italien und die Rote Armee Fraktion in Deutschland im Namen der kommunistischen Ideologie freie Länder angreifen, so hoffen sie, das Selbstvertrauen des Westens zu erschüttern und seinen Widerstandswillen gegen Aggressionen und Einschüchterung zu untergraben." Terrorismus aus welchen Gründen auch immer sei „der Feind der Freiheit".

Freiheitskampf berechtigt

TH. KIELINGER, Washington

In dieser Rede lieferte der US-Außenminister eine breite Definition des internationalen Terrorismus als „eines Angriffs gegen die Demokratie oder gegen die Hoffnungen auf Demokratie". Der amerikanische Politiker beharrte auf dem Unterschied zwischen „Terroristen" und „Freiheitskämpfern" – eine Unterscheidung, die „in der Politik unserer Administration ihren Niederschlag findet".

Daraus folgerte Shultz: „Waffen zu ergreifen im Namen der Demokratie, gegen repressive Regime oder Bewegungen, kann in der Tat ein Freiheitskampf sein, wenn kein anderer Weg zur Erlangung der Freiheit offensteht." In diesem Zusammenhang nannte der Minister ausdrücklich den Widerstand in Afghanistan und die in Nicaragua gegen die Sandinisten kämpfende Guerrilla. Shultz fügte hinzu: „Die freien Nationen können es sich nicht leisten, sich durch orwellsche Korruption der Sprache davon abhalten zu lassen, sich, ihre Interessen oder ihre Freunde zu verteidigen... Wir werden immer gegen Guerrilla-Kriege sein, die den Totalitarismus zu verbreiten drohen oder die das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung leugnen. Aber wir werden immer auch die Terroristen bekämpfen, unter welchem Banner sie auch auftreten mögen. Denn der Terrorismus gleich welchen Antriebs ist immer ein Feind der Freiheit."

Seitdem das „Jonathan-Institut" vor fünf Jahren in Jerusalem seine erste Terrorismus-Tagung abgehalten hat, sind nach Shultz' Meinung zwei bemerkenswerte Tendenzen ans Licht getreten – eine beunruhigende und eine hoffnungsvolle. Beunruhigend nannte der Politiker die Zunahme des „Staatsterrorismus" in den letzten fünf Jahren. Hoffnungsvoll dagegen nannte Shultz den Umstand, daß die freie Welt sich endlich der Gefahr bewußt geworden sei und daß sich Regierungen und Bürgergruppen wie das „Jonathan-Institut" zusammenfänden, um den Sinn für die Problematik weiter zu schärfen und über Gegenmaßnahmen zu beraten.

Das „Jonathan-Institut" wurde gegründet in Erinnerung an den Leiter des Geisel-Rettungsunternehmens in Entebbe (Uganda), Oberstleutnant Jonathan Netanyahu, der bei dem Kommando-Unternehmen im Juli 1976 als einziger israelischer Soldat ums Leben kam. Netanyahus Bruder Benjamin ist heute zweiter Mann an der israelischen Botschaft in Washington, während sein Vater Ben-Zion Netanyahu, ein Arabist und Islam-Forscher, an der renommierten Cornell University in den USA unterrichtet.

Die Tagung in Washington hat eine große Zahl Politiker und Forscher aus aller Welt angelockt. Von deutscher Seite sind Professor Wolfgang Fikentscher (München) und der Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, dabei. Unter den Teilnehmern befinden sich unter anderem Leszek Kolakowski, Wladimir Bukowsky, Jean-François Revell, die amerikanische UNO-Botschafterin Kirkpatrick, Präsidenten-Berater Meese, Israels Verteidigungsminister Moshe Arens, der frühere israelische Premierminister Yitzhak Rabin, Präsident Reagans erster Abrüstungschef Professor Eugene Rostow sowie eine beträchtliche Anzahl US-Parlamentarier und -Forscher.

In einer Grußbotschaft an den Terrorismus-Kongreß trug Lord Chalfont (Großbritannien) eine Terrorismus-Definition vor, die sich international immer mehr einzubürgern beginnt: „Wir befinden uns jetzt in der Phase einer Kriegführung niedriger Intensität, wo staatlich unterstützter Terrorismus systematisch als eine Alternative zu offenen Angriffen gegen die westlichen Demokratien angewendet wird."

Papstattentat recherchiert

Die amerikanische Journalistin und Terrorismus-Forscherin Claire Sterling beklagte sich darüber, daß in der Öffentlichkeit einiger westlicher Länder, darunter auch in der Bundesrepublik, ihre Untersuchungen über das Papst-Attentat fast gar keine Beachtung gefunden hätten. Dagegen stehe die breite Berichterstattung in Frankreich und den angelsächsischen Ländern ab. Vor kurzem waren die Ergebnisse ihrer Recherchen von der „New York Times" veröffentlicht worden. Nach langem Bemühen habe sie jetzt einen deutschen Verleger – Langen Müller – für ihr Buch über das Papst-Attentat („The Time of the Assassins") gefunden.

Frau Sterling hatte Einblick in den Geheimbericht der italienischen Untersuchungsbehörden, aufgrund dessen Richter Martella in Rom demnächst ein neues Verfahren gegen einige bulgarische Staatsangehörige eröffnen wird. Die neue Erkenntnislage, wenn auch immer noch nicht hundertprozentig schlüssig, verdichtet bis an die Grenze der Unwiderlegbarkeit den Verdacht bulgarischer Beteiligung an den Attentatsvorbereitungen – und damit den Verdacht einer zumindest indirekten Involvierung des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Japans Gewerkschaften für 40-Stunden-Woche

Kampf um kürzere Arbeitszeit / IG Metall als Vorbild?

FRED DE LA TROBE, Tokio

Der größte Dachverband der japanischen Gewerkschaften „Sohyo" will auf seiner Jahresversammlung im Juli den „Kampf um kürzere Arbeitszeiten" als wichtigen Punkt in sein Aktionsprogramm aufnehmen. Aus Kreisen der japanischen Organisierten verlautet, daß der Metallarbeiterstreik in der Bundesrepublik diesen Beschluß wesentlich mitbestimmt hat.

Die Führung des „Sohyo" plant, die Verminderung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit eines japanischen Beschäftigten von 2136 Stunden in einer Zeitspanne von zwei bis drei Jahren auf 2000 Stunden zu fordern. Bei Berücksichtigung des effektiven Urlaubs kommt das einer Reduzierung von nicht ganz 42 Stunden in der Woche auf knapp 40 Wochenstunden gleich. Nichtorganisierte in japanischen Mittel- und Kleinbetrieben haben längere Arbeitszeiten.

Nach japanischen Statistiken stehen der Jahresarbeitszeit von 2136 Stunden in Japan 1888 Stunden in England, 1851 Stunden in den Vereinigten Staaten, 1707 Stunden in Frankreich und 1682 Stunden in der Bundesrepublik gegenüber.

Überstunden, die in den japanischen Zahlen nicht eingeschlossen sind, beliefen sich nach Angaben des Arbeitsministeriums in Tokio in Unternehmen mit mehr als 30 Beschäftigten im Januar dieses Jahres auf 17,3 Stunden je Arbeitnehmer.

Der „Sohyo" will auch für die allgemeine Einführung der Fünf-Tage-Woche kämpfen, die bisher nur in Teilbereichen der Wirtschaft verwirklicht ist. Ferner wird er sich dafür einsetzen, daß die Unternehmen den Beschäftigten den ihnen zustehenden gesetzlichen Urlaub voll genehmigen und daß der Urlaub auch genommen wird. Je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit stehen den japanischen Erwerbstätigen bis zu drei Wochen bezahlter Urlaub im Jahr zu.

Der zweitgrößte japanische Gewerkschaftsbund „Domei" plant ebenfalls, die Forderung nach verkürzter Arbeitszeit in sein Aktionsprogramm aufzunehmen. Er will eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche.

Unabhängige japanische Kommentatoren bezweifeln allerdings, daß die Forderungen der beiden großen Gewerkschaftsverbände spürbare Erfolge haben werden. Die japanischen Unternehmerverbände haben sich strikt gegen Arbeitszeitverkürzungen ausgesprochen.

Da die japanischen Einzelgewerkschaften überwiegend auf Unternehmensebene organisiert sind und durch die Bünde „Sohyo" und „Domei" nur sehr lose miteinander Verbindung halten, ist der Einfluß dieser Dachverbände – besonders bei den Organisierten in der Privatwirtschaft – verhältnismäßig gering.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter allen japanischen Erwerbstätigen ist überdies in den letzten Jahren gesunken und erreichte 1983 mit knapp 30 Prozent ihren bisherigen Tiefstand nach dem Kriege. In den drei letzten Jahren ist es zu keinen größeren Streiks mehr gekommen, bei den Tarifverhandlungen konnten die Gewerkschaften jeweils nur relativ geringe Aufbesserungen durchsetzen. (SAD)

Bagdad greift wieder Seeziele Teherans an

Golf-Anrainer um gemeinsame Luftverteidigung bemüht

DW. Manama/Washington

Nach zweiwöchiger Pause hat Irak seine Luftangriffe gegen Schiffe im Persischen Golf wieder aufgenommen. Ein Militärsprecher Bagdads berichtete, irakische Kampfflugzeuge hätten „vier große Seeziele" südlich der iranischen Ölverlade-Insel Kharq angegriffen und „direkte Treffer" erzielt. Unter anderem soll ein Teil der Ölverladeanlagen der Insel beschädigt worden sein. Außerdem wurde der griechische Super-Tanker „Megas Alexandros" von einer Rakete getroffen, wie ein Sprecher des Handelsmarine-Ministeriums in Athen bestätigte. Der Tanker habe trotz des Schadens seine Fahrt fortsetzen können und habe zur Reparatur Kurs auf Dubai genommen.

Gleichzeitig beschuldigte gestern die irakische Militärführung Iran, wiederholt die seit Wochen geltende Vereinbarung über einen Nichtangriff ziviler Ziele gebrochen zu haben. In einem vom Rundfunk in Bagdad ausgestrahlten Lagebericht hieß es, iranische Artillerie habe am Sonntag erneut ein „Zivilgebiet" im Raum Basra beschossen. Menschen wurden bei dem Artillerie-Angriff nicht verletzt. Die Militärführung drohte, Irak könne sich zu ähnlichen Gegenmaßnahmen gezwungen sehen, falls die als vorsätzlich bezeichneten Verstöße Irans fortgesetzt werden sollten.

Der Golf-Krieg war am Wochenende auch Thema einer Zusammenkunft der Stabschefs von sechs im Golf-Kooperationsrat (GCC) zusammengeschlossenen Staaten, die in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad hinter verschlossenen Türen über die Schaffung eines gemeinsamen Oberkommandos diskutierten. In Kreisen arabischer Diplomaten wurden die Beratungen als weiterer Schritt saudi-arabischer Bemühungen gewertet, die Golf-Staaten militärisch auf eine Ausweitung des seit dreieinhalb Jahren andauernden Krieges vorzubereiten. Der Generalsekretär des Kooperationsrates, Bischara, nannte die Konferenz der Militärs die Konsequenz aus den Beschlüssen der Gipfelkonferenz des GCC. Sie unterstreiche die Entschlossenheit dieser Staaten, ihre Interessen zu verteidigen und ihre Sicherheit selbst zu gewährleisten. Nach den Worten des kuwaitischen Staatsministers für Kabinettsangelegenheiten, Abdel Asis Hussein, hätten die Militärs die Aufgabe gehabt, die Luftverteidigung der sechs GCC-Länder zu koordinieren. In westlichen diplomatischen Kreisen hieß es, die Länder des Golfrates wollten offenbar unter dem Schirm der in Saudi-Arabien operierenden fliegenden amerikanischen Frühwarnsysteme vom Typ Awacs ihre Luftverteidigung „harmonisieren".

Im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg hat ein Sprecher des State Department in Washington Meldungen offizieller iranischer Medien als „absurd" abgetan, die USA hätten im Januar zwei Tonnen Senfgas an den Irak geliefert. Das Pentagon kündigte eine Stellungnahme an.

Entführter libyscher Diplomat wurde befreit

AFP, Beirut

Der am Samstag verschleppte libysche Diplomat Mohamad Mustafa Maghrebi ist zwei Tage nach seiner Entführung in Beirut von Milizionären der schiitischen „Amal"-Bewegung gestern wieder befreit worden. Die Milizionäre stürmten nach eigenen Angaben das Gebäude in West-Beirut, wo der Diplomat von Angehörigen der „Brigaden Moussa Sadr" gefangengehalten wurde, die sich nach dem seit einer Libyen-Reise im Jahr 1978 verschollenen libyschen Schiitenführer benennen. Dem Sturm auf das Gebäude folgte ein halbstündiges Gefecht.

Drei Geiselnehmer wurden von Mitgliedern der paramilitärischen „Amal"-Miliz verhört. Der Libyer wurde nach seiner Befreiung nach Schtaura in der Bekaa-Ebene eskortiert, damit er über Damaskus nach Libyen zurückkehren kann. Fast gleichzeitig mit dieser Entführung war am Samstag in Beirut der 45jährige österreichische Botschaftsattaché Gerhard Loitzenbauer ermordet worden.

In der Nacht zum Montag forderten in Beirut heftige Kämpfe drei Tote und acht Verwundete. Nördlich von Tripoli kamen am Sonntag bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Flügeln der Gruppe „El Fatah" sieben Palästinenser ums Leben.

Terrorbrigaden machen Jagd auf Mitglieder der „Solidarität"

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

In Polen haben sich offenbar neostalinistische Kreise von KP und Sicherheitsdienst nach dem Muster der Geheimkommandos in El Salvador zu „Anti-Solidarnosc-Brigaden" zusammengeschlossen, die Morde und andere Terrorakte an Mitgliedern und Anhängern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" begehen. Darauf weisen Flugblätter dieser Brigaden sowie Berichte der Untergrundpresse hin. In einem Flugblatt der „Führungsgruppe der Organisation Anti-Solidarnosc (OAS) der Region Kujawien" heißt es: „Hiermit geben wir die Gründung der Organisation Anti-Solidarnosc bekannt. Die Jaruzelski-Gruppe und der Sicherheitsdienst SB sind nicht in der Lage, den Krebs zu bekämpfen, der unser Volk befallen hat." Dieser Krebs sei die Gewerkschaft „Solidarität". „Jetzt werden wir mit dieser Bestie kämpfen! Das Spiel hat begonnen. Wir werden überall dort zuschlagen, wo man es am wenigsten erwartet."

In Thorn wurde das „Solidaritäts"-Mitglied Antoni Mezydlo entführt, gefoltert und mit dem Tod bedroht. In seiner Rocktasche fand er ein solches Flugblatt mit dem Zusatz: „Das war nur eine Kostprobe unserer Möglichkeiten."

„DDR": Staaken bleibt für Transit bis 1987 geöffnet

F.D. Berlin

Die „DDR" hat ihre Entscheidung revidiert, den für den Transitverkehr nach Norddeutschland wichtigen Berliner Kontrollpunkt Staaken Ende 1984 zu schließen. Wie gestern Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen bekanntgab, hat der stellvertretende „DDR"-Außenminister Kurt Nier dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Bräutigam, mitgeteilt, die „DDR" werde den Übergang Staaken bis Ende 1987 für den Transitverkehr offenhalten. Diepgen wertete diese Entscheidung als „wichtige Maßnahme der DDR im Bemühen um eine Verbesserung des deutsch-deutschen Dialogs". Er fuhr fort, es habe eine „große Interessenlage" des Senates gegeben, Staaken offenzuhalten. Ursprünglich sollte der Übergang zum 1. Januar 1985 geschlossen und der Transitverkehr nach Hamburg über den neuen Übergang Heiligensee geleitet werden. Dieser Zubringer konnte bisher nicht fertiggestellt werden, da Anwohner gegen die Bebauungspläne erfolgreich prozessiert hatten.

Blüm für schnelle Regelung der Rente

AP, Mainz

Noch in diesem Jahr muß nach Ansicht von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ein Gesetzentwurf zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung im Parlament eingebracht werden. Anderenfalls drohe eine Initiative des Bundesverfassungsgerichts in dieser Frage, sagte der CDU-Politiker in einem Gespräch mit der „Allgemeinen Zeitung" in Mainz. Blüm fuhr fort, eine rasche Entscheidung der Regierung sei geboten, weil das Verfassungsorgan dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 1984 auferlegt habe, die Gleichstellung von Mann und Frau herzustellen. Dabei sei auch darauf zu achten, daß die gesetzliche Altersversorgung, sofern sie bezahlbar bleiben solle, unbedingt „schlanker" gestaltet werden müsse. Höhere Belastungen der Versicherungsträger müßten ausgeschlossen werden, da diese in Zukunft mit den Beiträgen von immer weniger Erwerbstätigen steigende Rentenansprüche befriedigen müßten.

Kein Ausgleich für Partner in „DDR"

dpa, Karlsruhe

Bei deutsch-deutschen Ehen, in denen die Partner früher in der „DDR" zusammengelebt haben und einer von ihnen dortgeblieben ist, gibt es keinen Anspruch auf Versorgungsausgleich. Nach einem gestern vom Familiensenat des Bundesgerichtshofes veröffentlichten Grundsatzbeschluß muß in derartigen Fällen an die letzte Gemeinsamkeit der Eheleute angeknüpft werden. Dies sei im behandelten Fall das gemeinsame Leben in der „DDR" gewesen, deren Rechtsordnung den Versorgungsausgleich nicht kenne. Sollte jedoch auch der andere Partner später in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, so richteten sich von diesem Zeitpunkt an Scheidungsfolgen, die erst künftig einträten, nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. In einem solchen Fall sei der Versorgungsausgleich nachträglich zu vollziehen, hieß es in der Beschlußbegründung. Mit ihrer Entscheidung wiesen die Karlsruher Richter die Beschwerde einer in der „DDR" lebenden geschiedenen Ehefrau gegen einen Beschluß des Oberlandesgerichts Nürnberg zurück. Die Frau, deren Ehemann im Westen lebt und deren Ehe 1978 geschieden worden war, hatte beim OLG Beschwerde gegen ein Urteil des Amtsgerichtes Fürth erhoben. Das Gericht hatte festgestellt, daß ein Versorgungsausgleich nicht stattfinde. Das OLG hatte die Beschwerde zurückgewiesen. (Aktenzeichen: IVb ZB 810/80)

Gewalttätigkeiten um Startbahn West

DW. Frankfurt / Mutlangen

An der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ist es am Sonntag nachmittag erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Nach Darstellung der Polizei wurden am Schutzzaun Beamte mit Stahlkugeln und Steinen aus Schleudern beschossen und mit Feuerwerkskörpern beworfen. Unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas seien die rund 250 zum Teil maskierten Demonstranten zurückgedrängt worden. Zu Protestaktionen kam es auch vor dem US-Munitionsdepot in Mutlangen, wo 27 Angehörige der Friedensbewegung festgenommen worden sind. Nach Angaben der Friedensbewegung waren unter den Festgenommenen der Tübinger Rhetorik-Professor und Schriftsteller Walter Jens, der katholische Theologe Norbert Greinacher und der Psychosomatiker Heinz Henseler. Nach Feststellung ihrer Personalien wurden die Festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wahl-Schlager?

J. Sch.(Paris) – Die französischen Oppositionsparteien wollen die Reprivatisierung zum wichtigsten Thema ihrer künftigen Wahlkampagnen machen. Aber schon heute geben sie zu erkennen, daß es nicht einfach sei, sämtliche Staats-Unternehmen wieder in Privathand zurückzuführen.

Selbst Jean-Maxime Levêque, der als Präsident des Credit Commercial de France (CCF) als schärfster Verstaatlichungsgegner aufgetreten war, hat inzwischen die Erwartungen gedämpft. Auf dem von ihm jetzt in Paris veranstalteten internationalen „Denationalisierungskolloquium" räumte er ein, daß Reprivatisieren weit schwieriger sei als Verstaatlichen.

Dies zeigt das britische Beispiel sehr deutlich. Ist es doch der in dieser Frage besonders entschlossenen „eisernen Lady" bisher gerade gelungen, 15 Prozent der staatlichen Unternehmen in privaten Besitz überzuführen, woraus der Staatskasse allerdings rund sieben Milliarden Mark zugeflossen sind, von den Einsparungen an Subventionen ganz zu schweigen. Aber Defizitunternehmen wären in Frankreich wohl kaum zu reprivatisieren.

So müßte eine Reprivatisierung zunächst wohl auf den (gewinnträchtigen) Bankensektor begrenzt werden. Ob dies ein Wahlschlager wäre, ist allerdings zu bezweifeln. Denn die meisten Franzosen sind davon überzeugt, daß ihr Geld bei einer staatlichen Bank besser aufgehoben wäre als bei einer privaten. Außerdem scheinen sie sich an die Verstaatlichung inzwischen so sehr gewöhnt zu haben, daß sie deshalb allein kaum gegen die Linke stimmen dürften.

Tapeten-Boom

nl. - Der wochenlange Arbeitskampf vor allem in der Metallindustrie zieht hauptsächlich im konfliktgebeutelten Südwesten der Bundesrepublik tiefe Furchen. Seit Anfang Mai dieses Jahres registriert der Einzelhandel in dieser Region drastische Umsatzrückgänge in der Bandbreite zwischen zehn und 25 Prozent. Besonders Geschäfte mit langlebigen und nicht unbedingt lebensnotwendigen Gebrauchsgütern spüren ausbleibende Käufe. Beispielsweise werden - unterschiedlich nach Standort - deutlich weniger Möbel und andere Einrichtungsgegenstände gekauft. Auch bei Textilien verläuft das Geschäft wesentlich schleppender. Schon jetzt beginnende Sonderpreisaktionen künden von einem hitzigen *Sommerschlußverkauf.* Ob solche Einbußen später wieder einmal aufgeholt werden können, ist zu bezweifeln. Doch gibt es auch Sparten, die sich vergnügt die Hände reiben - Eisenwarengeschäfte und Baumärkte profitieren von der gegenwärtigen Situation. Es gilt die Formel: wo gestreikt wird, wird mehr denn je tapeziert.

Super-Wettbewerb

Von JAN BRECH

Die Urlaubs- und große Reisezeit steht unmittelbar bevor. Ob Kasse, *Wetter oder Unterkunft in jedem* Falle stimmen werden, ist ungewiß. Für Urlauber, die mit dem Auto ins Blaue fahren wollen, gibt es dagegen eine Bank. Pünktlich zum Reisebeginn werden die Ölmultis neue Versuche unternehmen, um die Benzinpreise nach oben zu bringen.

Die steigende Nachfrage in den *Monaten Juni bis etwa September* nutzt die Mineralölindustrie seit eh und je, um ihre Erlöse aufzubessern. Daß sie auch 1984 an dieser Politik festhält, ist um so sicherer, als sie nach wie vor mit erheblichen Verlusten arbeitet. Die Ertragslage hat sich zwar gebessert, doch noch immer setzen die Ölfirmen zwischen zehn und 25 Mark pro verkaufte Mineralöltonne zu.

In welchem Maße es der Industrie gelingen wird, diese Verluste über höhere Benzinpreise weiter abzubauen, ist offen. An Versuchen hat es in den letzten Monaten nicht gefehlt. Allein im vergangenen Jahr sind 16mal die Preisschilder an den Tankstellen nach oben korrigiert worden, in diesem Jahr bereits elfmal. Die jüngste Preisrunde hat die Esso Anfang letzter Woche eingeläutet.

Der Erfolg ist bislang außerordentlich bescheiden. Von den 29 Pfennigen, die die Industrie seit Jahresbeginn mehr fordert, ist kaum etwas in die Kasse gekommen. Der Durchschnittspreis für Normal und Super liegt zurzeit nur um 0,5 Pfennig höher als zu Jahresbeginn.

Daß es den Ölmultis trotz der immer wieder unterstellten Marktmacht nicht gelingt, das Preisniveau am Benzinmarkt anzuheben, hat mehrere Gründe. Da ist vor allem das Überangebot, das konstant auf die Preise drückt. Es gibt zu viel Rohöl und vor allem zu viel Benzin. Im Zuge der Strukturveränderungen am Markt haben die Raffineriegesellschaften ihre Anlagen umgerüstet, um noch mehr schwere Produkte in leichte, wie etwa Kraftstoffe, umwandeln zu können. Da Benzin den höchsten Deckungsbeitrag bringt, sind die Gesellschaften bemüht, die Konversionsanlagen voll auszulasten und entsprechenden Absatz für die leichten Produkte zu finden.

Dieses Überangebot schwappt auf einen Markt, der sich durch knochenharten Wettbewerb auszeichnet. Neben den Markenherstellern, den frei*en Tankstellen und Händlernetzen* kämpfen an der vordersten Preisfront jene Stationen, die in der Branche als „unkonventionell" bezeichnet werden. Es sind die Tankstellen der Supermärkte, Warenhäuser oder CC-Märkte, die Benzin als Lockmittel nutzen und völlig anders kalkulieren. Ihre Preisstellungspolitik macht es den Markenherstellern so schwer, kostendeckende Preise zu erzielen.

Die Konkurrenz der freien und unkonventionellen Tankstellen hat es schon immer gegeben. Zwei Entwicklungen nach den Ölkrisen der siebziger Jahre haben ihren Einfluß auf die Wettbewerbssituation aber noch merklich gestärkt. Einmal sind die Verbraucher durch die absolute Höhe des Benzinpreises preis- und mengenbewußter geworden. Der Kunde tankt, wo Benzin am billigsten ist. Zum anderen hat die Konzentration des Benzinabsatzes auf weniger, dafür größere Stationen den Wettbewerb gefördert. Absatzverluste mit der Folge steigender Stückkosten kann sich keine große Station erlauben. Sie muß ihren Marktanteil über den Preis verteidigen.

Die Ölfirmen werden dennoch immer wieder versuchen, die Preise anzuheben. Die bevorstehende Reisewelle liefert dafür gute Ansatzpunkte. Über den Erfolg bestimmen die Autofahrer. Auf der anderen Seite ist der Branche klar, daß die Ertragsprobleme mit einer Preispolitik von drei Schritten vor und zwei zurück allein nicht gelöst werden können. Wollte man die Verluste im Ölgeschäft über den Benzinpreis kompensieren, müßte der Liter um rund acht Pfennig verteuert werden. Dies gibt der Markt nie und nimmer her.

Die roten Zahlen im Ölgeschäft, die durch den starken Dollarkurs im übrigen noch an Intensität gewinnen, werden erst dann verschwinden, wenn sich Angebot und Nachfrage angepaßt haben. Konkret heißt das: Entweder die Nachfrage wird erheblich ausgeweitet – was kaum zu erwarten ist – oder die noch immer auf allen Stufen vorhandenen Überkapazitäten werden abgebaut. Solange hier Nachholbedarf besteht, können die Autofahrer auf Absichtserklärungen, den Bezinpreis weiter erhöhen zu wollen, gelassen reagieren.

VERKEHRSPOLITIK / Wissenschaftlicher Beirat unterstützt Bahn-Vorstand

Bonner „Leitlinien" müssen zu einer Liberalisierung der Märkte führen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Für eine Liberalisierung der Verkehrsmärkte, also für einen Abbau staatlicher Marktzugangsbeschränkungen und die Auflockerung der staatlichen Preisvorschriften, plädiert der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesverkehrsministerium. Außerdem spricht er sich für eine Bereinigung der Altschulden bei der Deutschen Bundesbahn aus. Die Planungen für weitere Netzverbesserungen bei der Bahn müßten schon jetzt vorangetrieben werden.

In einer Stellungnahme zu den „Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn", die vom Kabinett am 23. November vergangenen Jahres beschlossen worden waren, kommt der Wissenschaftliche Beirat im großen und ganzen zu einem positiveren Urteil als viele Politiker. Der Beirat *weist darauf hin, daß* die Bundesregierung in ihren Leitlinien eine Neuverteilung der Entscheidungsbefugnisse in der Verkehrswirtschaft angekündigt habe. Die Verkehrsunternehmen sollten stärker als bisher an den Wettbewerb herangeführt werden. Die Bundesregierung strebe nach „mehr Markt" im Verkehr und nach Abbau der staatlichen Einflußnahme bei Angleichung der Wettbewerbsbedingungen.

In den Leitlinien seien zunächst nur die Konsequenzen dieser Politik für die Bahn dargestellt worden. So verspreche die Bundesregierung die politische Unterstützung einer „konsequent unternehmerisch ausgerichteten Bundesbahnpolitik" und lege vor allem fest, daß künftig in allen Fällen rentabilitätsmindernder politischer Auflagen ein angemessener finanzieller Ausgleich durch den Veranlasser zu gewähren ist.

Den Vorwurf, die Leitlinien enthielten nur unverbindliche Leerformeln, kontert der Beirat mit dem Hinweis, in einer stärker über Märkte und den Wettbewerb gesteuerten Verkehrswirtschaft sei es nicht Aufgabe der staatlichen Verwaltung, ein*zelnen Unternehmen Aufgaben zuzu*teilen und andere davon auszuschließen. Vielmehr seien lediglich die Rahmenbedingungen für die wettbewerblichen Prozesse abzustecken. Dies sei in Grundzügen in den Leitlinien geschehen. Eine weitere Konkretisierung erscheint dem Beirat in der angekündigten verkehrspolitischen Gesamtkonzeption nützlich; „zu denken wäre etwa an einen Abbau staatlicher Marktzugangsbeschränkungen und die Auflockerung der staatlichen Preisvorschriften".

Die Ziele des Bahn-Vorstandes, die Personalkosten drastisch zu senken und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, werden sich nach Ansicht des Beirats nur erreichen lassen, „wenn die Bundesregierung eine eigenverantwortliche Geschäftspolitik des Vorstandes politisch nachhaltig unterstützt". Notwendig sei auch, die politischen Auflagen für die Bahn in die Form öffentlicher Aufträge umzugestalten und aus den Haushalten der diese Aufträge veranlassenden Ressorts oder Gebietskörperschaften entsprechende Zahlungen zu leisten. Dies werde sich auch in einer wirtschaftlichen Betriebsführung niederschlagen. Daher sei die in der Kabinettsvorlage enthaltene These, daß der Veranlasser von gemeinwirtschaftlichen Leistungen einen angemessenen Ausgleich gewähren soll, sinnvoll und notwendig.

Der Beirat hält Forderungen für verständlich, die von der Bundesre*gierung geplante Konsolidierung der* Bahn mit einer Bereinigung der sogenannten Altschulden zu verbinden und sie durch die Übernahme eines Teils der bestehenden Kredite und Zinsverpflichtungen auf den Bund dauerhaft zu entlasten. Die Bahn müßte möglichst bald in die Lage versetzt werden, ihre zukünftigen Investitionen grundsätzlich aus eigenen Mitteln oder solchen Krediten zu finanzieren, die sie aus den Erträgnissen der Investitionen heraus zu verzinsen und zurückzuzahlen vermag.

Das deutsche Eisenbahnnetz entspricht nach Meinung des Beirats nicht mehr den Anforderungen der Nachfrage. Mit den im Bau befindlichen Neubaustrecken und den Ausbaumaßnahmen werde ein wichtiger Beitrag zur Netzverbesserung geleistet, der jedoch nicht ausreiche.

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Kronberger Kreis hält eine neue Politik für erforderlich

PETER GILLIES, Bonn

Um eine drohende Überversorgung mit Wohnraum und eine spätere Immobilienkrise in der Bundesrepublik zu vermeiden, sollte der Staat die Subventionierung des Wohnungsbaus stufenweise einstellen, sich statt dessen auf eine bessere Verteilung des ausreichenden Wohnungsbestandes konzentrieren, das Mietrecht liberalisieren und den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften die Steuerfreiheit entziehen. Dies schlug gestern der „Kronberger Kreis" vor.

Das Gutachten des Gremiums – die Professoren Engels, Gutowski, Hamm, Möschel, Stützel, von Weizsäcker und Willgerodt – *empfiehlt* „mehr Markt in der Wohnungswirtschaft". Das Ziel, möglichst viele Familien zu Eigentümern zu machen, wird als vernünftig bezeichnet, es sollte jedoch nicht mehr durch Förderung des Neubaus, sondern durch Privatisierung und Umschichtung vorhandener Mietwohnungen erreicht werden. Forcierter Neubau wie bisher berge die Gefahr, daß sich Immobilien – unter großen Opfern finanziert – anschließend entwerteten.

Was als Wohnungsmangel empfunden werde, sei in Wahrheit nur eine verzerrte Verteilung vorhandener Bestände, meinen die liberalen Wirtschaftswissenschaftler. Sie befürchten, daß sich viele Immobilien in einigen Jahren als Fehlinvestition erwiesen, angelockt durch eine falsche Subventions- und Steuerpolitik des Staates. Dieses „fehlgelenkte" Kapital fehle jedoch dringend in der Industrie. „Wir brauchen aber mehr Arbeitsplätze und nicht noch mehr Schlafplätze", meinen die Wissenschaftler.

Als „reine Verschwendung" bezeichnen die Kronberger die geübte Förderung des *sozialen* Wohnungsbaus. Ein direkt gezahltes Wohngeld für die Bedürftigen sei die bessere Lösung. Die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften weiter steuerfrei zu stellen, sei eine „Antiquität". Sie führe zur Ballung von Vermögen statt zu ihrer Privatisierung.

Konkret schlägt der Kreis vor: Für Neuvermietungen soll Vertragsfreiheit zwischen Mieter und Vermieter herrschen, ein liberaleres Mietrecht solle auch für Sozialwohnungen gelten, wenn der Eigentümer die öffentlichen Baudarlehen zurückgezahlt hat; das Wohnungseigentum soll wie eine Investition besteuert werden, den steuerpflichtigen Mieteinnahmen werden die Schuldzinsen und andere Abzüge gegenübergestellt; wer sein Eigentum selbst bewohnt, soll jedoch für die Konsumgutlösung optieren können, wobei beides entfiele. Den Verkaufsgewinn einer Immobilie – heute steuerfrei – wollen die Gutachter einer 25prozentigen Gewinnsteuer unterwerfen. Die Grunderwerbsteuer gehöre im Gegenzug abgeschafft. Der *Bundesbauminister nannte* die Vorschläge im Grundsatz hilfreich, hält mehrere Empfehlungen im Detail jedoch für zu abrupt und weitgehend.

AUF EIN WORT



„Das Bundeskartellamt mit seiner Untersagungsverfügung gegen Aral müßte eigentlich angesichts des Branchenverlustes irgendwann einmal die Frage beantworten, welche andere Art von Wettbewerb ihm vorschwebt. Eine, die bei uns nur noch Esso und Shell, vielleicht noch Mobil und Texaco überleben werden?"

Dr. Fritz Oschmann, Vorstandsvorsitzender der Veba Oel AG, Gelsenkirchen FOTO: WOLF P. PRANGE

Nakasone für Marktöffnung

dpa/VWD, Tokio

Wenige Tage vor Beginn eines handelspolitischen Vierer-Treffens auf Regierungsebene in Erbach bei Frankfurt hat sich Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone in Tokio für *zusätzliche Maßnahmen* zur Aufstockung der Fertigwarenimporte seines Landes ausgesprochen. Bei einer Sitzung mit Vertretern der Wirtschaft äußerte er sich erneut besorgt über die internationalen Probleme, die aus dem hohen japanischen Handelsüberschuß von 30 Milliarden Dollar (Fiskaljahr 1983) entstanden seien. Nakasone verlangte die baldige Durchführung der 1983 gefaßten Beschlüsse zur Marktöffnung.

WELTWIRTSCHAFT



Kieler Institut: Expansion ist langsamer geworden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Weltwirtschaft hat im Frühjahr 1984 an Schwung verloren. Nach der jüngsten Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft expandierten *Nachfrage und Produktion zuletzt* merklich langsamer. Dies deutet darauf hin, daß in vielen Ländern Hemmnisse für eine weitere wirtschaftliche Besserung fortbestehen. So habe die geldpolitisch induzierte Erholung der Auffassung Vorschub geleistet, strukturelle Anpassungen seien nicht mehr so dringlich. So werde vor allem in Westeuropa knappes und teures Kapital nach wie vor für Subventionen und Transfers verwandt, wodurch überholte Strukturen und Verhaltensweisen konserviert würden. Dies trage dazu bei, daß die Zinsen nach wie vor hoch sind.

Lediglich in den USA seien die Steuern wesentlich gesenkt, die Löhne den Markterfordernissen angepaßt und Regulierungen abgebaut worden. Dies erklärt nach Ansicht der Kieler Wissenschaftler, warum in den USA der Aufschwung trotz hoher *Zinsen bislang am stärksten* war.

Für die Industrieländer zusammen erwartet das Institut für 1984 einen Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von rund vier Prozent. Für 1985 rechnet das Institut nur noch mit 2,5 Prozent. Gleichzeitig werde sich die Expansion des Welthandels deutlich verlangsamen, und zwar von annähernd sechs Prozent in diesem Jahr auf nur noch drei Prozent 1985.

Erhebliche Risiken sieht das Institut in der weltweiten Verschuldung, die sich 1984 wegen des Zinsanstiegs weiter erhöht hat. Die Kieler Wissenschaftler plädieren für eine Indexierung der künftigen Kreditverträge.

DEVISENMARKT

Dollarkurs setzte seinen Höhenflug weiter fort

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der US-Dollar, der in der letzten Woche um gut sechs Pfennig oder zwei Prozent gestiegen war, setzte seinen Höhenflug gestern beschleunigt fort und überschritt zeitweilig die Marke von 2,81 DM. Damit wurde wieder das Kursniveau von Ende Januar dieses Jahres erricht. Der amtliche Dollarkurs wurde gestern mit 2,8073 DM notiert nach 2,7868 am Freitag.

Motor des neuerlichen Dollarauftriebs ist die beabsichtige Abschaffung der 30prozentigen Kuponsteuer auf amerikanische festverzinsliche Papiere, die sich im Besitz von Ausländern befinden. Der Devisenmarkt antizipiert eine erwartete starke Auslandsnachfrage nach US-Anleihen, die mit einem entsprechenden Dollarbedarf verbunden ist.

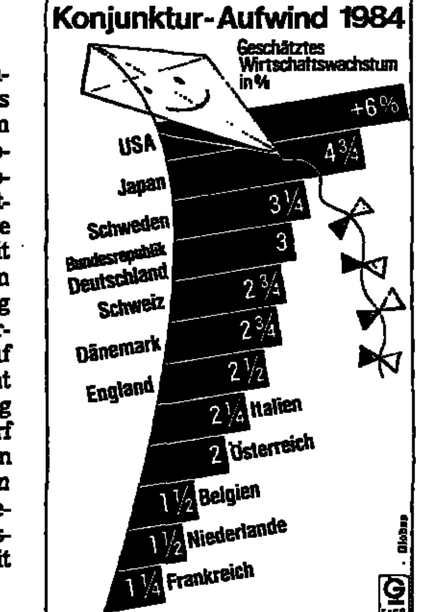
Auf den amerikanischen Rentenmarkt hatte die Abschaffung der Quellensteuer bisher keinen nachhaltigen Einfluß. Zwar sind die Renditen am Freitag etwas gesunken – die der 30jährigen Regierungsanleihe ging von 13,71 auf 13,64 Prozent zurück –, doch wird der Markt weiter von der Erwartung steigender Zinsen beherrscht.

Ohne nennenswerte Auswirkungen auf den Wechselkurs der D-Mark blieb die Verschärfung an der Streikfront. Der Schweizer Franken und der Yen wurden sogar etwas niedriger bewertet als Ende letzter Woche. Für die wichtigsten Reisewährungen galten gestern folgende Schalterpreise (jeweils An- und Verkauf): Dollar 2,76-2,85; sfrs 118,75-121,50; öS 14,15-14,37; F 31,75-33,50; Lire 1,58-1,68; Peseten 1,71-1,83; Dinar 1,70-2,50; Drachme 2,20-3,00; Pfund 3,73-3,88 DM.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

VW: Geschäft mit „DDR" kurz vor Abschluß

Berlin (rtr) – Der 600-Millionen-Vertrag des Volkswagenwerkes Wolfsburg mit der „DDR" über den Bau einer Fertigungsstraße für Motoren steht offenbar kurz vor dem Abschluß. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel sagte am Montag nach einem Gespräch mit dem „DDR"-Wirtschaftsexperten und Politbüromitglied Günter Mittag vor Journalisten, eine Vertragsunterzeichnung „wird nicht mehr lange auf sich warten lassen". Der Vertrag sieht unter anderem die Lizenzfertigung von VW-Motoren für den Eigenbedarf der „DDR" vor, die Lieferung von *jährlich rund 100 000 Rumpfmotoren* aus der „DDR" an VW und die Lieferung von mehreren Tausend Transportern in die „DDR". Die Laufzeit soll von 1984 bis 1993 gehen.



Die Konjunkturbelebung in den westlichen Industrieländern setzt sich fort. Für alle OECD-Mitgliedsländer wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4 ½ Prozent erwartet. Überdurchschnittliche Zuwachsraten werden die USA (sechs Prozent) und Japan (4 ¾ Prozent) erreichen. QUELLE: GLOBUS

Ohne Öffentlichkeit

München (dpa/VWD) – Die mündliche Verhandlung um die seit Jahren umstrittenen Abschreibungsgesellschaften vor dem Großen Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) in München findet hinter verschlossenen Türen statt. Die Klägerin stellte den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen. Dem entsprach das Gericht. Die höchsten bundesdeutschen Finanzrichter müssen prüfen, ob Abschreibungsgesellschaften steuerrechtlich als Gewerbebetrieb anerkannt werden können. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob ein Unternehmen eine Gewinnabsicht hat, das nur Steuervergünstigungen produzieren will, indem es Verluste an seine Gesellschafter verteilt.

Mehr Schiffbau-Aufträge

Paris (VWD) – Die neuen Schiffbauaufträge für Werften in den westlichen Industrieländern waren im ersten Quartal mit drei Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) doppelt so hoch wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Mit 2,8 Millionen BRT entfielen 90 Prozent des Auftragseingangs auf japanische Werften. Im selben Vorjahreszeitraum verbuchten die Japaner nach Angaben der OECD Aufträge über eine Million BRT. Der Auftragsbestand bei den OECD-Ländern wird für Ende März mit 18,5 Millionen BRT angegeben gegenüber 15,3 Millionen BRT zur gleichen Vorjahreszeit; davon entfielen 13,7 (8,7) Millionen auf japanische Werften.

Rumasa-Chefs verhaftet

Madrid (AFP) – Untersuchungshaft für fünf frühere Chefs des spanischen Großkonzerns „Rumasa", der im Februar 1983 verstaatlicht wurde, um einen drohenden Konkurs zu vermeiden, hat ein Gericht in Madrid angeordnet. Den Betroffenen werden falsche Buchführung und Steuerhinterziehungen zur Last gelegt. Die Kaution für die Konzernchefs wurde auf umgerechnet 177 000 Mark angesetzt. Ferner ordnete der Richter die Hinterlegung von rund 700 Millionen Mark an, um die Begleichung möglicher finanzieller Verpflichtungen der Betroffenen nach Prozeßende zu sichern. Der frühere Konzernchef José Maria Ruiz Mateos war im April in Frankfurt verhaftet worden.

ÖSTERREICH / Das Budgetdefizit nimmt erheblich zu

Zinsbelastung wirkt sich aus

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Eine wenig erfreuliche Vorausschau über die Entwicklung des österreichischen Bundeshaushaltes bis 1988 hat kürzlich der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen in Wien veröffentlicht. Demnach ist weiterhin mit einem starken Anstieg des Nettodefizits im Bundeshaushalt von derzeit 62,2 Mrd. Schilling (laut Budgetvoranschlag für 1984) auf mehr als 84 Mrd. Schilling im Jahr 1988 zu rechnen. Damit erhöht sich auch der Anteil des Nettodefizits am Bruttoinlandsprodukt von derzeit 4,8 auf dann 5,1 Prozent. Dies bedeutet, daß der Konjunkturaufschwung und das von der sozialliberalen Koalitionsregierung mit Wirkung vom 1. 1. 1984 beschlossene Maßnahmenpaket mit kräftigen Steuer- und Tariferhöhungen nur imstande ist, das Defizit vorübergehend von 5,4 Prozent 1983 auf 4,3 Prozent 1985 zu verringern. Danach ist die Wirkung der getroffenen Maßnahmen wieder neutralisiert. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben öffnet sich wieder stärker.

Eine wesentliche Ursache für den dann neuerlich überproportionalen Anstieg des Budgetdefizits sehen die Experten im Ausmaß der Staatsverschuldung mit dem daraus resultierenden sprunghaften Anstieg der Zinslasten (binnen vier Jahren um 49 Prozent auf 50 Mrd. Schilling) und Tilgungen (um 68 Prozent auf 55 Mrd. Schilling) an. Die Schulden der Republik werden sich demnach von knapp über 400 Mrd. Schilling zu Beginn des Jahres 1984 auf rund 766 Mrd. Schilling Ende 1988 sprunghaft erhöhen.

Als weiteren Grund für die Instabilität des Haushalts führen die Experten den ebenfalls stark steigenden Sozialaufwand an, dessen Anteil an den Gesamtausgaben (ohne Finanzschuldaufwand) sich um 1,5 Prozentpunkte auf 28,6 Prozent erhöhen wird. Dabei sind die angekündigten Maßnahmen im Sozialbereich ab 1985, wie neuerliche Anhebung der Beitragssätze und Einschränkung bei der Bemessung der Pensionszahlungen, bereits berücksichtigt.

Nicht berücksichtigt hat der Beirat allerdings den höheren Personalaufwand, der sich aus einem weiteren Anstieg der Zahl der Beamten ergeben wird, sowie eine allgemein erwartete Steuersenkung zu Beginn des nächsten Wahljahres 1987.

Die der Vorschau zugrunde liegenden volkswirtschaftlichen Daten beruhen auf der Annahme einer mittelfristigen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von real zwei und nominell sechs Prozent jährlich. Es wird erwartet, daß sich das Wachstum ab 1986 wieder abflacht.

Der Beirat setzt sich aus Experten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammen und ist als repräsentative Erscheinung der spezifisch österreichischen Sozialpartnerschaft anzusehen. Mit den vorangegangenen insgesamt sieben Budgetvorschauen und den Empfehlungen hatten die Experten bislang durchaus Einfluß auf die Budget- und Finanzpolitik des Landes.

NAMEN

Wolf-Ingo Darius und **Bodo Goschler** sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1984 zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Hermes Kreditversicherungs AG, Hamburg, gewählt worden.

Dr. **Heinz Ostues**, seit 1969 Vorstandsmitglied der Westdeutschen Landesbank (WestLB), Düsseldorf, tritt mit Vollendung seines 65. Lebensjahres Ende Juni in den Ruhestand.

Dr. **Lothar Meyer (41)**, seit 1983 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden.

Konsul **Hellmut Metzing**, langjähriger Präsident des Naturwerkstein-Verbandes e. V., Würzburg, feierte am 25. Juni seinen 65. Geburtstag.

Senator Dr. **Ernst Wrede**, Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern und des Vereins der Bayerischen Metallindustrie vollendet am 27. Juni sein 70. Lebensjahr.

Karl-Heinz Blümel, ehemaliger Justitiar des Bundesverbandes Spedition und Lagerei (BSL), Bonn, seit 1970 Geschäftsführer des Vereins Berliner Spediteure, tritt am 30. Juni in den Ruhestand.

JAPAN / Die Entwicklungshilfeleistungen steigen stärker als Verteidigungsausgaben

UNO-Vorgabe ist kaum erreichbar

FRED de LA TROBE, Tokio

Auf dem Wirtschaftsgipfel in London plädierte der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone für höhere Entwicklungshilfeleistungen der Industrienationen. Eine Zunahme der Hilfe werde die Weltkonjunktur stimulieren. Im Staatshaushalt für das laufende Fiskaljahr 1984/85 hat die Regierung in Tokio für öffentliche Entwicklungshilfe Gelder in Höhe von 1,3 Billionen Yen (10,5 Mrd. DM) angesetzt. Das sind neun Prozent mehr als im Budget für das Fiskaljahr 1983/84.

Dieser Zuwachs übertrifft den von 6,6 Prozent für die Verteidigungsausgaben und unterstreicht die Bedeutung, die dem Beistand an die hilfsbedürftigen Staaten beigemessen wird. 1983 hatte sich die effektiv geleistete öffentliche japanische Entwicklungshilfe schon um 24,4 Prozent auf einen Wert von 9,9 Mrd. DM erhöht.

Nach der Summe der Leistungen stand das fernöstliche Inselreich den Statistiken der Japaner zufolge hinter den Vereinigten Staaten und Frankreich und noch vor der Bundesrepublik Deutschland an dritter Stelle unter den 17 großen Geberländern der Welt. 1982 hatte Japan nach der Bundesrepublik noch den vierten Ranglistenplatz eingenommen. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am japanischen Bruttosozialprodukt machte 1983 aber nur 0,33 Prozent aus. Damit rangierte das Inselreich erst an 11. Stelle. Das von den Vereinten Nationen genannte Ziel ist ein Anteil von 0,7 Prozent am Bruttosozialprodukt.

Die kräftige Zunahme der öffentlichen Entwicklungshilfe Japans 1983 ging in erster Linie auf steigende Beiträge in internationalen Kreditinstituten zurück. So zahlte Tokio einen Betrag in Höhe von 1,7 Mrd. DM bei der Internationalen Entwicklungs-Agentur (IDA) und 795 Mill. DM bei der asiatischen Entwicklungsbank ein. Bilaterale Darlehen nahmen um 8,3 Prozent auf 3,8 Mrd. DM ab, unentgeltliche Zuwendungen stiegen um 29,8 Prozent auf 1,4 Mrd. DM und die technische Hilfe erhöhte sich um 16,6 Prozent auf 1,2 Mrd. DM. Damit nahm auch die Qualität der japanischen Leistungen zu. Beiträge und Unterstützung für internationale Kreditinstitute verdoppelten sich 1983 und erreichten einen Wert von 3,5 Mrd. DM.

Auf dem Wirtschaftsgipfel der führenden westlichen Industriestaaten vor drei Jahren hatte Japan fest zugesagt, es werde seine öffentliche Wirtschaftshilfe in dem Fünfjahresabschnitt von 1981 bis 1985 gegenüber den vorausgegangenen fünf Jahren verdoppeln. 1981 nahm die Hilfe jedoch zunächst um vier Prozent ab und 1982 sank sie um 4,7 Prozent.

Um das Versprechen einlösen zu können, müßten in den beiden verbleibenden Jahren die Leistungen um je 31 Prozent aufgestockt werden. Angesichts der Bemühungen, die Defizite im Staatshaushalt zu vermindern und die hohen Staatsschulden abzutragen, halten Sprecher der japanischen Regierung die Verwirklichung einer so großen Zunahme aber für ausgeschlossen. (SAD)

KOHLE / Plädoyer für umweltfreundliche Technologie

Bonn gibt 400 Millionen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Für die Nutzung von Kohle hat Umwelttechnik erste Priorität." Mit diesem Satz stellte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber in Bonn das mit 400 Mill. DM für 1984 ausgestattete Haushaltsvolumen „für die Förderung von Kohleforschung und Kohletechnologie" vor. Nur umweltfreundlich genutzte Kohle habe auch Zukunft. Das größte vom Bundesministerium für Forschung und Technologie unterstützte Einzelprojekt ist das Modellkraftwerk Völklingen. Die Zusammenschaltung einer Wirbelschicht-Feuerung mit Tauchheizflächen, einer Heißluft-Gasturbine in einen Dampferzeuger mit Kohlenstaubfeuerung sowie die Integration der Rauchgasentschwefelungs-Anlage in den Kühlturm sind die wesentlichen Merkmale dieser Anlage. Die beteiligten Unternehmen, so das Ministerium, haben durch ihre Mitarbeit bereits Verkaufserfolge erzielen können.

Insgesamt hat das Forschungsministerium die Wirbelschichttechnik in neun Projekten gefördert, darunter bei den Vereinigten Aluminium-Werken mit einer Demonstrationsanlage zur Verbrennung minderwertiger Abfallkohle, und bei der Deutschen Babcock/Preussenelektra mit einem Kombikraftwerk. Hierzu wird vom Forschungsministerium festgestellt, daß die Zeit des Zuwartens für Großfeuerungsanlagen-Betreiber zu Ende geht: „Die drucklos betriebene Wirbelschichtfeuerung hat in ihren beiden Versionen, stationär beziehungsweise zirkulierend, die Marktreife erreicht."

Noch stärker als in der Kraftwirtschaft gelte im Wärmemarkt die Forderung nach umweltfreundlichen Technologien, sagte Minister Riesenhuber. Am Endenergieverbrauch habe er in Deutschland einen Anteil von rund zwei Drittel. Der Ansatz von Steinkohle am Wärmemarkt sei in den letzten 30 Jahren von 70 Mill. auf zehn Mill. Tonnen zurückgegangen. Zur „Trendumkehr" gehören Forschungsvorhaben wie die Erprobung des Ultraschallbrenners für Kohleschlämme mit dem Ziel der Umstellung ölgefeuerter Industriekessel auf Kohle, und die Herstellung von Briketts aus Kohle und Kalkstein.

B. F. A. steigert Umsatz und Ertrag

Py. Düsseldorf

Die Banque Franco-Allemande S. A. (B. F. A.), Paris, mit 25 Jahren älteste deutsche Bank in Frankreich, hat 1983 mit 13,9 (12,6) Mill. Franc (rund 4,2 nach 4,1 Mill. DM) einen zufriedenstellenden Jahresüberschuß erwirtschaftet. Ihre Bilanzsumme wuchs um 8 Prozent auf 7,1 Mrd. Franc (2,39 Mrd. DM), das Geschäftsvolumen um ebenfalls 8 Prozent auf rund 7,4 Mrd. Franc (rund 2,46 Mrd. DM). Die Kredite an die gewerbliche Wirtschaft stiegen um 6 Prozent auf 4,09 Mrd. Franc (1,37 Mrd. DM), während die Geldanlagen am Interbankenmarkt um 7 Prozent auf knapp 2,7 Mrd. Franc (928 Mill. DM) zunahmen.

An die Aktionärsinstitute, darunter die WestLB mit 88 Prozent des Kapitals, die Landesbanken Saar, Stuttgart und Rheinland-Pfalz, erhalten eine Netto-Dividende von 142 Franc pro Aktie (47,56 DM). Einschließlich Steuerguthaben ergibt sich eine Rendite von 213 Franc (71,40 DM) je 1000-F-Aktie. Neben dem weiteren Ausbau des Kredit- und Auslandsgeschäfts im deutsch-französischen Handel will sich die B. F. A. künftig auf mehr Beratertätigkeit ausrichten.

FRANKREICH / Weiter restriktive Einkommenspolitik

Mindestlohn leicht erhöht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung setzt ihre restriktive Einkommenspolitik fort. Der gesetzlich garantierte Mindestlohn (SMIC) wird zum 1. Juli nur um 1,1 Prozent erhöht. Das gleicht gerade den Preisanstieg der Referenzperiode April und Mai aus. Die für über eine Million Arbeitnehmer geltende unterste Entlohnungsgrenze beträgt damit 23,82 Franc je Stunde oder 4025 Franc im Monat bei einer gesetzlichen Arbeitszeit von 39 Wochenstunden.

Im ersten Halbjahr 1983 verbuchten die Mindestlohn-Empfänger zwar einen Kaufkraftzuwachs von einem Prozent. Das ist aber weniger als die Hälfte von dem, was die Gewerkschaften fordern. Die kommunistische CGT verlangt für das Gesamtjahr eine reale Aufbesserung des Mindestlohns um fünf und die sozialistische CFDT um vier Prozent. Im letzten Jahr war der SMIC um 1,6 Prozent und 1982 um 4,7 Prozent real erhöht worden.

Bei den übrigen Lohnkategorien betrug der Kaufkraftzuwachs 1983 nur noch zwischen 0,3 und 1,3 Prozent, wie sich aus einer jetzt veröffentlichten Untersuchung des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) ergibt. Nur die leitenden Angestellten mußten einen erneuten Rückgang ihrer Realgehälter in Kauf nehmen. Im ersten Quartal dieses Jahres schrumpfte aber die Kaufkraft aller Stundenlöhne (einschließlich SMIC) um 0,5 Prozent.

Noch schlechter steht es um die gesamte Einkommensentwicklung der privaten Haushalte. Deren Bruttokaufkraft war schon 1983 um durchschnittlich 0,3 Prozent geschrumpft. Das lag einerseits an der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und andererseits daran, daß die Sozialleistungen weniger stark als in den Vorjahren zunahmen.

Gleichwohl stieg der private Verbrauch weiter an, da die Franzosen nur noch 14,9 (15,7) Prozent ihrer Einkommen sparten.

GROSSBRITANNIEN / Deutsche Lieferungen fehlen

Autohersteller betroffen

WILHELM FURLER, London

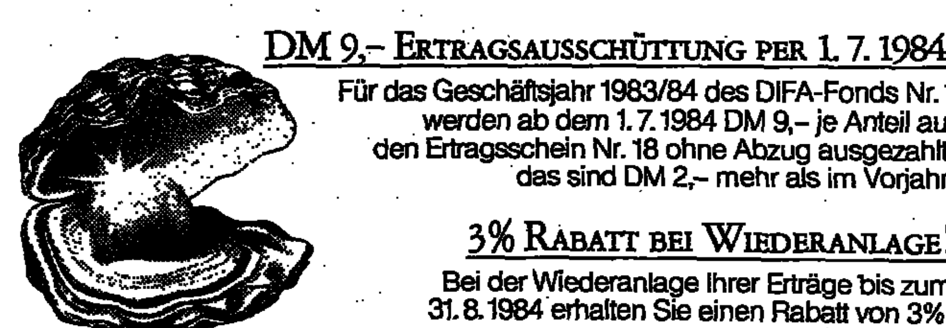
Der Arbeitskampf in der deutschen Metallindustrie droht in Kürze weite Teile der britischen Automobilindustrie lahmzulegen. Schon Ende dieser Woche könnten die beiden größten britischen Automobilhersteller, Ford Großbritannien und Vauxhall, gezwungen sein, insgesamt 15 000 Mitarbeiter vorübergehend zu entlassen, falls es nicht umgehend zu einer Einigung im deutschen Tarifkonflikt kommt. Von den Freistellungen bis mindestens zu den Sommerferien (Beginn 20. Juli) wären allein rund 11 000 Automobilarbeiter bei Vauxhall, dem britischen Schwester-Unternehmen von Opel, betroffen.

Die beiden größten Vauxhall-Werke in Luton und Ellesmere Port sind zu mehr als 50 Prozent von Teile-Lieferungen aus Deutschland abhängig. Bislang konnte die Personenwagen-Produktion von Vauxhall gerade noch auf tageweise improvisierter Basis aufrechterhalten werden. Dagegen mußte die Bedford-Lieferwagen-Herstellung bereits Mitte letzter Woche gestoppt werden.

Vauxhall bezieht nicht nur mehr als die Hälfte der Teile für seine Personenwagen-Produktion von der deutschen Opel AG, sondern auch rund 50 Prozent der Pkw, die unter dem Markenzeichen Vauxhall/Opel in Großbritannien verkauft werden, kommen fertig aus den deutschen Opel-Werken, so insbesondere die Modelle Carlton (Rekord), Manta, Senator und Monza. Gestoppt wurde inzwischen auch die Lieferung des Vauxhall-Cavalier (Ascona) aus dem belgischen Opel-Werk, das normalerweise für 50 Prozent des Cavalier-Absatzes in Großbritannien aufkommt, das aber inzwischen wegen des Streiks in Deutschland vorübergehend stillgelegt werden mußte.

Nicht viel besser sieht die Lage bei Ford Großbritannien aus. Zwar werden von der deutschen Schwester nur etwa 30 Prozent der in Großbritannien verkauften Ford-Modelle bezogen. Aber stark abhängig ist das Unternehmen von in Deutschland produzierten Teilen wie Automatik-Getrieben, Einspritzanlagen (Bosch) und Bremssystemen.







Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

INDUSTRIEVERWALTUNG / Erfreuliche Rendite

Privatisierung noch fern

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit wiederum 12 Prozent Dividende und dazu noch 3 (2) Prozent Bonus auf 51 Mill. DM Stammkapital beglückt die Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG), Bonn, aus ihrem Geschäftsjahr 1985 die Bundeskasse, dazu noch 25,9 (24) Mill. DM EEV-Steuern für den Fiskus. Weiterhin *und schon traditionell* zeigt sich der kleinste im Quartett der Bundeskonzerne als Feinster – allerdings noch nicht nahe an der Privatisierung.

Zwar träumt der Vorstand seit Jahren schon von einer etwa 30 Mill. DM großen Eigenkapitalzufuhr, die aus der Bundeskasse nicht locker zu machen ist. Sie böte sich auch an, da selbst der 1983 erstmals in die Höhe des Stammkapitals gestiegene Cashflow immer noch deutlich hinter dem im IVG-Kreis mit 62 (72) Mill. DM fortgesetzten Investitionen zurückgeblieben *und die Deckung* des *Holding*-Anlagevermögens von 332 (320) Mill. DM durch 170 (166) Mill. DM mager geblieben ist.

Sogar die IVG-Holding (ein Konzernabschluß wird leider nicht veröffentlich) zeigt nach der 1983 forcierten Geschäftsausgliederung auf Töchter bei 142 (148) Mill. DM Umsatz (im IVG-Kreis dürften es 330 Mill. DM sein) noch einen Zinsaufwandsaldo von 6 (7) Mill. DM – nicht viel weniger als ihr abermals fast komplett ausgeschütteter Jahresüberschuß von 8,2 (7,6) Mill. DM. Vorbehalte zum Privatisierungsthema, mit dem auch die IVG im Herbst ins Bundeskabinett kommt, hat der Vorstand denn auch nicht. Wohl aber verweist er darauf, daß die IVG auch viele öffentliche und nicht gerade für Privatisierung sprechende Aufgaben erfülle.

Der Hinweis zielt zumal auf den Geschäftsbereich „Kavernenbau und -betrieb, bei dem die IVG im Salzstock Etzel/Wilhelmshaven (für dessen noch freie Lagerkapazität sich neuerdings auch die Golfkrieg-Staaten Irak und Iran interessieren) die Bundesrohölreserve von 7,3 Mill. t verwaltet. Er gilt aber auch für die Handelstochter VEBEG/Frankfurt, die mit offenbar gutem Gewinn aus 52 (55) Mill. DM Umsatz militärische „Rückfallgüter" verkauft.

Und er gilt letztlich auch für das IVG-Hauptgeschäft, der dem Bund aus der Erbmasse des „Dritten Reiches" zugefallenen großen Grundstücksreserve ein rentables Liegenschaftsgeschäft zu machen. In diesem Geschäftszweig erzielte die IVG 1983 vornehmlich aus der gewerblichen Vermietung von Bauobjekten 92,8 (89,8) Mill. DM Umsatz. Da ist man auch 1983 trotz relativ schwacher Nachfrage nach gewerblichen Immobilien auch mit der Rendite bei immerhin 91 (90) „Vermietungsgrad" der Objekte gut zurechtgekommen. Der Immobilienbereich, in den 1983 rund 48 (42) Mill. DM aller Investitionen flossen, soll auch 1984 den Löwenanteil der in bisheriger Größenordnung geplanten Investitionen des IVG-Kreises erhalten.

HAUSBAU WÜSTENROT / Befriedigendes Jahr

Aufholjagd im Verkauf

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Hausbau Wüstenrot gemeinnützige GmbH, Ludwigsburg, Bauträger der Wüstenrot-Gruppe, hat im ersten Halbjahr 1984 einen Rückgang der Verkaufsumsätze um 20 Prozent hinnehmen müssen. Begründet wird dies von der Verwaltung in erster Linie mit dem Abklingen der stimulierenden Wirkungen der wohnungspolitischen Sofortmaßnahmen der Bundesregierung und der bisherigen Steuervorteile bei Bauherrengemeinschaften. Aufgrund der regionalen Streuung ihres Bauprogramms und *des differenzierten Angebots mit der* Bevorzugung attraktiver Standorte sowie ihrer Nischenpolitik hofft die Hausbau Wüstenrot dennoch, im ganzen Jahr 1984 an das Niveau der Verkaufsumsätze des Vorjahres heranzukommen.

Das Geschäftsjahr 1983 stuft die Verwaltung als ein „befriedigendes Jahr" ein. Verkauft wurden 303 Eigentumswohnungen und Eigenheime (plus 19,8 Prozent). Dies erbrachte Verkaufserlöse von 80 Mill. DM (plus 12,7 Prozent). Bei den Bauherrenmodellen konnten außerdem Betreuungsverträge mit privaten Bauherren für 37 Wohnungen über einen Gesamtaufwand von etwa 9 Mill. DM abgeschlossen werden. Ausgeweitet wurde aufgrund des seinerzeit verbesserten Verkaufsklimas die Neubautätigkeit, 380 Wohneinheiten wurden begonnen.

Einschließlich Überhang aus dem Vorjahr vergrößerte sich das Bauvolumen auf 687 (529) Wohneinheiten in der Größenordnung des Vorjahres. Der ausgewiesene Jahresüberschuß von 2,25 Mill. DM wird voll den Rücklagen zugeführt. Das Stammkapital der Gesellschaft ist durch Umwandlung freier Rücklagen um 0,5 Mill. auf 5 Mill. DM aufgestockt worden. Die *Eigenkapitalquote* beläuft sich auf solide 35,4 Prozent.

TOKAI SEIKI / Einwegfeuerzeuge für Europa

Deutsche Produktionsstätte

HARALD POSNY, Düsseldorf

Japans führender Hersteller von Einwegfeuerzeugen, die Tokai Seiki Co. Ltd., Yokohama, will von deutschem Boden aus den europäischen Markt erobern. Die mit einem Investitionsaufwand von 30 Mill. DM errichtete und bislang einzige europäische Produktionsstätte soll die bisherigen Markthindernisse (lange Transportzeiten, Zölle, Wechselkursänderungen) ausräumen, betonte in Mönchengladbach Firmengründer und Präsident Tomio Nitta, der sich mit der deutschen Niederlassung „einen langjährigen Traum" erfüllte.

Gegenwärtig ist Tokai mit acht Produktionsstätten im ost- und südostasiatischen Raum sowie in den USA vertreten. In den nächsten Jahren sollen fünf weitere, in Kanada, Mittel- und Südamerika, in Pakistan sowie in der Volksrepublik China, hinzukommen. Das erst 1972 gegründete Unternehmen für die Fertigung von Feuerzeugen, Artikeln des Raucherbedarfs sowie elektronischen Zündern, hat in Japan einen Marktanteil von 90 Prozent und setzt mit 890 *Beschäftigten in über 60 Ländern der* Erde rund 360 Mill. DM um. Die Feuerzeug-Produktion liegt weltweit bei monatlich 70 Mill. Stück, davon 30 Mill. Stück in Japan.

Die deutsche Produktion hat Ende 1983 mit 61 Mitarbeitern und monatlich 5 Mill. bis 6 Mill. Feuerzeugen begonnen. Ein Ausbau auf 80 Beschäftigte und eine Kapazität von 10 Mill. Stück ist bis Mitte 1985 geplant. Die gesamte Produktion ist für den europäischen Markt vorgesehen. Im *ohnehin* scharfen Wettbewerb der Branche wird sich Tokai mit einem elektronischen Feuerzeug für umgerechnet eine DM stellen.

STEAG / „Über Kapitalerhöhung kann nachgedacht werden" – Die Investitionen sollen wieder stärker steigen

Das Ergebnis hat sich 1983 um 64 Prozent erhöht

HANS BAUMANN, Essen

An Dividende kassiert Mutter Ruhrgebiet für das Geschäftsjahr 1983 wieder 14 Prozent (21 Mill. DM), und den Rücklagen werden erneut 24,1 (23,2) Mill. DM zugeführt. Sie erreichen inzwischen fast das Doppelte des Grundkapitals von 150 Mill. DM, womit die Frage laut wird, ob die Steag ihrer Tradition treu bleibt und das Aktienkapital in Kürze aus Gesellschaftsmitteln aufstockt. Die Antwort auf diese Frage von Finanzchef P. G. Knappmann: „Das ist im Moment kein Thema, aber darüber kann man nachdenken."

Für das Berichtsjahr stellt sich der Kraftwerker aus Essen wieder mit prallem Bizeps vor. Besonderen Ausdruck findet der Erfolg in der Ertragslage. Das Ergebnis (nach Steuerguthaben) ist um 64 Prozent auf 152 Mill. DM gestiegen. Der Brutto-Cash-flow kam dagegen nur „bescheiden" um 41 Prozent auf 258 Mill. DM voran, ein *Investitionspolster, das den eigentlichen* Mitteleinsatz von 121 (164) Mill. DM bei weitem überragt. Schwerpunkte der Sachinvestitionen waren Kraftwirtschaft und Fernwärme.

In den kommenden Jahren werden die Investitionen wieder stärker steigen, da ein *Ballastkohle-Heizkraftwerk* in Walsum mit 410 MW für 745 Mill. DM errichtet und andere Kraftwerke um Rauchgasentschwefelungsanlagen für noch 722 Mill. DM nachgerüstet werden müssen. Mit diesen Arbeiten aber wird die Steag wohl noch vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen fertig.

Daß das Geschäftsjahr 1983 von besonderer Güte war, zeigt auch der Umsatz, der um 12 Prozent auf 2,76 Mrd. DM stieg. Darin kommt zum Ausdruck, daß das Kraftwerk Voerde zum erstenmal das ganze Jahr über in die Erfolgsrechnung einging. Aber auch die Bereiche Fernwärme und Kernenergie trugen zu dem guten Ergebnis bei.

Alle Kraftwerksneubauten wurden termingerecht und unter Einhaltung der Kostenvoranschläge fortgeführt. Die Rohbauarbeiten für den 710-MW-Block in Voerde wurden abgeschlossen. Im Herbst 1985 soll das Werk ans Netz gehen. Auch die Arbeiten an der Bahnstromanlage für die Bundesbahn in Lünen kommen gut voran. Sie soll im Herbst fertiggestellt werden.

Hauptaufgabengebiet der Steag war nach Auskunft des Vorstandsvorsitzenden, Hans Krämer, wieder die Erzeugung von Strom aus Steinkohle. Steag betreibt 15 Kraftwerke mit einer Leistung von 4465 MW. Der Steag-eigene Anteil daran beträgt 3674 MW. Die Kraftwerksleistung im Berichtsjahr lag mit 21,6 Mrd. kWh um 17,8 Prozent über der des Vorjahres. Insgesamt wurden 8,2 Mill. Tonnen Steinkohle eingesetzt, davon 5,4 Mill. Tonnen Ballastkohle.

Steag baut seinen ganzen Kraftwerkspark um. In den nächsten zehn Jahren werden 776 MW Leistung stillgelegt, vornehmlich kleine Zechenkraftwerke, die nicht mehr umgerüstet werden können. Rund 800 Mitarbeiter werden dadurch freigesetzt, die in anderen Kraftwerken eingesetzt werden oder aber in den Ruhestand gehen. Für diesen künftigen Sozialplan wurden 1983 bereits 46 Mill. DM zurückgestellt, weitere 36 Mill. flossen in die langfristigen Rückstellungen und weitere 11 Mill. DM wurden beiseite gelegt für künftige Abbrucharbeiten. Die Pensionsrückstellungen wurden nach Veröffentlichung der neuen Sterbetafeln von 187 auf 221 Mill. DM erhöht. Steag hat für eine weiterhin gesunde Zukunft vorgebaut.

KUPFERBERG

Absatz um drei Prozent gesunken

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit einer Dividende von 16 Prozent plus zwei Prozent Bonus je 100-DM-Aktie signalisiert die Christian Adalbert Kupferberg & Cie. Commandit-Gesellschaft auf Actien, Mainz, ihren Aktionären die im letzten Jahr erreichte Stabilisierung des Jahresüberschusses bei 1,8 Mill. DM. Im Jahr zuvor war bei einem Rückgang des Jahresüberschusses auf 1,8 (2,8) Mill. DM die Dividende der zu 80 Prozent zu A. Racke, Bingen, gehörenden Sektkellerei auf 16 (20) Prozent gekürzt worden. Kupferberg notierten zuletzt in der Frankfurter Börse mit 715 DM.

Im vergangenen Jahr verkaufte Kupferberg im Inland insgesamt 10,1 Mill. 1/1-Flaschen Sekt, das sind knapp drei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang, so heißt es im jetzt vorgelegten Geschäftsbericht, ist vor allem vor dem Hintergrund eines „verschärften preisaggressiven Wettbewerbs" zu sehen, den man nicht mitmachen wollte. Die Hauptmarke Kupferberg Gold kostete dies einen Absatzrückgang auf 8,3 (8,7) Mill. Flaschen; damit steht sie aber immer noch auf Platz zwei unter den fünf deutschen Traditionsmarken. Sehr gut vorangekommen ist Kupferberg dagegen im Export (plus 28 Prozent), worin vor allem Vorratskäufe in Österreich (Branntweinsteuererhöhung) und in der Schweiz, wo der Rotsekt besonders beliebt ist, sich niedergeschlagen haben. Auch am Inlandsmarkt legte der Rotsekt um zehn Prozent auf 1,7 Mill. Flaschen zu.

Deutlich wieder aufgeholt hat Kupferberg mit seiner Importmarke „Johnnie Walker", der bei schrumpfendem Whisky-Markt gegen den Trend gut fünf Prozent auf 2,4 (2,3) Mill. Flaschen zulegte und damit seinen Marktanteil auf knapp 8 (7) Prozent steigerte.

Die Absatzentwicklung reichte freilich nur für eine leichte Umsatzsteigerung auf 94,5 (94) Mill. DM. Sie sorgte aber dafür, daß Entlassungen oder Kurzarbeit für die 123 Mitarbeiter vermieden werden konnten. Die Absatzentwicklung in diesem Jahr verläuft bisher positiv.

Rosenthal verkauft Technische Keramik

sz. München

Die Rosenthal AG, Selb, hat beschlossen, sich aus dem Bereich Technische Keramik zurückzuziehen und sich nur noch auf den Wohnbereich zu konzentrieren. Wie Vorstandsmitglied Dietrich Müller in München mitteilte, wird die Hoechst AG, Frankfurt, Anfang 1985 vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes 75,01 Prozent des Aktienkapitals der Rosenthal Technik AG (25 Mill. DM) erwerben. 23,79 Prozent verbleiben bei der Rosenthal AG; 1,2 Prozent hält AEG.

Den Verkauf der Rosenthal Technik begründete Müller damit, daß in den nächsten Jahren hier erhebliche Investitionen notwendig würden, die das Unternehmen allein nicht erbringen könnte. Schon in den vergangenen zehn Jahren habe die Rosenthal Technik etwa 120 Mill. DM an Investitionen erfordert, aber nur relativ niedrige Gewinne abgeworfen. Zum Ausdruck komme dies darin, daß die Rosenthal Technik in diesem Zeitraum bei einem Anteil am konsolidierten Inlandsumsatz der Gruppe von 37 Prozent nur etwa 12 Prozent zum Gewinn beigetragen habe.

Weltweit erzielte die Rosenthal-Gruppe 1983 einen Umsatz von 626,0 (601,7) Mill. DM, wozu die Rosenthal Technik 191,0 (185,8) Mill. beisteuerte (Exportanteil 43 nach 44 Prozent). In sechs inländischen sowie zwei Auslandstöchtern in Großbritannien und USA beschäftigt die Rosenthal Technik über 2600 Mitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Freundliches Klima

Düsseldorf (Py.) – Die mit einem Vertragsbestand von 6,3 (6,2) Mrd. DM zu den mittleren privaten Bausparkassen zählende Iduna Bausparkasse AG, Hamburg, hat 1983 im freundlichen Bausparklima wieder deutlich an Boden gewonnen und ihr Neugeschäft *um 18 Prozent auf 685* Mill. DM gesteigert. Auch die Entwicklung des zuteilungswirksamen Geldeingangs ist, wenn auch durch zeitliche Verzögerung abgeschwächt, mit 307 (294) Mill. DM wieder positiv. Aus dem Bilanzgewinn von 3,4 (4,3) Mill. DM wurden 20 (28) Prozent Dividende ausgeschüttet.

Rücklagen aufgefüllt

Backnang (VWD) – Die J. F. Adolff AG, Backnang, Garnherstellung, Kunststoffgewebe, verwendet den im Geschäftsjahr 1983 erzielten Bilanz*gewinn von 1,1 (0,74) Mill. DM mit* einem Teilbetrag von 0,97 Mill. DM zur Einstellung in die gesetzliche Rücklage. Damit wird, wie aus der Tagesordnung zur Hauptversammlung am 20. Juli hervorgeht, die gesetzlich vorgesehene Höhe dieser Position von 10 Prozent des Grundkapitals von 12 Mill. DM wieder erreicht. In die freien Rücklagen sollen 0,1 Mill. DM eingestellt werden. Mit dem Vorjahresbilanzgewinn war der Verlustvortrag aus früheren Jahren mehr als ausgeglichen worden.

Heinrich zahlt 12 Prozent

Essen (dpa/VWD) – Die Heinrich Industrie- und Handels-AG, die während der Kohlenkrise 1968 ihre Zeche aufgab, kann für 1983 auf das Grundkapital von 15 Mill. DM eine auf 12 Prozent erhöhte Dividende auszahlen. Im Vorjahr waren eine Dividende von 8 und ein Bonus von 2 Prozent gewährt worden. 1983 hatte sich infolge des schrumpfenden Kohlenhandels der Konzernumsatz von 190 auf 167 Mill. DM verringert. Die übrigen *Beteiligungen, die vornehmlich in* der Sparte Energietechnik und Eisenwaren produzieren sowie Wohnungswirtschaft betreiben, nahmen dagegen eine günstige Entwicklung.

Verlust-Tilgung angestrebt

Bad Salzuflen (hdt.) – Die Umstrukturierung der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen, die nach Aufgabe des Industriegeschäfts zu einer Konzentration auf Markenartikel führte, hat dem Unternehmen 1983 insgesamt 8,3 Mill. DM gekostet. Davon *entfielen 2,5 Mill. DM auf* einen Sozialplan. Infolge des Umsatzrückgangs um 7,6 Prozent auf 89,1 (96,4) Mill. DM entstand ein Bilanzverlust von 1,27 Mill. DM, dessen Tilgung 1984 angestrebt wird.

Hohes Umsatzplus

Bielefeld (hdt.) – Um 25 Prozent auf 37 (30) Mill. DM konnte die Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld, ihren Umsatz 1983 steigern. Der ebenfalls erhöhte Jahresüberschuß von 0,6 (0,1) Mill. DM erlaubte einen weiteren Abbau des vorgetragenen Verlustvortrages, der *sich damit auf nur noch* rund 0,12 Mill. DM reduzierte. Für 1984 meldet das seit 1975 dividendenlose Unternehmen eine bisher zufriedenstellende Entwicklung.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Udo Sander, *Kaufmann, Lebensmittel-Edeka*-Markt Sander; **Beckum:** Schulte KG, Oelde; Günther Platz, Kaufmann, Oelde; **Berlin-Charlottenburg:** SOZIALHILFEBUND BERLIN e. V.; Nachl. d. Bernhard Müller; **Bochum:** Reinhold Mai, Tischlermeister; **Burgdorf:** Rainer Laschinski, Dachdeckermeister; **Gelsenkirchen:** Heinz Blanke & Co. KG, Gladbeck; **Hamburg:** CONSUMEX Außenhandelsges. mbH; Dierk Cordes, Kaufmann; **Hannover:** Nachl. d. Heinz Görke; Backwarenfabrik Laatzen GmbH, Laatzen; **Heilbronn (Neckar):** Gustav Binder Import-Export KG, Neckarsulm; Wolfgang Binder, Heilbronn; **Itzehoe:** Werner Grimm jun., Schlachtermeister; **Köln:** Nachl. d. Hugo – gen. Hans Stein; **Langen:** Computer-Dienst (BBF), Rödermark; **Osterholz-Scharmbeck:** Günter Hölling – Montagebau GmbH & Co. KG, Ritterhude; **Peine:** Herbert Wengrzik; **Pforzheim:** Nachl. d. Arthur Leppert; **Saarbrücken:** Nachl. d. Andreas Edmund Hoffmann; **Soest:** VAMA Kessel- u. Behälterbau GmbH, Rüthen; **Weilheim:** H. G. M. Surf-Vertrieb GmbH, Garmisch-Partenkirchen.

Vergleich beantragt: Bruchsal: Wilhelm Muckenfuß OHG, Bretten.

VOEST ALPINE / Czempirek: Europas Anlagenbauer müssen zusammenrücken

Abschied vom Hüttentechnik-Boom

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der Gipfel des Auftragsbestandes, den man Mitte 1982 mit dem Gegenwert von 7 Mrd. DM erreichte, ist inzwischen auf 3 Mrd. DM abgeschmolzen. Der Umsatz, der 1983 noch um gut ein Fünftel *auf den Spitzenwert* von 3 Mrd. DM stieg, wird in den nächsten Jahren wohl bei 2 Mrd. DM liegen. Die Beschäftigtenzahl, auf dem Höhepunkt aller Aktivitäten bei 4300 Leuten angelangt, wird durch schrittweisen Verzicht auf „Leihkräfte" bis 1985 auf etwa 3200 Mann „Stammpersonal" abgebaut.

Klaus Czempirek, im Vorstand des österreichischen Montankonzerns Voest Alpine AG, Linz/Donau, für das unter seiner Führung rasant aufgebaute Industrieanlagengeschäft verantwortlich, das über die Jahre hinweg zu 70 Prozent aus Hüttentechnik-Anlagen (mit dem Rest vor allem aus Chemieanlagen) besteht, schildert anläßlich der Düsseldorfer Hüttentechnik-Fachmesse METEC '84 (22. bis 28. Juni) diese neue Lage ohne spürbare Wehmut.

Der *Auftragsboom, den praktisch* alle Anlagenbauer in den Jahren 1980 bis 1982 von ihrer stahlindustriellen Kundschaft in aller Welt erlebten, sei nun einmal ebenso unvorhergesehen wie einmalig gewesen. Bei Voest Alpine jedenfalls kehre der Industrieanlagenbau nun mit den Umsatzerwartungen der kommenden Jahre (und bislang stets „mit guter Rendite") genau auf jenen „Wachstumspfad" zurück, den man schon 1978 für die 80er Jahre vorgesehen habe.

Der „Abschied vom Boom" hat natürlich vor allem mit den aus Überkapazitäten resultierenden Schwierigkeiten der Welt-Stahlindustrie zu tun. Sogar schon Begonnenes aus den rar gewordenen Neubauprojekten großer Hüttenwerke wird (so in Brasilien und Mexiko) für einige Jahre auf's Eis gelegt. Das Geschäft der Anlagenbauer in der Hüttentechnik, meint Czempirek, wird nun auf Jahre hinaus unter einem neuen Doppelaspekt stehen: einerseits nur noch moderater Ausbau der Kapazitäten in den Entwicklungs- und Schwellenländern; *andererseits nur noch* Rationalisierung/Modernisierung in den alten Industrieländern. Selbst der für Voest Alpine lange Zeit auftragsträchtige Ostblock schere nun mit Schwerpunkt bei Rationalisierung/Modernisierung mit seiner Stahlindustrie in das „postindustrielle Zeitalter" ein.

Die Linzer Anlagenbauer, die notabene von 1981 bis 1983 für 1,5 Mrd. DM Aufträge an bundesdeutsche Unterlieferanten vergaben, plädieren in dieser neuen Marktlage für ein stärkeres Zusammenrücken der Kollegen und Konkurrenten in Europa zwecks Bündelung modernster Technologie und günstigster Finanzierung gegenüber der Weltmarkt-Konkurrenz. Warnend verweist Czempirek da auf das schlimme Gegenteil: Schon gebe es in Europa Anlagenbauer, die emsige Lizenzvergabe ihres Know-how nach Japan schon quasi zum Hauptgeschäft machten und daheim mit entsprechend großer Kurzarbeit ihrer Werkstätten vegetierten.

Rasant an Bedeutung gewinnt beim Industrieanlagenbau der Voest Alpine der umfangreiche Dienstleistungsbereich für die Kunden, der mittlerweile schon mit 600 Mill. DM im Auftragsbestand vertreten sei. Noch rasanter hat sich die zur Vermarktungshilfe bei den Investoren gedachte „Intertrading"-Tochter entwickelt. 1978 begann sie mit einigen Dutzend Mill. DM Umsatz. In 1984 dürfte sie an 9 Mrd. DM herankommen. Dies durch den nun klar dominierenden Rohölhandel. Charakteristisch für die Kapriolen, die Anlagenbauer heutzutage schlagen müssen, war auch der Anfang dieses Ölgeschäfts. Devisenarme Anlagenkunden in Südamerika zahlten mit Reis, den „Intertrading" nach Iran verkaufte und von den gleichfalls devisenklammen Persern mit Öl bezahlt bekam.

	25.6.	22.6.
H Aach M Beteil. 9	970 T	970
H Ach. M Vers.6+1	305 G	301 G
D Aach. Rück. 9	920 T	920 G
D Aseag *4	280 T	280 T
M Ack-Gögg. 0	113,2bG	213,2bg
H Adca 0	117 G	117 G
D Adler 9	298 G	298 G
F Adt AG 4	101	101,1
F AEG-Telef. 0	96	96,8
D AEG-Kabel 8	265 G	265 G
S Aesculap 8	319 G	319
F AGAB 5	121	122 G
D Agrippina *7	600	600 G
M Agrob 0	210	210
M dgl. Vz. 0	200	200
M Aigner	263bG	264 bG
M Akt. Kaufb. *18	1400 B	1400 B
H Agiv 9	310 G	313 G
H Albingia 7	570	570 G
D Alexanderw. 0	126,9	128,5
Hn Allerthal *0	182 G	187 G
S A.Re **6,3+1,75	1660	1600
S d.NA**6,3+1,75	1190	1100 G
S d.35%E.6,3+1,75	2110bB	2110
D Allianz Leb. 9	4270	4200
D Allianz V. 10	789	792
S Allweiler St. 8	330 G	330 G
S dgl. Vz. 9	255 G	240 G
F Altana 9,5	296,8	300
F Andreae-N.Z. 0	160,7 G	160,5 G
H Audi NSU 0	265 G	266 G
M Augsburger Kg. 0	101	98 bG
S Badenwerk 6	136,1bG	136,5 G
F Bd.Württ Bk. 9+1	410 G	410 G
D Balcke-Dürr 0	186	186
F Bankg. v. 1899 *12	420 G	420 G
D Banning ** 20	950 T	950 T
H BASF 5	161,3	161
H Bavaria 3	188 bG	188 G
D Bayer 4	164	164,4
F B. Br Sch.-J. 6	260	260
M Bayer. Hdlb 10	295	300
M Bayer Hartst *12	1160bB	1170bG
M Bayer Hypo 9	276	278
M Bayer. Lloyd 0	294,5	294
H BMW 10	284	386
M Bayer. Vbk. 10	321,8	323
H Beiersdorf 8	349	351,5
F BHF-Bank 9+1,5	255	256,5
B Berl. Kindl 4	129	128,2
B Bekula 5+1	91,2	91,9
B Berthold 0	257	251,5
S Bilf.-Berg 10	200	205
F Binding 7	218	218
M Blattmetall 9,5	1050G	1050 bG
D Boch.Gels. Str. 0	280 T	280 T
D Bonner Zement 2	210 B	210 B
F Brau AG 3	190 B	190 B
M Brhs. Amb. *5+3	820 G	820 G
F Braun Vz. 15,2	455 G	455 G
H Br.H.Hypo 10	315 G	316 G
Hn Brsch.Jute *0	100 B	100 B
H Breitenb.-C. *28	580 G	580 G
H Br Straßb. *0	440 B	440 B
H Br. Vulkan 0	67	69
F Br. Wollk. 6	122	124
F BBC 6	214	214 bG
S BSU Textil % 28	1250 G	1250 G
D Buckau-W. 0	137 G	140 bB
D Buderus *12	410	420 G
M Bgl.Br.Ing. *11+1	740 G	740 G
S Bgl.Brn.Rov. *0	370 G	370 G
S Calw D. **18	830 bG	835 bB
F Casella 10	418 G	420
F Ceag 0	110	111,4
F Chem. Vw. *0	290	286
D Colonia 5	312 bG	312 bG
D Commerzb. 0	154	156
D Cobk. Reste RM	10,9 T	10,9 T
D Conc. Chem. *7+8	245 bG	245 bG
B Conc. Sp. *0	370 T	370 T
D Contigas 7,5	285 G	285
D Conti Gummi 0	124,7	125,7
D Dahlb. St. 6,825	270 T	270 T
D dgl. Vz. 12,9	445 G	445
S Daimler 10,5+1	559,5	557,5
M Deckel AG 0	128	127 bG
D Dt. Atl. Tel. 9	360 T	365 T
H Deag 0	293 bB	291,1
D Dt. Babcock St. 0	154	156
D dgl. Vz. 0	157	160
F Dt. Bank 11	357	359
D Dt. Centrb. 12	490 G	490 G
D Dt. Conti Rück 0	3700 T	3700 T
D dgl. NA 0	1180 B	1180 B
F Dt. Eff.-Wbk. 8	335 bG	335 G
F Degussa 9	386	387,5
H Dt. Hyp. H.-Bln. 9	237 G	235 G
H Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	380 G	372 G
S DLW 10	291	286
Hn Dt. Spezialgl. 8	205,5	206
F Dt. Steinz. *6	233	232
H DeTeWe 8	400 G	395 G
F Dt. Texaco 7,7	226 bB	221
B Dt. Eisenh. *0	155	155 T
M Diamalt 0	99 bB	99
D Didier 5,5	166	163,5
F D.bl. Quellen 7,5	255 T	260 G
D Dierig Hold 0	179,8	180
D Dittm. & N **60	4000 G	4000 G
D DAB 3	118	117,9
D Dor. Ritter 7,7	265 G	265 G
D DUB-Schulth. 7	247,5	249
D Duewag 4	115 T	116
D Dresdn. Bank 6	149,5	150,6
D Dyckerh. Z 5	224 T	224 G
D dgl. Vz. 5	222 G	220 G
F Dywidag 8	178	178
D Edelst. Witten * 0	225 B	225 B
F Eichbaum-Br. 5	175 G	175 G
D Elsb. Verk. 10	252 G	252 G
M Elatit-Ried. 5	7 bB	8,1 bG
H Elbschloß 5,5	387 G	388,5 G
M En. Oberfr.N 4,5	280 G	280 bG
M En. Ostb. 5+1	265	261 bG
M Elkraft 0	38 G	38 T
B Engelhardt 7	235 G	235 G
D Enka 2,67	224	220
M Erlus 10	520 bB	520 bB
M Erste Kulmb. 8	975 bG	950 bG
S espi *0	17 bB	17 G
S Essl. Masch. *4	245	245 bG
M Esterer **16	510 G	510 G
D Farb. Liqu. RM 0	8,35	8,25
F Flachglas 8	250	252
D Ford 0	1120 G	1120 G
B Forst. Ebn. *4	2250bB	2250 bB
M Fr. Oberl. Wk. 5	370 bG	370 G
F Frankf. Hypo 12	505 G	505 G
F Frankona R. 5	340 G	540 G
F dgl. NA 5	275 G	275 G
F dgl.50 % E. 2,5	251 T	253 bG
H Geestm. Bk. 5	159 G	157 G
M Gehe *10	275	275 G
D Gels.wasser 6+0,5	160	160
D Gerresh. Gl. 0	137,5	137,5
F Gestra	151,5	155
D Gildem. 0	66,9	66 bG
D Girmes 0	161,6	163
D Glas & Sp. *11	240 G	240 G
D Goldschm. 4	165,5	168,5
M Glw. Frk. *7	265 B	265 B
F Grünzw. H. 4	127 bB	128
H Guano *0	455	455 G
D GHH St. 5	145	145,5
D GHH Vz. 5	131	133
M Hacker-Psch. 23,3	1280 G	1280 G
H Hageda 0	110,6 G	110,6
D Hagen Batterie	124,8bB	125,1
H Hall.-Maurer *0	131 G	134,5
D Hamborner 7	249xD	255,5
H Hbg.Hochb.*4,64	92	90 G
H HEW 5	84,1	85,8
H Hdt. Lüb. 8	302 bG	302 bG
H Harmstorf 3	112,5	115
D Harpener 9	299	303
F Hartm. & B.St.N 5	426 G	430
F dgl. Vz. 5	327	330
M Hasen-Bräu 9	1070 G	1070 bG
S Heidelb. Zem. 6,5	483 G	487 G
M Heilit & W. 5	290 G	290 G
D Hein. Lehm. *0	200 T	200 T
D Heinr. Ind. *8+2	375	365 bG
H Hemmoor 12,3	280 G	280 G
F Henninger 0	123,8	120,1
B Herlitz 8	230	235
B dgl. Vz. 9	232,5	232,5
B Hermes 4	325 G	325
S Hesser *14,5	385 G	385 G
D Hindr. Auff. *5	185 G	185
D Hochtief 9+2	573 G	568
D Hoechst 7	160,8	161,8
D Hoesch 0	109	110
M Holzr. Cbg. 2	610 G	610 G
D Hoffm. St. 0	185 G	185 T
S Hohner *0	285 G	285,1
H Holsten-Br. 6+1	262,1 G	262,1bg
F Holzmann 10	459	458
D Horten 0	186	191
B Hw. Kayser *12	260 G	260
D Hussel 7	255	259,5
D Huta Hegerfeld 0	73 T	74 G
M Hutschenr. 9	258	255,5
H Hypo Hbg. 10+2,5	425 G	425 G
D IKB 7	167	166
S IWKA 0	223	223,5
M Isar-Amper 6	290 G	290 bG
D Isenbeck *9,5	320 G	320 G
H Jacobsen *8	615 G	615 G
H Jute Bremen 3	178 T	178 T
D Kabelmetal 2,5	147 T	150
D Kali Chemie 10	–	–
D Kali u. Salz 3	202 xD	202
D Karstadt 6	245	248,5
D Kaufhof 6,5	216,5	216
B Kempinski 3,5	204,5	201
D Keramag 0	164	164
F KSB 0	166,2	168 T
F dgl. Vz. 2	150	149,5
Hn KWS 6	350	350
D KHD 7,5	239	240
D Klöckner-Wk. 0	60,5	61
D Kochs-Adler *14	350 T	355 G
D Köln-Düssel. *10+5	360 T	365 T
D Köln. Rück. *18	805 B	810 B
B Ködizer *0	198 G	198 G
S Kolb & Sch. 0	145 TB	148 G
S Kolbenschmidt	161,5	162,1
F Kr. Rheinf. 6,5+1	207	203 bG
S Kraft Altw. *14	520 bG	520 G
M Krauss-Maffei *15	1850 TG	1850 G
D Kromschr. 7,5	170 T	175 G
D Krupp-Stahl *0	78 G	78,3
H Kühnr. *8	– G	603 G
D Küppersb. *0	253 G	253 G
D KKB 10	470 T	475 T
F Kupferberg *16	720 bB	715
F Lahmeyer 10	345 G	345
D Langenbr. 10	1375 T	1375 T
D dgl. Vz. 10,5	1375 G	1375 G
F Lech Elektr. 7,5	290 G	290 G
D Leffers 11	244	250
B Lehmann 0	70 G	70 G
M Leon. Drahtw. 10	317	320
F Linde 9	365,5	364
Hn Lind. Gildem. *13	494 G	494
M Löwenbräu 16+3	1450	1450 bB
D Lufthansa 2,5	140	138,5
D dgl. Vz. 2,5	140,5	139,5
D Magd. Feuer 7,5	600 T	575 T
H Maihak 3	137 bG	139
F Mainkraft *15	492 G	492 G
F MAB 6,5	575 B	575 bB
F dgl. Vz. 6,5	400 B	–
D Mannesmann 6	140,8	141,7
F Mannh. Vers. 8	510 T	515 bG
H Markt & K. *4	322	322
F MAN St. 4	137,8	139
F dgl. Vz. 4	138 G	141
F MAN-Rol. 16+4,2	360	368
S M.Mühl.Weing. *8	257,5	257 G
D Moser 0	88 G	88
F Mercedes 10,5+1	473,5	474,5
F Metallges. 0	222,5	223
S Met. u. Lack 0	130	126
S Mülag 6,5+1	367 G	367 G
F Moenus 0	75	74,9
F Monachia 5	–	–
Hn Mühl. Rün. 4	159 G	159 G
M Mü. Rück. Inhab. 9	1100	1080
M dgl. 50% E. 9	730 b G	685
M NAK Stoffe 0	71	73,5
S Neckarw. Essl. 7	268 bB	270
F Neckermann 0	83 bG	83
M N. Bw. Hof 8	235 bB	234 bG
M Niedermayr *4	285 G	205 G
D Nixdorf	475	480
H Nordcement 2,5	170 G	171
H Nord. Steing. 0	88	90,4
D Nordstern A. *10	760 G	755 G
D dgl. NA *5 *10	745 G	745
B Nordst. Leb. *16	3300bG	3298
H NWK St. 9,375	193 G	195 G
H dgl Vz. 9,375	166	166,6
H Old. Ldbk. 8	250	250 G
D O & K *0	195	195,8
H Otavi 3	98,5	94
F PWA 0	92	92,8
F Parkbräu *14	410 B	420 B
M Patrizier-Br. 0	241 G	241 G
M Paulaner 34	1790 bG	1790
D Pegulan 7	243 G	243 G
D dgl. Vz. 8	243 G	243 G
F Pfälz. HypoF 10+2,5	450	460
F Pfaff 5	162	164
D Philips Kom. 5	416	413,5
H Phoenix G. 3,5	128,7	129,6
F Pittler Masch. 0	58	58
D Pongs & Z. 0	–	–
S Porsche	981	988
M Porz. Walds. 0	175 B	175 B
H Preussag 8	260	252
S Progress. 7	243	246
M Rathgeber *8	390 G	390 G
D Rav. Spinne 0	197 G	198 bB
F Reichelbräu 7,5	390 G	390 G
H Reichelt 0	123 G	121
S Rheinel. 10	468 G	462 G
F Rhein. Hypo 9	440 G	480
D Rhein. Textil *6	390 T	390 T
D Rhein. Boden 6	157 T	157,1
D RWE St. 8	160	160
D dgl. Vz. 8	159,5	159
D RWK 0	275 G	275 G
D Rheinmetall 6	288	285,5
D Rhenag 7	281 G	281 G
Hn Ried. d. H. *11	420 G	420 G
H Rind. Sth.A **0	830 T	820 T
H dgl. Lit. B **0	625 B	630 T
F Rosenthal 8,5	238	236
H Ruberoid 5,5	750 G	750 G
D Rütgers 7	315 G	315
S Salamander 7,5	165	165
H Scheidem. *5,1	139 T	139 T
D Schering 10,5	326	328 xD
D Schiess 4	115 bG	111 bG
M Schlenk 4	185 G	185 G
F Schloßqu.H. *14	–	–
D Schub. & Salz 0	88 bG	87 T
S Schw. Zellst. *0	245	240 TG
H Securitas *0	420 T	420 T
F Seitz Enz. N. 3	183	183 bG
S SEL 10,5	388	384
S Sekt. Wach. *16	770 G	770
H Siemens 8	382	384
F Sinalco * 13	–	–
F Singer 12	290 G	290 G
H Sloman Nept.* 0	115 G	116
M Sp. Kolbm. *14	750 G	750
S Sp. Pfersee *16	685 G	680 G
D St. Bochum *6	195 bG	203 G
H P & S *8	155 G	156 G
F Steigenb. *12	1450 G	1450 G
F Stempel 4	144	145
D Stern-Br. 0	177,8	178
D Stinnes 18	585 G	585
B Stock 1,92	305 G	305 G
D Stöhr 0	99	97
D Stolb. Zink 20	880 bG	890
D Stollwerk 7+2	430	430xBA
D Strabag 10	188	186
M Stumpf 0	122 bG	122,5bG
M dgl. Vz. 0	128 B	128 B
M Stürtz **80	4435 G	4435 G
S St. Bäckerm. *0	250 bB	250 G
S St. Hofbräu 7,5+4+3	615	600
S dgl. Vz. 8,5+4	450 bB	440 bG
M Süd-Chemie 9	–	370 G
M Südboden 10	358	362 G
S Südz. 10	315 G	315 G
B Temp. Feld. *4	600 G	600 G
B Terr. Rud. **9	2000 G	2000 G
Hn Teut. C. Vz. 3+3	152 G	151
D Thür. Gas. 7,5	533 G	533 G
F Thuringia 10	735	720
D Thyssen 2	82,5	82,5
D Thyssen Ind. 1,2	64	66
H Triton- Belco 4	120 xD	124
M Triumph-Adler 0	432 G	432
M Oberl. Ulr. 5	328 bG	328 G
H Ostra Hann. V. 1	115 T	115 T
F Varta 4	177	177,5
D Veba 7,5	163,5	165,5
F Veith-Pirelli 7,5	195 G	195 G
M Ver. Aach.-Bln. *13	1200 TG	1150 T
M dgl. N.A. *13	1100 TG	1050 G
S 1V. Alt.u. Str. *0	160 B	160 B
F VDM 6,666	–	–
D V. Dt. Nickel *0	118	118,5
D VEW 6	122,5	123,5
S Ver. Filz *0	138 G	138 G
F VGT 2	132	137
H V. Kammgarn 0	26 T	26 T
M V. Kunstm. 5	138	138 G
D V. Rumpus *0	147 G	147 G
D V. Seidenw. St. 0	110	112
H V. Werkst. 0	114 G	114 G
H Vereins-Westb. 10	294	295
M Vbk.-Nürnbg. 10	327	327
D Vict. Leben *16	3950	3940
D dgl. 50% E. *8	3250	3250
F Vögele 5	126	124 bG
M Vogtl. Bwsp. 8	182	185
D VW 0	181,5	183,5
M Wanderer *8+1	280	275 bG
D Wedag 3	161 T	163
F Wella	417,5	418,5
D Westag & Get. 0	85 bB	85
F Wickrath *6	400 bG	390 G
Hn Wilkes *0	8,5 G	8,5 G
S Wolld. Weil 0	142 G	142 G
S Württ. Cattun 10	350 G	350 G
S Württ. El. 9	410 G	410 G
S Württ. Feuer 9	565 bB	564,5
S Württ. Hypo 10+1	485 G	485 G
S Württ. Lein *16	1600 G	1600 G
S WMF 0	154	157
S dgl. Vz. 3	155 G	155 G
S Württ. Bd. *16	1450 TB	1390
M Würzb. Hofb. *0	359 bG	350 bG
M Zahnr. Renk. 7	228 bG	235 bG
D Zanders	179	178
S Zeag Zement 8	318 TB	320 TB
S Zeiss Ikon *10	235 TG	231 G
M Zucker & Co. *0	390 B	390 B
S ZWL Gr. & Bet. 8	680	670 bG

Freiverkehr

	25.6.	22.6.
Br AG Weser *0	99 B	97 G
Hn Allbank 5	221 G	224 G
F Alldephi G.*7,875	118,5	117,6
F Asko 6	880	890
H Audi Gen. **0,16	0,45	0,35
H Autodia 10	420 G	420 G
F Bad. Salzschl. *0	480 G	480
Br Btv. Bremen 5	205 G	209
D Bw. Gronau **0	410 G	410
H Bau-V.Hbg *2,56	390 B	390 B
H Behrens J.F. 0	92	92,5
B Bergmann 7	308 G	308 G
S Br. Cluss 5	284	279
Hn Br. Feldschl. **66	4900 G	4900 G
F Br. Moninger 0	134	134 B
Hn Brschw.M. 3	104 G	103 G
Br Brem. Lager 4	96 B	96 B
Br Brem. H.Bk. **0	6200 G	6200 G
D Babcock BSH *0	348	348 G
Hn Ch. Oker *16	– G	– G
B Chem. Brockh. 7+1	265 T	266 G
H Delmo 4	165 G	165 G
S Dinkelacker 7,5	1450	1250
D Dol.-Basalt *10	318	318 xD
D Dorst. Masch. *0	500 G	500 G
H Drägerw. Vz. 7	– G	256 bG
H dgl. Gen.	126	125 G
Hn Eisb. Br. 10+1,5	455 G	465 G
D Essen u. Hütt. *8+6	225	220
M Electronic 2000 20	500 xB	845
Br Elsfl. Werft 0	109	117 B
B Eschweil. Berg *0	100 B	100 B
D Gem.AG *2,56	320 T	320 T
M Gemm. B.W. *3,84	119 B	112
B Gruschwitz *4	345 T	346 T
B Günther *0	300 B	300 B
H Haake-B. *16	775 B	775 B
H Hbg. Getr. 6	123	125
H dgl. Vz. 6	111	113
H Hann. Papier 4	125	125
H Hapag-Lloyd 0	68,5	68,85
Hn Hild. Wolt. *12	550 G	580 G
F Hornschuch 0	131	133,5
F Katz Werke 0	131	131,5
M Kerkerbachb. 25+5	260 B	280 bB
B Knoedler 2,50	122 T	122,5 G
M Knürr-Mech. 6	134 G	132 bG
F Koepp 3,5	118 B	120 B
M Kraftw. Haag *12	995 TG	995 TG
H Kühlhaus *0	400 G	400 G
F KKK St. 8+2	282	279
F dgl. Vz. 10,625	264	267
D Labakering 7	725 T	730 T
Hn Meinecke *24+6	560 G	560 G
H NY H. Gummi 0	57 B	54,1 G
H Nordd. Hypo 3	155 B	155 B
H Oelmühle 10	206	208
Hn Phywe *6	175 G	180 G
B Pomm. Zucker 15	830 G	830 G
F Riebeck M.**1,13	304	299
D Rösler 3	285 G	285
D Rückforth 17	238 G	240 xD
H Schichau Uw.0	102	100 G
S Schloßg. St. *22	1550 B	1550
D Schwachlag *15	440 T	440 T
S Schwabenverl. *6	260 G	260 G
F Seilwolf 0	63 G	68 B
M Solenhofer *12	1400 G	1360 G
B Spinne Z. **60,9	1400 G	1400 G
S Swd. Salzw. 5	280 G	280 G
M Triumph Inv. 7,5	136 B	135,5 B
M dgl. Gen. 5,75	62	64 G
M Triumph-Inv. *10	205 G	205 G
D VA Verm. *0	–	389 G
M VPS Verm. *20	700 B	700 B
Hn V. Schmirgel *12	815 G	815 G
D Vict. Feuer *16+2	1870 T	1900 T
D Walther 13,5	425 T	420 G
D Wasag *8	385	385 xD
D Wt. Kupfer *7	334 T	350 G
D dgl. Vz. *9	620 T	620 T
D W. Zellstoff 0	140 bGr	135 bB
Br Wilkens *18	405	415 B

Ungeregelt. Freiverkehr

	25.6.	22.6.
M A. Alpenm. 14%	380 TB	380 bB
F Allgusso *16	950 G	950 G
F Alte Leipz.B**7	467	467 G
F dgl. 50% NA *5	449	449 G
M BCT	180 bG	190 bG
F Berl. AG Ind.*4	220 G	220 G
D Berl. Leben 9	830 G	830 G
M Bernard **28+7	3150	3150
F Bibl. Institut 5	560 G	560 G
F Bürst. Kränzl *0	335	330
D Dachz. Idunah.*0	650 T	650 T
F Deere Lanz *6	180 G	180 G
F Diskusw. 0	62 G	62 G
F DM Hansa 5,55	210 G	210 G
D Garbe, Lahm 0	182	182 G
F Gas, K'laut.7,5	360 B	360 B
F Georg A. 4	182 G	182 G
F Gerling **50	1385 G	1385 G
F dgl. NA 5	137,5 G	135,5 G
F dgl. Vz. 5	133 G	130 G
D Gem. Epa 0	73	73
F Grossm. *13	250 G	250
F Hanfw. Obera. *0	140 B	140 B
D Koenig & B. 5+2,5	190 T	195 G
D dgl. NA 5+2,5	180 T	180 T
D Köln Verw. 3,5	320 T	320 T
F Karl Stahl 0	9,5	9,55
F Langbein-Pf. 0	68 G	64,7 G
F M. Fahr *10	450 B	450 G
S Mn. Oberk. 8	415	411
Hn Nwd. Hele *11	440 G	440 G
Hn Om. Bierbr. *0	265 G	265 G
F Papier Weiss 0	130	130
F Sarana V. 8,25	215	225 G
D Schött *0	–	–
F Schwab 5	340 G	340 G
M SM Software	339	339 bB
M Tewidata	155 bB	152 bB
F Tomw. Wiesl.*10	850	850
F Veritas G. 5	400 B	400 B
F Westafr. Vict. 0	–	–
F Wibau 4	7	6,8

Unnotierte Werte

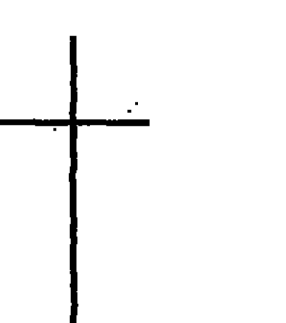
F Global Nat **0	16,05	–
F Henninger Con	2,5	–
F Properties Int.	32 G	–
F Uac **0	0,96 bG	–

D = *Düsseldorf*, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. * Stücke in 100 DM, ** abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Die Anleger verlieren Mut

Obgleich der Metallstreik in dieser Woche vor der Entscheidung stehen sollte, bröckelten die Aktienkurse am Montag überwiegend ab. Einmal haben die potentiellen Käufer inzwischen ihren Glauben an ein baldiges Streikende verloren, zum anderen zeigt der steigende Dollarkurs, daß immer mehr Mittel aus der Bundesrepublik abfließen. Hinzu kommt die Sorge, daß die Arbeitgeber bei einem Kompromiß zu viele Zugeständnisse machen könnten. Daimler-Benz konnten trotz der Streikauswirkungen noch gut drei DM gewinnen. Stärker rückläufig waren die bisher vom Rückgang weitgehend verschonten Nixdorf-Aktien.

Nur wenig verändert, aber eher knapp behauptet, tendierte der Rentenmarkt. Bundesobligationen notierten in der Spitze um 0,2 Prozentpunkte niedriger, öffentliche Anleihen waren zwischen minus 0,1 und plus 0,05 Punkten fast unverändert. DM-Auslandsanleihen verloren bis einen halben Punkt. Pfandbriefe ruhig und abbröckelnd.



Wie sie gelebt – hoffend, weil glaubend, glaubend, weil liebend – so verließ sie die Welt, aber nicht uns, die ihr in dankbarer Treue und Liebe verbunden bleiben.

Unsere Familie hat ihren Mittelpunkt verloren

Marianne Strauß

geb. Zwicknagl

* am 21. 4. 1930 † am 22. 6. 1984

In tiefer Trauer

Franz Josef Strauß
Max Strauß
Franz Georg Strauß
Monika und Michael Hohlmeier
geb. Strauß
Ilse Zwicknagl
im Namen aller Verwandten

Beerdigung in Rott am Inn im Familienkreis.
Requiem im Münchner Liebfrauendom am Samstag, 30. Juni 1984, um 15.00 Uhr.

FINANZANZEIGEN

AGROB
AKTIENGESELLSCHAFT
München
– Wertpapier-Kenn-Nr. 501 900, 501 903 und 501 904 –

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am

27. Juli 1984, 11.00 Uhr

im großen Sitzungssaal der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, Eingang Salvatorstraße, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

TAGESORDNUNG

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und der zugehörigen Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie des Konzernabschlusses mit Konzerngeschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1983.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1983.
3. Beschlußfassung über Änderung der Satzung (u. a. genehmigtes Kapital).
4. Neuwahl des Aufsichtsrates.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Unsere Vorzugsaktionäre werden außerdem zu der an selber Stelle am

27. Juli 1984, 12.00 Uhr

stattfindenden

Sonderversammlung

eingeladen.

TAGESORDNUNG

Beschlußfassung über eine Änderung der Satzung in § 4 (genehmigtes Kapital).

Stammaktionäre und Vorzugsaktionäre sind zur Teilnahme und Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung, Vorzugsaktionäre außerdem zur Teilnahme und Ausübung des Stimmrechts in der Sonderversammlung berechtigt, wenn sie spätestens am 20. Juli 1984 ihre Aktien bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegt haben und uns bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Der vollständige Text der Einladungen mit Bekanntgabe der Hinterlegungsstellen ist im Bundesanzeiger Nr. 112 vom 16. 6. 1984 veröffentlicht.

München, im Juni 1984 DER VORSTAND

Dividenden-Bekanntmachung

H. MAIHAK AKTIENGESELLSCHAFT

Meßinstrumente und Geräte der Feinmechanik und Elektrotechnik
Hamburg
Wertpapier-Kenn-Nr. 655 300

Gemäß Beschluß der ordentlichen Hauptversammlung vom 15. Juni 1984 gelangt für das Geschäftsjahr 1983 eine Bardividende von DM 3,00 je DM 50,00 Aktiennennbetrag nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 36 unserer auf D-Mark lautenden Aktienurkunden ab sofort bei der

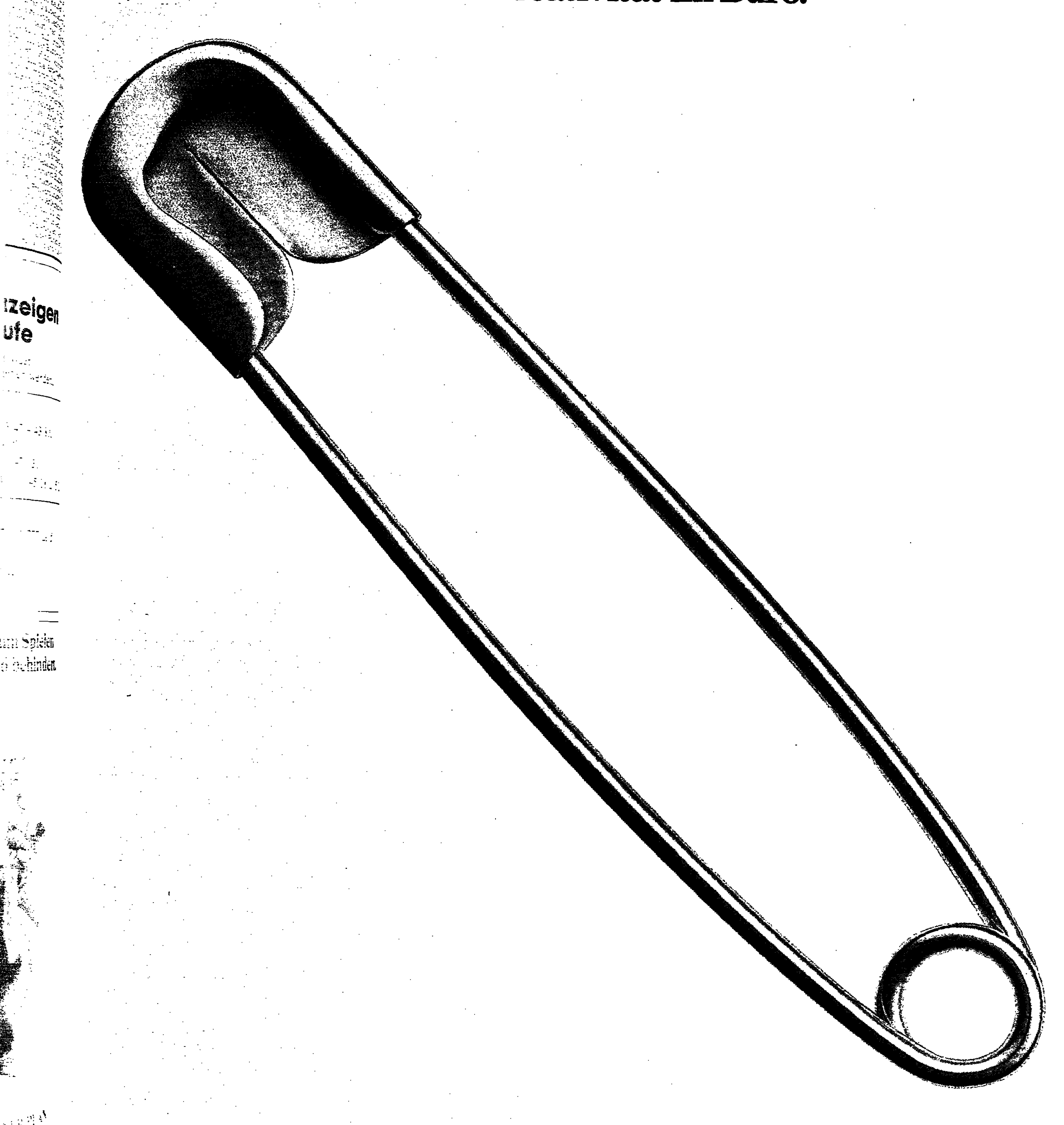
Commerzbank Aktiengesellschaft Hamburg

zur Auszahlung. Zusätzlich erhalten die Aktionäre eine Steuergutschrift von DM 1,69.

Hamburg, 15. Juni 1984 DER VORSTAND

Neues von der IBM:

Über die Kreativität im Büro.



Viele uns selbstverständliche Dinge waren zum Zeitpunkt ihrer Erfindung eine Sensation.
Gute Beispiele dafür sind die Sicherheitsnadel, der Transistor, die beschichtete Bratpfanne, aber auch jeder Verbesserungsvorschlag im Betrieb. Sie sind durch Kreativität entstanden, viele durch Kreativität am Arbeitsplatz.
Ein Arbeitsplatz wiederum besteht mit unterschiedlichem Gewicht aus kreativer Arbeit und notwendiger Routinearbeit. Und jede Art von Arbeit besteht aus einer immer größer werdenden Menge von Informationen, die verarbeitet werden müssen. Um das zu schaffen, braucht man entweder immer mehr Zeit oder aber ein Arbeitsgerät, das einem hilft, die Arbeit einfacher, schneller und besser zu machen. Dabei liegt es auf der Hand, daß das Arbeitsgerät um so intelligenter sein muß, je höher die Anforderungen an die Arbeit sind. Damit nämlich genau das zum Zuge kommt, was einen auszeichnet und letztendlich das Unternehmen von einem will: gute, kreative Arbeit.
Ein immer wichtigeres Arbeitsgerät ist die Dialogstation. Die IBM hat für die unterschiedlichsten Arbeitsplätze das Richtige. Da gibt es die neue Dialogstation IBM 3179. Es ist ein Farbbildschirm, mit dem zum Beispiel der Kostenrechner seine komplizierten Datenstrukturen übersichtlicher und besser gestalten kann, was ihn bei seiner Arbeit weniger belastet und die Fehlerrate senkt.
Es gibt die neue Dialogstation IBM 3180. Es ist ein kompaktes, modulares Datensichtgerät für alphanumerische Anwendungen, mit dem zum Beispiel der Programmierer durch das frei wählbare Daten- und Anzeigeformat seine Arbeit noch wirksamer machen kann.
Da gibt es die neue Dialogstation IBM 3279-PC. Es ist ein programmierbares Bildschirmgerät mit eingebautem Personal Computer, mit dem zum Beispiel der Planungschef Unternehmensdaten aus dem Zentralcomputer bei sich speichern, weitere zentral gespeicherte Daten aus unterschiedlichen Anwendungen gleichzeitig anzeigen lassen und mit eigenen Planungsprogrammen selbständig verarbeiten kann. Er kommt somit schneller zu den richtigen Entscheidungen.
Das sind nur einige Dialogstationen von der IBM, mit denen man seine Arbeit besser machen kann. Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie unter dem Stichwort „IBM Dialogstationen" an IBM Deutschland GmbH, Postfach 31 37, 7000 Stuttgart 1.

IBM

FUSSBALL / Au revoir, merci Dänemark – Europameister der Sympathie verlor Elfmeterschießen

Ein stolzer Abgang. Sören Lerby zuckte nur mit den Schultern: „So spielt das Leben, feiern wir"

MARTIN HÄGELE, Lyon

Charly war's schwer ums Herz, als gestern mittag um 14.00 Uhr der Jet auf dem Rollfeld von Lyon in Richtung Norden abhob. Der französische Polizeikommissar Charly Damm, der fast drei Wochen lang für Sicherheit im Quartier der Dänen gesorgt hatte, trug beim Abschied eine Sonnenbrille. Auch die meisten dänischen Spieler tarnten mit dunklen *Gläsern die* Spuren der vergangenen Nacht. Seine neuen Landsleute seien ein besonderer *Menschenschlag*, hatte der deutsche Trainer Sepp Piontek in den Tagen zuvor immer wieder erklärt. Sie hätten mehr Spaß als andere, sie könnten selbst Niederlagen feiern.

Piontek hat nicht geblufft. Bis früh um fünf klangen die Gläser: Willice, die holländische Schlagersängerin und Frau des Bayernprofis Sören Lerby, Frank Anresen und der Polizist Charly griffen abwechselnd zur Gitarre, und der Rest sang mit: Bob Dylan, Simon und Garfunkel, die Hits der *frühen 70er Jahre.*

Bevor sie dann ins Bett gingen, wollten sie Preben Elkjaer-Larsen *noch mal vor das Hotel schicken.* Er sollte doch draußen im Park mal fünf Elfmeter treten. Gutmütiger Spott mit einem Sündenbock, der woanders als großer Sündenbock verdonnert worden wäre.

Als fünfter Mann der Dänen war Elkjaer-Larsen zum Elfmeter angelaufen. Das Halbfinale der Europameisterschaft zwischen Dänemark und Spanien (1:1 nach Verlängerung) war da schon über zweieinhalb Stunden alt, und acht Elfmeterschützen hatten den Ball jeweils in die linke Ecke des Tores gedroschen. Elkjaer-Larsen zielte nach rechts – und schoß den Ball über das Tor. Der Nächste bitte. Der letzte?

Manolo Sarabia aus Bilbao verwandelte. Spanien war im Finale. An der Außenlinie tanzten die Ersatzspieler, *auf dem Feld die anderen,* schließlich tanzten sie alle zusammen. Aber wie empfindet einer, der so, durch ein Elfmeterschießen, zum Verlierer erklärt wird?

„Im ersten Augenblick ist da ein Loch. Ich habe nur Leere gefühlt", sagt Sören Lerby. Eine Viertelstunde später gab er Interviews. Ein Bierchen in der Hand und freute sich nur noch auf eines: „Morgen geht es ab in den Urlaub."

Elkjaer-Larsen sagte: „Erst spürte ich eine riesige *Enttäuschung, aber* dann war ich froh, daß Spannung und Streß, daß nun alles vorbei war. Aber *wenn wir schon nach Hause müssen,* dann ist das mit dem Elfmeterschießen doch die beste Lösung."

Die Dänen fühlten sich nicht als Verlierer. Und sie hatten recht, die weiß-roten Fahnen ihrer Anhänger hatten sofort wietergeweht, auch nach Sarabias entscheidendem Schuß. Dänemarks frischen Fußballstolz konnte dieses Tor nicht knicken. Die Fans bleiben so sympathisch wie ihre Idole. Obwohl sich der Troß mit etlichen Hektolitern Bier für den Kampf auf den Rängen gestärkt hatte, fiel kaum einer aus dem Rahmen. *Und das grenzte an ein Wunder* bei einem Schiedsrichter namens Courtney.

Mister Georges Courtney aus England leitete die Partie so sensibel wie ein Kopfschlächter. Er pochte stur *auf die Autorität von Pfeife,* gelben und roten Karten. Acht Verwarnungen, ein Platzverweis für Klaus Berggren waren am Ende auf Courtneys Spielberichtsbogen fein säuberlich aufgeführt.

Diesem Manne müsse er jegliches Fingerspitzengefühl absprechen, meinte Trainer Piontek. Nein, Mister Courtney kann niemals selber Fußball gespielt haben. Erst recht nicht in seiner Heimat. In jedem anderen Stadion der Welt wären Fußvolk und Spieler einem solchen Versager an den Kragen gegangen. Nicht bei den Dänen. Als sie spürten, daß sie das *Unrecht nicht abwenden konnten* (einen verweigerten Elfmeter an Frank Arnesen, den Platzverweis), gab es nur Schulterzucken. „So spielt das Leben. Machen wir jetzt lieber einen drauf", sagte Lerby.

Sicher haben sich die Dänen auch Gedanken gemacht über ihr Ausscheiden. Daß ihr Stil sehr viel Kraft kostet und daß sie gegen die Spanier den Preis für ihre Begeisterung in den Spielen zuvor hatten bezahlen müssen. Haben sie also zuviel des Guten getan? Darüber läßt sich streiten. Trainer Piontek glaubt nicht daran: „Wir haben Fußball nach unserer *Façon gezeigt, Fußball mit menschlichen Zügen,* mit viel Phantasie, unse*re Spieler sind nicht herumgelaufen* wie Roboter." Und er glaube nicht, so der Trainer, daß der durch Taktik ge*prägte Fußball in der Bundesliga den* Leuten ähnlichen Spaß mache.

Auf Pionteks These ein letztes dänisches Bier. *Die Dänen sind in Lyon* von einer natürlichen Entwicklung eingeholt worden. Innerhalb von we*nigen Tagen waren die* „Europameister der Sympathie" zu Fußball-Lieblingen und nach dem schnellen Führungstor Lerbys *gegen* Spanien (6. Minute) zum Favoriten gewachsen. Auf einmal mußten sie etwas verteidigen. Die Angst nach dem 1:0 kam, die Angst, noch zu verlieren.

Schon vor dem Halbfinale hatten sie Angst vor der neuen Rolle bekommen. Sie hatten alle darum gebeten, beim Empfang in Kopenhagen nicht ja noch länger als Helden herumgereicht zu werden. Sie waren schon zu müde von ihren Siegen und dem Rummel, der plötzlich entstand.

Auch diese Lektion muß ein Neuling auf der internationalen Fußballbühne lernen. „Paßt auf", sagte des*halb Sören Lerby zum Abschied,* „was wir hier in Frankreich geboten haben, das war keine Eintagsfliege, und wir werden auch die *Qualifikation* für die WM schaffen."

Es gibt viele, die sich auf ein Wiedersehen mit den *stolzen Dänen in* Mexiko freuen. „Au revoir, merci Danois", schrieb eine französische Zei*tung.*

Walküre mit krähiger Stimme: Ein Porträt des Anti-Stars Evelyn Künneke

Die kesse Schwester der Lili Marleen

Vor zehn Jahren gelang Evelyn Künneke die Rückkehr ins Scheinwerferlicht und somit ein Comeback, das bis heute seinesglei*chen sucht. Wenn sie mit rosa* Federboa im Glitzergewand souverän, witzig, frech sich selbst durch den Kakao ziehend ihre alten immergrünen Lieder singt, dann lauschen nicht nur ihre inzwischen etwas betagten Fans aus den dreißiger Jahren hingebungsvoll, sondern auch jede Menge Jungvolk liegt ihr zu Füßen. Der heute hochgradig kurzsichtige Muttervamp – Jahrgang 1921 – setzte schon im Kindesalter sein hübsches Köpfchen durch zum Leidwesen ihres Vaters, dem Operettenkomponisten Eduard Künneke. Der „Vetter aus Dingsda" machte den Musikpoeten vom Kudamm so bekannt, daß er nach Sakramento (Kalifornien) übersiedelte und Klein Eva-Maria, genannt Evelyn,

Berlinger – ZDF, 22.05 Uhr

mitnahm. „Ich bin *überhaupt nicht* frustriert, daß der alte Eduard so berühmt war – ganz im Gegenteil! Ich genieße es enorm, daß er mir den Luxusberuf einer Trivialkünstlerin ermöglichte". Doch bis es so weit, war verging noch einige Zeit. Als sie ihrem Vater gegenüber erklärte, sie wolle zur Bühne, war dieser zwar nicht dagegen, aber auch nicht dafür. „Mein Vater hätte es lieber gesehen, wenn ich Wagner-Sängerin geworden wäre. Dank meiner Walküren-Statur, *meinem Gardemaß und meiner krähigen Stimme*".

Bloß – das behagte Evelyn nun ganz und gar nicht. Der alte Eduard verlachte deshalb Evelyns frühe Gesangskünste und machte sich über seine „Zimtzicke" und „müde Unke" lustig. Aus Daffke verschaffte sie sich eine grundsolide Ausbildung bei *Lucie Höflich im Schauspielfach und* bei der Sopranistin Maria Ivogün. Ihre ersten Auftritte absolvierte sie allerdings als Tänzerin, ging nach Budapest und wurde dort unter dem Namen „Evelyn King" als Stepperin engagiert.

Doch Vater Künneke ließ sich immer noch nicht von den Künsten seiner Tochter überzeugen: „Mondäner Zitterschenkel" lautete sein Statement. Doch bald kam das Aus in zweierlei Hinsicht: „Einmal, weil ich sehr früh ein Kind zur Welt brachte, zum anderen aus politischen Gründen. Ich habe eine jüdische Großmutter und wurde deswegen nicht für würdig befunden, das Wort der deutschen Dichter und Denker im Mund zu führen! Damals, als dem deutschen Volk vor allem Dampfradio-Unterhaltung im Stile „Wenn am Sonntagabend die Dorfmusik spielt ... " über alle Stationen des großdeutschen Reiches verordnet worden war, setzte die junge kapriziöse Evelyn ungeniert Swingtöne als Kontrastprogramm ein. Evchen war so etwas wie die aufreizende Sexstimme aus dem Swing-Untergrund, obwohl in den Tanzdielen mahnend das NS-Schild: „Swing-Tanz verboten" hing. Auch *schminkte sich eine* deutsche Frau bekanntlich nicht. Doch Evelyn schminkte und swingte was das Zeug hergab; der Blut- und Bodenpropaganda blieb die Scholle im Halse stecken.

So schaffte es die Künstlerin, zum Idol für Millionen von Landsern aufzusteigen. „Es gab sogar mehrere Bunker mit dem Namen Evelyn, mit deren Besatzungen ich korrespondierte und die kein Wunschkonzert der deutschen Wehrmacht verpaßten. Von einem *dieser Soldaten* erhielt ich einen Brief, in dem er mir schrieb, daß man sein Bein ohne Betäubung hätte abnehmen *müssen. Man* hat den armen Teufel mit Schnaps vollgepumpt. Aus einem kleinen Koffergrammophon *dudelten meine damaligen* Schellack-Schlager, und meine Musik hätte ihm bei der qualvollen Operation sehr *geholfen,* bekannte er. Ich kann heute nur sagen: Wenn ich mit meinem Gesinge weiter nichts geschafft habe, *als diesem* armen Kerl zu helfen, dann genügt mir das".



Markante Sprüche frisch von der Leber weg: E. Künneke

FOTO: DIE WELT

Nach dem Krieg ging es mit Hilfe des britischen *Soldatensenders* BFN und dem Orchester Willy Berking beim Sender Frankfurt wieder los. Über Berkings Berliner RTW-Kollegen Michael Jary, mit dem die flotte Evelyn viel zusammenarbeitete und mehr *als nur* befreundet war, will sie heute nicht mehr sprechen. Auch die Filmindustrie wollte von der alternden Schlagermieze – wie sie sich gerne nennt – nach dem Kriege zunächst nichts mehr wissen, was sich freilich bald änderte.

Frisch von der Leber weg bringt die Künneke ihre markanten Sprüche und Vergleiche an. Über ihren eigenen Hüftspeck lästert sie genau so belustigt wie über ihre sexuellen Neigungen, Ehen und Freundschaften. Mit kesser Schnauze und Herz macht sie sich zum Anti-Star und erklärt sofort, was sie darunter versteht: „Einen Menschen, der sich keine Vorschriften machen läßt darüber, was und wie er zu singen hat, und der außerdem den Mut hat, die Wahrheit über sich zu sagen. Ihren kompromißlosen Stil des "Immer noch eins drauf" *wird sie auch in Zukunft* beibehalten, und so lebt sie in der elterlichen Sieben-Zimmer-Wohnung in der Berliner Giesebrechtstraße als „EK II, als Tochter des alten Eduard Künneke – EK I". Und abschließend stellt Lili Marleens kesse Schwester lakonisch fest: „Der Name Künneke hat mir weder genutzt noch geschadet. Ich hatte meinen eigenen Künneke-Namen". So einfach ist das!

ROLF PETERS

Leichtathletik-Schritt zurück in graue Vorzeit

Das muß sich einer mal vorstellen: Reihenweise blamieren sich die Stars, aber nur ein einziger bringt den Mumm auf, darüber so zu reden, wie es wirklich ist. „Selbst *wenn ich aufgestellt werden sollte* – in meiner derzeitigen Verfassung würde ich auf Olympia verzichten," *sagt Hans-Peter Ferner,* der 800-m-Europameister von Athen. In 1:47,00 Minuten war Ferner als Zweiter bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften ins Ziel gekommen. 1939, als Rudolf Harbig mit 1:46,6 Minuten Weltrekord lief, hätte er damit noch einen Blumentopf gewinnen können. Aber vor 18 Jahren, zu Zeiten Franz-Josef Kempers, war die Weltspitze schon zwei Sekunden schneller als Ferner am Sonntag in Düsseldorf.

So kann man das alles nicht sehen? In Düsseldorf sei es schließlich kalt und windig gewesen. Und wem das immer noch nicht als Ausrede genügt: Mit der nagelneuen Kunststoffpiste hätten die Veranstalter den Stars von heute auch keine Freude bereitet. Das sagen die Stars. Aber wäre es wirklich Sommer gewesen, mitten im Sommer, was hätten uns wohl die 400-m-Läufer oder die Langstreckler dann wieder erzählt? *Sie hätten uns zum x-tenmal* gesagt: Ihr könnt euch doch gar nicht vorstellen, wie die Hitze auf die Leistung drückt. Die Stabhochspringer hätten von der verschobenen Perspektive im flirrenden Sonnenlicht gesprochen, die Weitspringer womöglich davon, daß es zu sehr

STAND PUNKT

staubt, wenn sie in die Sandgrube hüpfen, und andere wären auch nicht darum verlegen gewesen, der Öffentlichkeit etwas vorzumachen.

Horst Blattgerste, der Leistungssportreferent des Verbandes, hat am Sonntagabend auch vom Wetter gesprochen, aber nur ganz kurz. Dann hat er unumwunden gesagt: „Unsere Athleten sind noch nicht in Form."

Das ist ja das ganze Elend! Viele deutsche Leichtathleten leben doch seit Jahr und Tag nur für eine imagi*näre Zukunft, für weitgesteckte* Ziele, die dann durch eine neue Fata Morgana ersetzt werden. Das ist doch in Wirklichkeit die verschobene Perspektive, und die hat nichts, aber auch rein gar nichts, mit flirrendem Sonnenlicht oder mit der Schafskälte von Düsseldorf zu tun. Jetzt rennen sie alle dorthin, wo es wirklich warm sein soll, um mit verschärftem Training das verlorene Terrain aufzuholen. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Als ob so etwas nicht vorher möglich gewesen wäre. Margrit Klinger hat doch auch drei Wochen lang in *Israel trainiert. In Düsseldorf* war sie gut, gewann über 800 m und 1500 m, eine Woche zuvor, beim Länder*kampf in Hannover, als das Wetter* auch nicht besser war, war sie auch gut und in Los Angeles wird sie es *ebenfalls sein. Die Dame lebt* eben nicht für eine fernere Sportlerzukunft, sie ackert für die Gegenwart, *für Olympia 1984.*

Der Fall Margrit Klinger sollte der Normalfall sein oder der Fall Claudia Losch oder der Fall Jürgen Hingsen oder der Fall Ingra Manecke. Aber sie sind allesamt die große Ausnahme.

Die anderen blicken in die Zukunft – na, wo ist sie denn? – und orientieren sich dabei an *Leistungen* aus den dreißiger und vierziger Jahren. Das ewige Weitsprung-Talent *Jochen Busse hat in Düsseldorf* den Titel mit 7,93 m erkämpft. Dieser Leistungsstandard hätte 1937 ausge*reicht, um sich mit Lutz Long* (7,90 m) einen prächtigen Zweikampf zu liefern. 1960 sprang Manfred Steinbach in Berlin 8,14 m weit, von einer Aschenbahn aus. So etwas sollten sie heute mal dem 7,90-m-Spezialisten Busse zumuten!

Über 400 m rannte Erwin Skamrahl in 46,27 Sekunden ins Ziel. 1954 wäre er damit auch deutscher Meister geworden, aber nur knapp. Europameister Hartmut Weber hätte wohl schon damals den Kampf um den zweiten Platz gegen Karl-Friedrich Haas verloren. Der rannte nämlich schon auf der Aschenbahn 46,7 Sekunden, jedem Wetter.

Weil wir gerade beim Jahre 1954 sind: Damals hätten Karl Fleschen und Uwe Mönckemeyer zweifellos das Zeug zum 5000-m-Olympiasieger gehabt. In 13:57,2 Minutern legte der große Emil Zatopek damals diese Distanz zurück. Auf diese Leistungsebene haben die besten deutschen 5000-m-Läufer nun auch wieder zurückgefunden. Das ehrt sie, denn nun traben sie auf sporthistorischem *Humus.*

Aber da war doch die Kälte von Düsseldorf. . .

Am späten Abend des *12. Juli 1973* saßen wir vor Kälte bibbernd im Münchner Olympiastadion, derweil Harald *Norpoth mit 13:20,49 Minu*ten einen neuen deutschen Rekord über 5000 Meter erzielte. Er hatte damals wegen einer heftigen Erkältung tagelang nicht trainieren können, und beim anschließenden Journalistengespräch saß er mit einem dicken Winterschal da und bekam keinen einzigen Pieps heraus. Aber Rekord ist er gelaufen!

Bei den deutschen Leichtathletik-Frauen ist ja noch einiges im Lot, einiges aber absolut katastrophal: Der Weitsprung-Standard liegt einen Meter unter dem Weltrekord, der im 400-m-*Hürdenlauf ist bis zu fünf (!)* Sekunden niedriger.

Szenenwechsel: Heike Redetzky *ist Meisterin im Hochsprung* geworden, vor Ulrike Meyfarth. Auch dazu eine Ausrede: Das war doch keine Kunst, denn im Gegensatz zur Firma Meyfarth braucht sich Heike Redetzky schließlich nur um Hochsprung zu kümmern

Würde jetzt wirklich ernsthaft für Los Angeles nominiert, kämen vernünftigerweise nur 16 Männer (einschließlich der drei Zehnkämpfer) und 11 Frauen (einschließlich der Siebenkämpferin Sabine Braun) mit nach Los Angeles. Aber man kann so etwas angesichts der Boykottlage den amerikanischen Freunden ja doch nicht zumuten. Wie wäre es denn mit diesem Argument: Was mutet man den amerikanischen Freunden denn zu, wenn der deutsche Kugelstoßmeister Karsten Stolz in Los Angeles einen seiner gefürchteten Neunzehneinhalb-Meter-Stöße darbietet? Oder wenn sich gar herumspricht, daß Bo*do Tümmler vor 16 Jahren* schneller war als der 1500-m-Meister Becker?

Bis zum Mittwoch gilt: Es wird nominiert. KLAUS BLUME

MOTORSPORT

Piquet holt weiter auf

sid, **Detroit**

Für Nelson Piquet liegt die Titel*verteidigung zur Halbzeit* der Formel-1-Weltmeisterschaft wieder im Bereich des Möglichen. Nach seinem *Erfolg vor einer Woche in Montreal* fuhr der Brasilianer auf Brabham-BMW beim Großen Preis der USA/Ost, dem achten von 16 WM-Läufen, in Detroit seinen zweiten Saisonsieg heraus. Der Weltmeister schob sich damit im Gesamtklassement mit 18 Punkten auf den vierten Rang. In Führung liegt weiterhin der Franzose Alain Prost (34,5 Punkte), der Fünfter wurde, vor dem ausgefallenen Österreicher Niki Lauda (24) und dem Italiener Elio de Angelis (19,5).

Platz zwei in dem Rennen, das wegen einer Karambolage beim Start abgebrochen und nach 45 Minuten neu gestartet wurde, belegte der Engländer Martin Brundle auf Tyrrell-Ford. Manfred Winkelhock und Stefan Bellof kamen nicht ins Ziel. Mit Motorschaden am ATS-BMW gab Winkelhock bereits in der ersten Runde auf. Bellof blieb in der *30.* Runde liegen, als er mit dem Tyrrell-Ford in der Schikane die Leitplanke berührte.

SPRINGREITEN

Equipe mit Ligges, Koof

sid/dpa, **Aachen**

Nach Abschluß des Aachener Reit- und Springturniers *benannte* Bundestrainer Hermann Schridde die deutsche Equipe für die Olympischen Spiele. *Neben Europameister* Paul Schockemöhle (Deister) fahren Peter Luther (Livius), Weltmeister Norbert Koof (Fire), Franke Sloothaak (Farmer) und Fritz Ligges (Ramzes) nach Los Angeles.

Schockemöhle sorgte im letzten Springen des Turniers für einen versöhnlichen Abschluß. Nach dem mäßigen Abschneiden der deutschen Reiter, zuletzt im Preis der Nationen (Platz vier), gewann der Mühlener den Großen Preis von Aachen. Als letzter der vier Reiter des Stechens schaffte er mit Deister null Fehler und mit 46,38 Sekunden die beste Zeit. Auf den Plätzen zwei und drei landeten ebenfalls ohne Fehler der Franzose Frédéric Cottier auf Flambeau (48,51) und der Engländer Michael Whitaker auf Overton Amanda (49,17). Vierter wurde Fritz Ligges aus Ascheberg auf Ramzes, der sich damit einen Platz im Olympia-Team sicherte.

SPORT-NACHRICHTEN

Dietzen Meister

Grevenmacher (dpa) – Raimund Dietzen wurde deutscher Meister der Radprofis. In Grevenmacher (Luxemburg) belegte er Platz drei hinter Erich Mächler und Hubert Seiz (Schweiz) bei den gemeinsamen Titelkämpfen von Deutschland, Luxemburg und der Schweiz. Deutsche Meisterin auf der Straße wurde Sandra Schumacher (Stuttgart).

19:19 gegen Ungarn

Sindelfingen (sid) – Deutschlands Handball-Nationalmannschaft kam im dritten Spiel gegen Ungarn zu einem 19:19 (zuvor 19:21, 17:17). Bundestrainer Simon Schobel strich aus dem Olympia-Aufgebot den Essener Torwart Hecker. Für Wunderlich wurde noch ein Platz freigehalten.

Döring trat zurück

Frankfurt (dpa) – Heinz Döring, der Kulturwart des Deutschen Turner-Bundes, ist zurückgetreten. Döring, 1976 in Montreal Olympia-Pfarrer der deutschen Mannschaft, hatte in einer Kampagne gefordert, den Leistungssport für Kinder und die Vorbereitungen der Turnerinnen auf Olympia einzustellen.

Fabre vorne

Hockenheim (sid) – Der Franzose Pascal Fabre (March-BMW) gewann auf dem Hockenheimring den siebten Lauf zur Formel-2-Europameisterschaft. Christian Danner schied in der vierten Runde aus.

Titel für Lobron

Bad Neuenahr (Nea) – Eric Lobron (24) wurde trotz einer Niederlage in der vorletzten Runde (gegen Frank Schönthier) überlegen deutscher Schachmeister. Er holte neun Punkte aus elf Partien. Hinter ihm lagen Ostermeyer und Schönthier (je 7 Punkte), Großmeister Ludek Pachman (60) spielte völlig außer Form und belegte mit fünf Punkten Platz 18 (24 Teilnehmer).

Audi in Flammen

Rotorua (sid) – Die Schweden Blomqvist/Cederberg führen mit ihrem Audi Quattro bei der Rallye Neuseeland. Ihre Team-Kollegen Mikkola/Hertz fielen ausichtslos zurück. Sie überschlugen sich mit ihrem Audi, Öl entzündete sich am Auspuff und setzte den Audi in Flammen. Das Feuer konnte gelöscht werden, aber Mikkola verlor 12:32 Minuten.

McEnroe gewählt

London (sid) – Ausgerechnet Schiedsrichter-Schreck John McEnroe, allein bei den Meisterschaften von Frankreich wegen schlechten Benehmens mit 3600 Dollar bestraft, wurde vor dem Tennis-Turnier von Wimbledon (Beginn gestern) bei einer Sitzung der Spielergewerkschaft ATP in die Disziplinar-Kommission gewählt.

Amateure siegreich

Bad Ems (GAB) – Beim Vier-Länder-Turnier der Golfamateure in Bad Ems siegte Deutschland (6:0 Punkte) vor Schweden (4:2), Irland (2:4) und Frankreich (0:6).

ZAHLEN

FUSSBALL

Aufstiegsrunde zur 2. Liga, Gruppe Nord, Endstand:

St. Pauli – Blau-Weiß 90 Berlin 2:1
1. FC Bocholt – FC Gütersloh 4:3

1. Blau-Weiß 90	8	4	3	1	13:8	11:5
2. St. Pauli	8	4	3	1	12:7	11:5
3. FC Bocholt	8	2	4	2	11:11	8:8
4. Gütersloh	8	2	2	4	14:17	6:10
5. SV Lurup	8	1	2	5	13:20	4:12

Aufgestiegen: Blau-Weiß 90 und FC St. Pauli.

Gruppe Süd, Endstand:

VfR Bürstadt – 1860 München 4:0
FC Homburg – Freiburger FC 4:0

1. FC Homburg	6	5	1	0	15:6	11:1
2. VfR Bürstadt	6	3	1	2	11:8	7:5
3. Freiburg	6	1	1	4	11:15	3:9
4. 1860 München	6	1	1	4	7:15	3:9

Aufgestiegen: Homburg und Bürstadt.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1 0 1 1 1 1 1 2 0 0 1. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 9, 10, 14, 15, 20, 32, Zusatzspiel: 2. (Ohne Gewähr).

KRITIK

Der Realität ans Leder gegangen

Das ZDF-Magazin **Kennzeichen D** hat ernsthafte Konkurrenz bekommen: Zum vierten Male strahlte am letzten Sonntag die ARD eine Folge von TV-Reportagen aus, die über **Deutsches aus der anderen Republik** berichteten. Peter Merseburger und Wolfgang Klein hatten sich in der „DDR" erneut umgesehen und waren fündiger geworden als je zuvor: Ob Merseburgers Berichte über eine Auto-Veteranen-Rallye in Dresden, den Weimarer CDU-Oberbürgermeister Baumgärtl oder Kleins Reportagen über den Generalmusikdirektor der Staatsoper in Ost-Berlin, Otmar Suitner, und über Karikaturisten in der „DDR": alle Beiträge gingen der Realität der „DDR" ans Leder und in keinem wurde versucht, das Unangenehme auszulassen oder wegzukommentieren. Dies gilt ganz besonders für die Reportagen Wolfgang Kleins, der nicht nur scharf und zugespitzt das vorhandene Filmmaterial kommentiert, sondern schon den jeweiligen Interview-Partnern Fragen stellt, die mit Sicherheit nicht gerne gehört und dementsprechend „beantwortet" werden, so zum Beispiel von Henryk Berg, einem Staatskarikaturisten aus Ost-Berlin, der schönfärbte, daß sich die Balken bogen, und den Klein dann auch zu Recht einen „Großmeister im Unter-den-Teppich-Kehren" nannte. Am eindrucksvollsten jedoch das Portrait des Österreichers Suitner, der seit 1960 für Geld und klingende Titel der „DDR" als Generalmusikdirektor dient. Er erwies sich in seinen Antworten als vollendeter Zyniker, und Wolfgang Klein bezeichnete ihn denn auch sichtlich angewidert als „ein Fragezeichen in einer Welt voller Ausrufezeichen". Hier war in der Tat perfekt Deutsches zu besichtigen.

ULRICH SCHACHT

Nach Afrika des Geldes wegen

Der aktuelle Aufhänger fehlte zwar, dennoch war Ruprecht Esers Filmbericht über das Söldnergeschäft interessant. Unter dem Titel **„Schmutziger Lohn"** (ZDF) wurden Praktiken, Hintergründe und Scheußlichkeiten enthüllt, die weitgehend unbekannt sind, obwohl sie unbeschränkt von Jahreszeiten in Blüte stehen. Eser berichtete über die Männer, die für Geld in Afrika, Asien und anderswo ohne Skrupel andere Menschen töten. Der Autor legte den Schwerpunkt seines Berichts auf Information und Authentizität. Sogar Preise für Gefangennahme von Gegnern, abgeschossene Panzer und Getötete wußte Eser anzugeben. Und er hielt auch mit unerfreulichen Wahrheiten nicht zurück: nach wie vor finden sich genügend Männer, die Geld brauchen, familiäre Schwierigkeiten haben, von Geltungssucht getrieben werden oder die aus Abenteuerlust zu „Hunden des Krieges" werden.

Die Rückblende *zu den schlagzei*lenkräftigen Aktivitäten von weißen Söldnern in Angola, Mitte der 70er Jahre, war der interessanteste Teil des Filmberichts. Wer wußte schon, daß ein dort eingesetzter Söldner pro Woche 600 Mark auf ein in der Heimat angegebenes Konto überwiesen bekam, und wer erinnerte sich daran, daß viele ihr Engagement mit Tod, andere mit Gefangennahme, Verurteilung, jahrelanger Haft und einige gar mit der Hinrichtung bezahlten?

Die Demaskierung der drei Kategorien von Männern, die sich zum Söld*nertum hingezogen fühlen, steht* sicherlich auf unwiderlegbaren Erkenntnissen. Die Aussage eines im Film auftretenden Ex-Söldners, der Unterschied zwischen einem Söldner und einem Soldaten liege lediglich darin, daß man die Loyalität des ersteren kaufen könne, hätte jedoch einer etwas gründlicheren Beurteilung unterworfen werden müssen.

WALTER H. RUEB

ARD



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Gesucht: Die Frau des Banditen S.
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Etta Place u. a.
Regie: Lee Philips
11.55 Umschau
12.25 Britische Nachbarn
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Eva Rühmkorf – Nachhilfe für ein Grundrecht
In der neuen Ausgabe der Sendereihe geht es um eine Frau, die seit fünf Jahren Leiterin der „Hamburger Leitstelle zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau" ist: Eva Rühmkorf, die während ihrer Amtszeit unter anderem durchsetzte, daß in Hamburg wahlweise Mann oder Frau den Mutterschaftsurlaub antreten können, daß Stellen im öffentlichen Dienst für Männer und Frauen ausgeschrieben werden müssen.
16.55 Spaß am Dienstag
Heute mit Walt Disneys Micky- and Donald-Show
Zeichentrickfilme
17.20 Da schau her!
Filme über ungewöhnliche Menschen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.30 ***Erbarmen – die Hessen kommen!***
Ein großer Jugendabend
Moderation: Dieter Thomas
22.00 Dallas
22.45 Tagesthemen
23.15 Lion Feuchtwanger
Ein Porträt zum 100. Geburtstag
Film von Wilhelm von Sternburg
0.00 Tagesschau

ZDF

16.30 Mosaik
Für die ältere Generation
Diesmal beschäftigt sich das beliebte Seniorenmagazin mit der Stadt Hameln, in der genau vor *700 Jahren der legendäre Ratten*fänger auftauchte und gibt darüberhinaus Tips für schöne, bequeme und praktische Sommerschuhe.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
Ab in den Norden
Erwartungsvoll starten die Lehmanns zu einer Urlaubsreise und geraten schon bald in einen Stau. Als sie in einem Gasthof übernachten wollen, gibt's die nächste Enttäuschung: Alles besetzt!
19.00 heute
19.30 Ein Mann für zwei Frauen
Nach dem Roman von Benoite und Flora Groult
21.04 Sommerfestival im ZDF
Vorstellung der Spielfilme
21.15 WISO
Wirtschaft und Soziales
Bericht vom EG-Gipfel in Fontainbleau
21.45 heute-journal
22.05 Berlinger
Film von Bernhard Sinkel und Alf Brustellin
23.55 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.30 Auslandsreporter
21.00 Rückblende
21.15 Formel Eins
22.00 Standortsicherung
22.30 Hör dir zu, vertrau dir, nimm dich ernst
23.15 ... mit Liebe vermischt
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Evas Töchter
22.05 Frauenforum
23.05 Der Sternenhimmel im Juli
23.20 Nachrichten

HESSEN
19.00 Formel Eins
19.45 Mode aktuell
20.00 Die vier Gesellen
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kultur-Kalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Das internationale TV-Kochbuch

BAYERN
19.00 Grün ist die Heide
20.25 Die Shadoks
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

Die Schrift, ein Verräter

P.D. – Unlängst fand in Lindau am Bodensee der 12. Internationale Kongreß für Schriftpsychologie/Schriftexpertise statt. Das Thema, mit dem sich die rund zweihundert Experten beschäftigten, klang nicht sonderlich aufregend: „Persönlichkeitsstrukturen in der Handschrift". Schließlich spüren dem die Graphologen schon seit langem nach.

In Lindau konnten die Fachleute, die sich der betriebspsychologischen Praxis widmen, jedoch auf ein paar recht bemerkenswerte Erkenntnisse verweisen, die sich aus einem Vergleich der Untersuchungen in den letzten anderthalb Jahrzehnten ergaben: Sie haben den „Durchschnittsbewerber", wie er sich vor fünfzehn Jahren darbot, mit dem „Durchschnittsbewerber" von heute verglichen. Dabei trat eine auffällige Veränderung in den Persönlichkeitsmerkmalen zutage. So war bei allgemein höherem Intelligenzniveau eine geringere Belastbarkeit festzustellen. Außerdem sind Einordnungs- und Anpassungseigenschaften im Schwinden. Selbst wenn der Bewerber „teamwillig" sei, erweise er sich in der Praxis als wenig „teamfähig". Insgesamt hätten die „Pflichteigenschaften" – Anstrengungsbereitschaft, Arbeitswilligkeit, Beständigkeit und Arbeitsmotivation – sichtlich nachgelassen. Statt dessen verrieten die Handschriften eine Ausweitung der individuellen Neigungen und Ansprüche, weil die Freizeitmöglichkeiten das Hauptinteresse von der beruflichen Arbeit abziehen.

Es war der Dichter Christian Fürchtegott Gellert, der noch in vorgraphologischer Zeit warnte:

„Wenn deine Schrift dem Kenner nicht gefällt,
So ist es schon ein böses Zeichen;
Doch wenn sie gar des Narren Lob erhält,
So ist es Zeit, sie auszustreichen."





Die kleinen Freuden einer großen Reise in die eigene Vergangenheit: Ludwig Emil Grimms Skizzen aus Marburg FOTO: STAUDA VERLAG

Die biedermeierliche Reise des Bruders Grimm

Er ist einer der Brüder Grimm, aber keiner der beiden, die sich mit deutscher Sprache, deutscher Mythologie und deutschen Märchen Ruhm erwarben. Ludwig Emil Grimm (1790 – 1863) lebte in einer anderen Welt. Er war Professor und Lehrer für Komposition im Zeichnen, für Porträtmalen und Malen nach der Natur an der Kasseler Akademie. Seine Freunde schildern ihn als einen warmherzigen, humorvollen Mann, bescheiden und zurückhaltend. Vor allem hat er nie den Blick für die kleinen Alltäglichkeiten verloren. Davon zeugt eine neun Meter lange Papierrolle. Sie wurde aus Zeichnungen zusammengeklebt, die 1850 bei einer Reise in die Vergangenheit entstanden.

Um seiner siebzehnjährigen Tochter Friederike die Orte seiner Jugend zu zeigen, begab sich der Maler mit seiner Familie auf eine behäbige Reise durchs Hessische. Der Johann Stauda Verlag in Kassel hat jetzt erneut eine Faksimile dieses „Reisetagebuch in Bildern" (48 Mark) vorgelegt, um eine Holzrolle gewickelt und wegen seines ungewöhnlichen Formats in Plastikdose und Pappkarton verpackt. So kann man quer über den Fußboden ausrollen, was Ludwig Emil Grimm seinerzeit mit leichter Hand und unbeschwerter Feder festhielt.

Es sind Szenen einer vierwöchigen Reise mit Eisenbahn und Postkutsche, Schilderungen der kleinen Begebenheiten, Begegnungen und Besuche, aber auch der Sehenswürdigkeiten und touristischen Ansichten. Schließlich gab es auch damals schon Orte und Gebäude, die man gesehen haben mußte. Der Maler hat das mit freundlichem Humor notiert und durch kurze Texte oder Sprechblasen mit Originalzitaten in den Zeichnungen pointiert. Für „Comicforscher" ist da also ein bislang unbeachteter Vorfahr zu entdecken. Allen anderen aber gibt diese Rolle einen reizvollen Einblick in die beschaulich biedermeierliche Welt Mitte des vorigen Jahrhunderts.

PETER JOVISHOFF

Uraufführung in Kassel – W. Haupts Oper „Marat"

Pausenbrot für Akteure

Walter Haupt, 1935 geboren, bezeichnet sich selbst als Inszenator, Organisator und Klangarchitekt. Sein Weg führte vom Pauker an der Bayerischen Staatsoper zum Kompositionsschüler Hans Werner Henzes und zum Leiter der Münchner Experimentierbühne. Die erste Oper, „Marat" nach Peter Weiss, uraufgeführt als Auftragswerk des Staatstheaters Kassel unter Leitung von Jean Pierre Faber, beweist seine Hand als Komponist wie seinen Sinn für die Bühne. Aus dem Konversationsstück wird in der Regie von Siegfried Schönbom ein bajuwarisch-barockes Rüpelspiel von praller Aktion, die sich nirgends mit Andeutungen begnügt. Phantastisch allein eine Pantomimeneinlage mit überdimensionalen Stockpuppen und Trollmasken, eine Satansmesse mit nackter Jungfrau wird zelebriert, und eine Kopulation darf nicht fehlen: Hier wurde, der seligen Neuberin sei es geklagt, der Hanswurst auf die Bühne zurückgeholt.

Dramaturgisch funktioniert diese Rückschau auf die Französische Revolution aus der Perspektive eines Irrenhauses dank der Vorlage. Daß der Marquis de Sade in seinen letzten Jahren Insasse des Hospizes von Charenton war und dort vielbeachtete Theaterspiele geleitet hat (schon damals waren solche Anstalten auch Verwahrungsorte für Dissidenten), greifen Haupt und sein Librettist Gerd Uecker auf. Sie deklarieren das ganze Spiel zur therapeutischen Unternehmung einer heutigen Psychiatrie, was zum Ansatzpunkt für allerlei Klamauk wird. Aktuelle Anspielungen auf Gegenwärtiges fallen dabei jedoch so linksgenormt aus, daß ihre Komik eher unfreiwillig ist.

Der Musik von Walter Haupt hört man seine Schlagzeugerfahrung an – das Schlagzeug ist ja ein dramatisches Instrumentarium! –, und er hat sich auch sonst auf der zeitgenössischen Musikbühne mit all ihren Tendenzen neuer Realistik gewissenhaft umgehört. Atmosphärisch erinnerte mich manches an Udo Zimmermanns „Schuhu". Der Aufbau von Spannungen, die rituelle Komposition von Szenen verlaufen ohne Brüche. Die Welt seiner Bühne ist in Ordnung, solange sich etwas auf ihr bewegt.

Wenn ich richtig gelesen habe, geht es in den Dialogen von Peter Weiss zwischen dem fiktiven Stückautor Marquis de Sade und dem höchst dokumentarisch aus seinen Schriften zitierten Revolutionär Jean Paul Marat um das Altern von Idealen und Hoffnungen, und es geht in den gegensätzlichen Positionen der Figuren auch um die Nichtfestlegbarkeit des moralischen Anspruchs der Charlotte Corday, die in „Marat" den Schreibtischtäter einer blutigen Terrorjustiz umbringt. Das ist im Drama wesentlich stimmiger gezeichnet als in der hier von Paula Swepston verkörperten Opernfigur. Wenig glaubhaft bleibt bei Haupt auch der zur Buffofigur verzeichnete, irgendwo zwischen Don Giovanni und Don Alfonso angesiedelte Marquis de Sade, den Michael Litmanow in deklamatorischer Deutlichkeit zu spielen hat.

Somit fehlen dem revolutionären Marat (in dieser Rolle Wicus Slabbert) die ernsthaften Gegenspieler, und es fehlt dem Stück in dieser Hinsicht die



Opernkomponist mit Schlagzeugerfahrung: Walter Haupt FOTO: DPA/LEONHARDT

Dimension des Erschreckens vor jener Revolution, die für die Menschenrechte antrat und mit Menschenopfern endete. Aber der heutige Zuhörer soll und will wohl auch nicht mehr nachdenken und erschrecken, sondern die Klischees nehmen, wie sie ihm geboten werden. So fand ich besonders schön, daß abseits von dem üblichen Theaterbrauch die Schauspieler in der Pause zu essen und zu trinken bekommen, während das Publikum auf seinen Plätzen sitzen bleiben und sich Musik von Walter Haupt anhören muß. Ich war noch nie beim Fasching in Schwabing, aber so stelle ich mir ihn vor.

DETLEF GOJOWY

„Woran kann die Wissenschaft, woran muß sie glauben?" – Kongreß im Studienzentrum Weikersheim

Zwischen Emotionen und Expertisen

Das 1979 gegründete Studienzentrum Weikersheim hat sich in kurzer Zeit eine Spitzenstellung unter den privaten deutschen Akademien errungen. Der Kongreß über „Die Stellung der Wissenschaft in der modernen Kultur" unter dem charmant-souveränen Präsidium Hans Filbingers und mit dem gelassen-präzisen Moderator Prof. Nikolaus Lobkowicz hat das erneut erwiesen.

Die „dramatische Einleitung" (Lobkowicz) hielt Prof. Günter Rohrmoser (Stuttgart-Hohenheim) mit gewohnter Rhetorik, der sein Thema „Wissenschaft und Kulturrevolution – Erneuerung der Universität?" mit geistesgeschichtlichen Rück- und Tiefblicken auf Bacon, Proudhon, Nietzsche, Husserl, Lukacs u. a. radizierte. Er tönte bereits die wesentlichen Thesen und Fragen an, die den Kongreß im weiteren Verlauf beschäftigten. Neu ist nicht die Skepsis gegen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die es schon im 19. Jahrhundert (z. B. Nietzsche) gab, sondern deren Eindringen in die gesellschaftliche Basis – nicht nur bei den „Grünen". Rohrmoser „Nicht der technische Fortschritt, aber der Glaube daran brach zusammen."

Der „unübersehbare Geltungsverlust", den die Wissenschaft erlitten habe, wie es in der Schlußresolution der Tagung einleitend heißt, war ein Leitmotiv der meisten Vorträge. Dabei zeigte sich die Gefahr der aus Abstraktionen gebildeten Pauschalurteile, die den von manchen Rednern beklagten Realitätsverlust zur Bedrohung für sie selbst werden ließ. Im Arbeitskreis „Wissenschaft und Glaube", dessen Programmskizze eine „wertorientierte Wissenschaft" fordert und von Weltbild und Menschenbild spricht, erinnerte Lobkowicz mit gutem Grund daran, daß es nicht die eine Wissenschaft gibt, sondern verschiedene Wissenschaften, deren jede ihre besondere kulturelle und soziale Funktion, aber auch ihre spezifische ethische Problematik besitzt. Die wiederholt gestellte Frage, „was ist wert gewußt zu werden" (Rohrmoser), läßt sich ebensowenig mit einem uniformen Wissenschaftsbegriff beantworten wie das im Arbeitskreis „Wissenschaft und geschichtlicher Auftrag" (Alfred Heuß und Mathias Schramm) behandelte Thema des sogenannten Auftrags an die Wissenschaft, denn es geht heute nicht um einen von der Menschheit oder der Gesellschaft der Wissenschaft erteilten Auftrag im allgemeinen, etwa zur Sinndeutung des Lebens, zur reinen Erkenntnis der Wahrheit oder zur Verbesserung der Lebensqualität, sondern um konkrete selbst gestellte Aufgaben bestimmter Wissenschaftszweige.

Die Richtlinien für Ziele und Grenzen wissenschaftlicher Arbeit sind in jedem Fall von außerdisziplinären Instanzen, Ideen und Weltanschauungen zu erfragen. Ethik, Glaube, Theologie waren da als Stichworte zu hören. Im Arbeitskreis „Wissenschaft und Glaube" sollte dies Thema vertieft werden. Doch gerade hier mußte man weitgehend im Abstrakten bleiben, wo sich der Konsens am leichtesten einstellt. Prälat Bernhard Hanssler (Stuttgart) sah sich immerhin veranlaßt zu betonen, daß Wahrheit im Rahmen dieses Themas nur die christliche Religion bedeuten könne. Daß Differenzen und Nöte erst aus der Anwendung einschlägiger kirchlicher Lehrsätze auf bestimmte Forschungsrichtungen und -ergebnisse, besonders in der Medizin, Biochemie und Nuklearphysik, entstehen, war gewiß den Teilnehmern bewußt, kam aber nur beim Thema Gentechnologie zur Sprache.

Andererseits war die Präferenz einiger für undogmatische Vernunft oder liberales Christentum nicht zu verkennen. Für sie sprach wohl Prof. Friedrich Tenbruck, Philosoph aus Tübingen, als er seinen Vortrag, „Woran kann die Wissenschaft, woran muß sie noch glauben", mit dem Satz einleitete, „Religion und Wissenschaft werden immer neben-, mit- und gegeneinander stehen". Glauben und Wissen sind reinlich zu scheiden, das Wissenswerte unbeweisbar. Die Wissenschaft müsse an sich selbst und ihren Wahrheitsanspruch glauben.

Mit der Wissenschaft als Entscheidungshilfe für den Politiker befaßte sich Ministerpräsident Späth. Weit entfernt, ein Politik-Ersatz zu sein, bietet die Wissenschaft dem Politiker nach seinen Erfahrungen nicht einmal ausreichende Entscheidungshilfe. Oft fand er sich im doppelten Dilemma, einerseits zwischen Gutachten und Gegengutachten bestellter Experten, andererseits zwischen Expertise des Fachmanns und Emotionen des Wählers. Eindrucks- und humorvoll belegte er das am Beispiel der Entscheidung über die Genehmigung eines Kernkraftwerks. Anders als Späth gab sich Bundesforschungsminister Riesenhuber betont akademisch, als er die wohlmeinenden Grundsätze liberaler staatlicher Wissenschaftsförderung darlegte und vor falschem Glauben an den Staat warnte.

Eine geistreiche Selbstkritik der Geisteswissenschaften, für die er einen dem englischen „Humanities" entsprechenden Ausdruck vorziehen würde, lieferte Alfred Heuß im Rahmen einer an Wilhelm Dilthey ausgerichteten Gliederung ihrer Sparten. Ihre Abhängigkeit von einer engeren oder weiteren Öffentlichkeit ist ihr Schicksal. Wie bei anderen Vortragenden folgte auf die Selbstbefragung die interdisziplinäre Kritik. Mit den Politikern waren sich die Gelehrten darin einig, daß das Übel und der wahre Bildungsnotstand nicht in zu wenigen, sondern in falsch geleiteten Investitionen zu suchen ist. Immerhin fließen, wie Hermann Lübbe mitteilte, 2,7 Prozent unseres Bruttosozialprodukts Zwecken der Forschung und Entwicklung zu. Beispiele für Fehlinvestitionen für Pseudowissenschaften wurden genannt, darunter die Futurologie, der Karl Steinbuch eine scharfe Abfuhr erteilte. In der Schlußresolution ist darum von neu entstandenen Fächern die Rede, „die der deutschen Universitätstradition unwürdig sind".

Gewiß: Über die „Legitimität" einzelner neuer Disziplinen läßt sich streiten. Der mehrfach und auch in der Schlußresolution geführte pauschal klingende Angriff auf die Sozialwissenschaften, die sich „ein Monopol auf Sinnvermittlung angemaßt" hätten, ist so allgemein wohl weder haltbar noch die Meinung der ganzen Versammlung gewesen. Das ließ nicht zuletzt der mit viel Beifall aufgenommene Vortrag von Prof. Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach) vermuten. Zur Heilung des von ihr demoskopisch ermittelten Verfalls der Normen des rationalen Verhaltens bei der Jugend empfiehlt sie mehr empirische Sozialforschung zur Korrektur des Einflusses der Massenmedien. Den von ihr diagnostizierten „Zweifel am Verstand", an der Rationalität, die Abnahme der Werte-Übereinstimmung zwischen Eltern und Kindern, findet sie nirgends so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre. Das Schlagwort „no future" ist bei amerikanischen Studenten unbekannt, sein Ursprung selbst der Demoskopin schleierhaft.

HELMUT RUMPF

Rechtschreibreform: Freigabe der Zweifelsfälle?

Groß bleibt nicht groß

Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat davon abgesehen, eine Kommission für die Vorklärung der Frage einer Rechtschreibreform im deutschsprachigen Raum einzusetzen. Damit ist der Vorstoß des rheinland-pfälzischen Kultusministers Georg Gölter (CDU) zunächst gescheitert, die Diskussion über neue Rechtschreibnormen der deutschen Schriftsprache auf nationaler Ebene erneut in Gang zu bringen.

Gölter hatte seine Anregung, wie berichtet (s. WELT v. 21. 5. 1984), an eine Verbalnote der österreichischen Regierung geknüpft, in der die Bundesregierung aufgefordert worden war, den „Meinungsstand der offiziellen Stellen der Bundesrepublik Deutschland zur Frage der Neuregelung der Groß- und Kleinschreibung" mitzuteilen. Dem Anschreiben war der Schriftsatz eines österreichischen Sprachvereins beigefügt, in dem sich eine Gruppe von Wissenschaftlern für die Abschaffung der Großschreibung von Substantiven einsetzte.

Die Kultusministerkonferenz will nun zunächst ihrerseits ein „Abstimmungsgespräch mit Österreich führen". Sie wertet die von der österreichischen Regierung übersandten Unterlagen als Stellungnahme einer Interessengruppe, neben der es – und zwar in Österreich – andere Interessengruppen mit entgegengesetzten Auffassungen gebe. Die österreichische Regierung selbst habe sich bisher jeglicher Stellungnahme enthalten. Zudem habe sie eine eigene Bestandsaufnahme zu den Problemen einer Rechtschreibreform zugesagt, die bis heute noch nicht vorliege.

Nach einer Meinungsumfrage der „Welt am Sonntag" haben sich bisher nur die Kultusminister der sozialdemokratisch regierten Länder Hessen und Bremen für die Einführung der Kleinschreibung ausgesprochen. Die Kultusminister der unionsgeführten Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein haben einer derartigen Reform dagegen eine entschiedene Absage erteilt, da sie nach Meinung der Minister einen „Kulturbruch" bedeuten würde. Die Kultusminister von Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wollten sich zunächst auf keine der beiden Alternativen festlegen.

Insgesamt hat sich bei der jüngsten Zusammenkunft der Kultusminister die Tendenz ergeben, daß die Minister am ehesten eine „Liberalisierung" der Duden-Regeln zur Groß- und Kleinschreibung befürworten würden. Danach könnte die Schreibweise in den sogenannten Zweifelsfällen freigegeben werden. Für Schulunterricht und Abgangszeugnisse würde das bedeuten, daß zwar das „Problembewußtsein" des Schülers weiterhin gefordert sein würde, die Abweichung von den Duden-Regeln aber toleranter als bisher beurteilt werden könnte.

DANKWART GURATZSCH

Mieses München – E. Schmidts Film „Die Story"

Ein Journalist schweigt

Sie rollen Hundertmarkscheine zu dünnen Röhren und schnupfen damit Kokain, sie treiben sich in Schwabing rum und in der Maximilianstraße, sie sitzen vor dem „Extrablatt" und vor der „Roma", parken auf dem Fußweg, trinken Champagner aus der Flasche, fotografieren ihre ausgezogenen Mädchen auf dem Kühler roter Sportautomobile und schnupfen wieder Kokain, das in Blue-jeans-Kartons, Tomatendosen, Filmrollen und im schneeweißen Lamborghini des Dealers angeliefert wird – die Leute von der Münchner Schickeria. Nun ja.

Als der „MZ"-Reporter Raoul Miller (Toni Davis) in seiner Boulevardzeitung eine Story über die Drogenszene schreibt und auch noch Namen nennt, begibt sich höchst Dramatisches: Seine dauernackte Freundin Raphaela (Sasa Thoman) wird zu Tode, er selbst halbtot gespritzt. Der Zeitung droht ein Anzeigenboykott, also feuert man Raoul aus der Redaktion. Die Polizei ist unfähig, die „MZ"-Kollegen sind, wie wir hören, „ganz miese Schweine" und beginnen den Tag mit den Worten: „So, was lügen wir denn heute mal wieder?" Der Drogendealer (Hub Martin) läßt sich vom korrupten Chefredakteur die Adresse von Raouls Eltern geben, und kurz drauf findet Raoul Vater und Mutter blutig hingemetzelt in der Badewanne. So mafiös geht es bei den In-Leuten Münchens zu, – das erzählt uns jedenfalls der Film „Die Story".

Seit dem Mord an Raphaela redet Raoul nicht mehr. „Das ist nicht so selten, wie man glaubt", erläutert eine Ärztin. „Der Tod seiner Freundin hat ihm im besten Sinn des Wortes die Sprache verschlagen." Er schaut bloß noch, fährt mit seinem BMW als einsamer, finster-stummer Rächer dem Lamborghini nach, läuft hin, läuft her, prügelt sich mit einem koksenden Filmregisseur, schweigt Jet-Set-Jugend, Polizisten, Disco-Aufpasser und nackte Mädchen an – und erspart dem Zuschauer so eine Menge billiger Dialoge. Dann erschießt er den blonden Erben der Spaten-Brauerei (Ulrich Tukur), entführt, vermittels Zeichensprache, den Drogendealer – der ganz allein die Unterwelt repräsentiert – und zwingt anläßlich einer Fernsehshow mit vorgehaltener Pistole Dietmar Schönherr, das Geständnis des mörderischen Dealers und die Namen prominenter Münchner Kokser zu verlesen.

Daraufhin wird er von der Polizei von hinten erschossen. Der zynische Chefredakteur aber beschließt, neuerlich von einem – diesmal braven – Anzeigenkunden genötigt: „Gut, machen wir also einen Märtyrer aus ihm." So ist die Skandalpresse, so ist das schicke Münchner Leben – und so ist dieser Film: einfältig, bombastisch und leider nicht einmal in nennenswertem Maße unterhaltsam oder gar spannend. Das Drehbuch schrieb und die Regie führte Eckhard Schmidt.

LUTZ MERKLE

Akademietheater Wien: Dürrenmatts „Physiker"

Irre ist nur die Ärztin

Ob sich Salomon mit Sokrates an Weisheit messen kann, ist strittig, aber in einem Punkt erwies er sich als wahrhaft souverän: Er schuf ein machtvolles Heer und schreckte damit alle Feinde so sehr ab, daß sie nicht wagten, ihn anzugreifen. Wenn man Friedrich Dürrenmatt in seinen soeben vom Wiener Akademietheater neu inszenierten „Physikern" folgen will, so ging Salomons Einsicht in das menschliche Denken so weit, daß er sich, wiederauferstanden, der Wissenschaft bedienen wollte, um die Weltherrschaft, die ihm versagt worden war, friedlich zu erringen. Das freilich wird als Irrwahn der buckligen Ärztin hingestellt.

Hingegen mißt Dürrenmatt im Kommentar zu seinem Stück der Wissenschaft untilgbare Schuld an der Atombombe zu, deren verheerende Existenz in den Jahren, wo das Stück geschrieben wurde, gerade richtig vor Augen trat. Spielt man es heute, wo die Gefährdung noch ganz andere Formen angenommen, aber auch die Gewöhnung daran zugenommen hat, so wirkt es bei allem literarischen Glanz und der klassischen Beschränkung auf Einheit von Zeit und Ort in unbestimmter Weise überholt.

Daß der Regisseur des Stückes, Jürgen Bosse, sich von Propaganda fernhielt und vor allem das philosophische Problem in den Mittelpunkt stellte: „Nichts, was gedacht worden ist, kann rückgängig gemacht werden", ist bei der allgemeinen Sucht nach Zeitbezügen hervorzuheben. Die menschliche Seite trat stärker ins Blickfeld: Die Tragödie des gewissenhaften Physikers Möbius, der vergebens versucht, seine tödlichen Erkenntnisse vor Mißbrauch zu schützen, was freilich ein bloß heroisches Tun gewesen wäre, weil etwas Gedachtes – so Dürrenmatt – immer wieder gedacht wird. Schon der „goldene König Salomon" hatte die Idee, die Früchte der Gelehrsamkeit für seinen Zweck der Weltherrschaft auszunützen. Folgt man den Ausführungen Dürrenmatts im Programmheft, so begriff die wissenschaftliche Elite niemals ihre Sonderstellung und „lieferte sich aus Furcht vor der Macht den Mächten aus".

Das Stück, in der Zeit des absurden Theaters geschrieben und diesem mit manchen dramaturgischen Einfällen, wie dem dreifachen Krankenschwesternmord, verpflichtet, war von der Regie schon deswegen nicht ins rein theatralische zu übersetzen, weil die Annäherung an die Wirklichkeit nur schwer unterzubringen war, obwohl dem Regisseur gerade da ganz großartige Darsteller wie Heinz Schubert (Möbius), Kurt Sowinetz (Newton) und Heinz Reincke (Einstein) zur Verfügung standen. Die wesentliche Rolle der Ärztin, allgemein noch in der Interpretation durch Therese Giehse in Erinnerung, wurde von Hilde Krahl gestaltet. Sie tat dies kühl und überlegt, so daß der ironische Effekt durchaus ins Spiel kam: Die einzige Irre im Narrenhaus ist die Ärztin selbst.

ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Streik der Regisseure droht in den USA

AP, Hollywood

Die Verhandlungen über die Abwendung eines Streiks der 7300 Mitglieder der amerikanischen Vereinigung der Film- und Fernsehregisseure und -Assistenten sind, kurz vor dem Auslaufen ihrer Verträge am 30. Juni, in eine Sackgasse geraten. Ein Streik der Regisseure, es wäre der erste in der Geschichte der US-Filmindustrie, könnte die gesamte Filmproduktion und alle Direktübertragungen des Fernsehens einschließlich der von den Olympischen Spielen in Los Angeles und von den Nominierungskonventen der Demokraten und Republikaner in Frage stellen. Aus Kreisen der Verhandlungsbeauftragten hieß es, die Tarifparteien seien in ihren Vorstellungen „weit auseinander".

„DDR"-Theater scheuen Opern-Uraufführungen

dpa, Berlin

Die Bereitschaft der „DDR"-Opernhäuser, neue Werke uraufzuführen, hat nach Feststellung der Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit" deutlich nachgelassen. Nach einer „imponierenden Phase von Uraufführungen" seit 1967 seien es in den letzten Jahren „weniger geworden". Es deuteten jedoch alle Anzeichen darauf hin, daß es sich bei dieser Entwicklung „keinesfalls um einen Akt der Verkümmerung oder innerer Austrocknung" handele. Was man über die Opernpläne der „DDR"-Komponisten erfahre, lasse Spannung und erneutes Interesse aufkommen. Zahlreiche Werke lägen seit geraumer Zeit vor und harrten der Uraufführung. Hier zeigten einzelne Theater „unbegreifliche Verhaltensweisen".

„Martin Luther – Leben und Werk" in Frankfurt

DW. Frankfurt

Zum Lutherjahr 1983 stellte das Lutherkomitee der Evangelischen Kirche in der „DDR" eine Ausstellung „Martin Luther – Leben und Werk" zusammen. Sie war im Predigerkloster in Erfurt zu sehen und stieß auf großes Interesse. Die seltenen Kunstwerke aus kirchlichen und staatlichen Besitz auch in der Bundesrepublik zu zeigen war nicht möglich. Deshalb wird jetzt in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt mit Fotoreproduktionen ein Eindruck von dieser zentralen Ausstellung vermittelt. Sie ist bis zum 25. August zu sehen, das Begleitheft der Erfurter Ausstellung kostet 3 Mark.

„Vier Jahrhunderte Tabak in Köln"

tz, Köln

„Das Tabakrauchen aus ungedeckelten Pfeifen und Cigarren, auf Straßen und öffentlichen Plätze, ist verboten. . ." besagt 1818 ein Kölner Kundmachung. Sie hängt in der Ausstellung „Vier Jahrhunderte Tabak in Köln", die das Kölnische Stadtmuseum im Zündorfer Wehrturm zeigt. Die Objekte vermitteln einen Eindruck von der wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Bedeutung des Tabaks in Köln – schließlich wurden die ersten Tonpfeifen auf deutschem Boden in Cölln hergestellt. Die Ausstellung ist bis 1985 zu sehen, der anregende Katalog kostet 25 Mark.

Archäologisches Freilichtmuseum

DW. Oerlinghausen

Das Archäologische Freilichtmuseum in Oerlinhausen zwischen Lemgo und Bielefeld ist nach dem Großbrand von 1974, bei dem es total zerstört wurde, wieder aufgebaut worden. Der Schwerpunkt liegt bei Haus- und Hofrekonstruktionen aus frühgeschichtlicher Zeit, führt aber auch bis ins frühe Mittelalter. Dabei werden vor allem Ergebnisse der noch verhältnismäßig jungen Haus- und Siedlungsforschung im westfälisch-lippischen Raum veranschaulicht. Das Freilichtmuseum ist täglich, außer montags, von 9 bis 12 Uhr und von 13.30 Uhr bis 18 Uhr geöffnet.

Andreas Hofer und die Nachwelt

dpa, Innsbruck

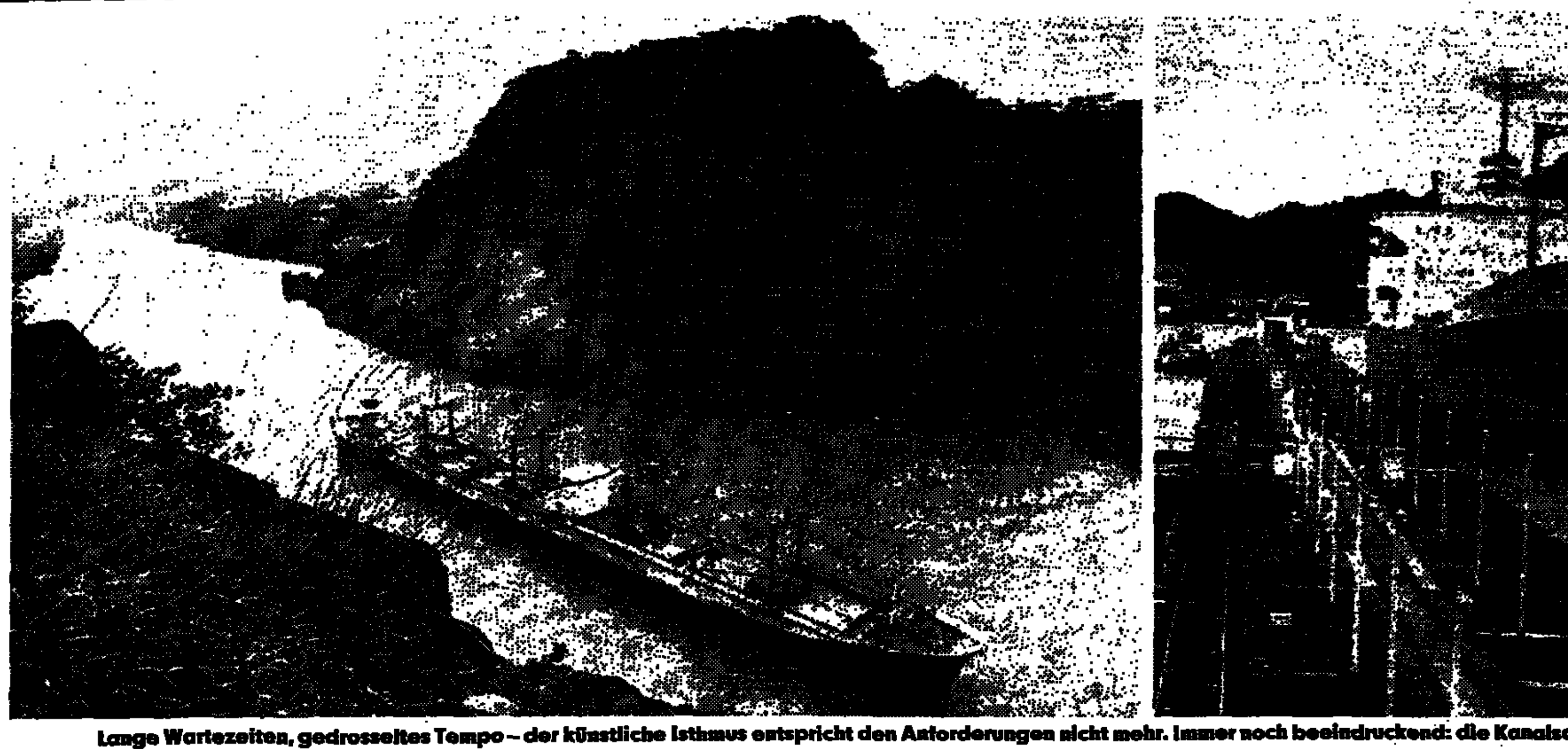
„Andreas Hofer – Mythos und Mißbrauch" will eine Ausstellung, die das Tiroler Landeskundliche Museum im Zeughaus Maximilians I. zu Innsbruck bis zum 30. September zeigt, vorstellen. Neben Malerei, Dichtung, Theater und Musik stand von Anfang an der Kitsch: Hofer auf Pfeifenköpfen und Tabakdosen, Aschenbechern und Kaffeetassen, als Zinnfigur und Kinderspielzeug. Im Ersten Weltkrieg mußte Andreas Hofer auf Plakaten zum Zeichnen von Kriegsanleihen aufrufen, und von Hitler wurde er dann ganz unhistorisch als großdeutscher Eideshelfer benutzt. Nach 1945 durfte er wieder Schutzpatron Südtirols werden. Als die Emotionen beiderseits des Brenners zu Sprengstoffanschlägen führten, fielen auch Hofer-Denkmäler in Mantua (1961), Innsbruck-Bergisel (1961) und Meran (1977) solchen Attentaten zum Opfer.

Erster Versuch brachte Fiasko

Im August 1914 stellten die Amerikaner nach elfjähriger Bauzeit den Panamakanal fertig. 25 Jahre früher, 1889, war der erste Versuch der Franzosen kläglich gescheitert. Das Fiasko brachte 102 000 Franzosen um ihre Ersparnisse: zwei Milliarden Franc. Im Mittelpunkt dieses „Panama-Skandals" stand der Mann, der 20 Jahre zuvor mit dem Bau des Suezkanals den Höhepunkt seiner Weltkarriere erklommen hatte: Ferdinand de Lesseps. Jetzt im Februar 1889, war der 84jährige zum bestgehaßten Mann des *Landes geworden.*

1874 – fünf Jahre nach seinem ägyptischen Triumph – hatte Lesseps sich an die Spitze der Panama-Kanal-Befürworter gesetzt und damit unter seinen *Landsleuten* eine ungeheure Euphorie ausgelöst. Anders als beim lukrativen Suezkanal, wo zunächst nicht ein Centime rollen wollte, wollte man diesmal keine Sekunde beim „Run" aufs schnelle Geld verstreichen lassen. Immer mehr Anleihen wurden gezeichnet – noch immer schneller vor Ort verplempert – ein Faß ohne Boden. 20 000 Arbeiter starben in dem undurchdringlichen, unerforschten Dschungel an Malaria, Gelbfieber und Ruhr. *Als die Panama-Gesellschaft* endlich liquidiert wurde, war Lesseps gescheitert an den sozialen, klimatischen und geologischen Verhältnissen Mittelamerikas, war untergegangen in einem Morast von Unfähigkeit, Scharlatanerie und Korruption.

1903 erwarben die Amerikaner für 40 Millionen Dollar die Konzes*sion zum Bau des Kanals. Sie gin*gen anders vor als der geniale französische Baumeister. Einerseits planten sie bescheidener, andererseits weitblickender. So scheuten sich die Yankees nicht, Staustufen einzuplanen, auf die Lesseps meinte verzichten zu können, legten aber zuerst in einer beispiellosen Aktion die todbringenden Sümpfe trocken und schufen damit quasi nebenbei die Grundlage der modernen Hygiene wie anschließend mit dem Kanal das Fundament eines modernen Staates: Panama. KNUT TESKE





Lange Wartezeiten, gedrosseltes Tempo – der künstliche Isthmus entspricht den Anforderungen nicht mehr. Immer noch beeindruckend: die Kanalschleuse (Foto rechts).
FOTOS: I.R. BLACK, KARSTEN DE RIESE

Panama soll zum zweiten Mal durchstoßen werden

Es ist kein Geheimnis mehr: Der Panama-Kanal, so revolutionär das Bauwerk bei seiner Einweihung 1914 auch anmutete, entspricht den Anforderungen nicht mehr. Über einen zweiten, parallel zum Altkanal verlaufenden Durchbruch ist viel spekuliert worden. Jetzt scheint das neue Riesenprojekt konkrete Formen anzunehmen. Panama jedenfalls ist nicht abgeneigt und Japan bereit. Über den Stand der Dinge berichten die SAD-Korrespondenten Werner Thomas aus Panama-City und Fred de La Trobe aus Tokio.

Die Vision einer zweiten Verbindung zwischen dem Atlantik und dem Pazifik wird in Panama von jeher mit Interesse registriert – solange das Projekt im eigenen Lande realisiert werden soll. Nicolas Ardito Barletta, der neue Staatspräsident, ist sogar ein ganz heißer Befürworter.

Die berühmte Wasserstraße kann täglich zwar bis zu 40 Ozeanschiffe bewältigen und „schafft" Riesen wie den Luxusdampfer „Queen Elizabeth II", die großen Öltanker kommen jedoch nicht durch. Sie müssen nach wie vor *den 11 200 Kilometer langen* Umweg um Feuerland fahren. Die pausenlos beanspruchten Schleusen und Hafenanlagen sind reparaturbedürftig. Dadurch verzögern sich die Warte- und *Abfertigungszeiten, die* normalerweise schon 14, 15 Stunden dauern.

Der 91 Kilometer lange Kanal gehört nicht mehr den amerikanischen *Bauherren allein.* Die Amerikaner teilen seit 1979 das Management mit den Panamesen. Im Jahr 2000 soll Panama endgültig die volle Kontrolle übernehmen. Im Zusammenhang mit dem Projekt des zweiten Kanals ist immer die Frage nach dem Schicksal der alten Wasserstraße diskutiert worden. 10 000 Arbeitsplätze wären gefährdet. Der neue Kanal könnte bereits von 300 bis 400 Angestellten betrieben werden.

Die Vorteile freilich liegen auf der Hand: Die Abfertigung würde wesentlich schneller gehen, die Kosten wären geringer. Die Transitzeit würde sich von rund acht auf etwa drei Stunden senken. *Zur Zeit* kostet eine Durchfahrt um 6200 Dollar. Die „Queen Elizabeth II" hält den Rekord mit 89 154,62 Dollar. Der Kanal verschafft dem Zwei-Millionen-Einwoh*ner-Land jährliche Einnahmen von* 300 Millionen Dollar.

Freilich – vom Kanal allein lebt das kleine Land längst nicht mehr. Panama City, eine eindrucksvolle Wolkenkratzer-Metropole, zählt zu den wichtigsten Bankenzentren der Welt. In der Freihandelszone der Atlantikmetropole Colon befinden sich 800 ausländische Firmenniederlassungen, die einen Umsatz von zwei Milliarden Dollar im Jahr erreichen.

Das Projekt des neuen Kanals ist noch interessanter geworden, seit ein Gerücht kursiert, wonach sich die sandinistischen Comandantes mit dem Gedanken eines Kanals durch Nicaragua beschäftigen, den angeblich die Sowjets bauen wollen. Fachleute winkten jedoch ab: zu kompliziert. Wenn schon ein zweiter Kanal, dann nur in Panama – unter japanischer Beteiligung.

Nippon hat schon sein übergroßes Interesse daran bekundet. Wichtige Rohstoffe und *Nahrungsmittel* – Öl aus Venezuela und Mexiko, Kohle *aus West-Virginia und Kolumbien,* Eisenerze aus Brasilien und Getreide aus dem amerikanischen Mittelwesten – kämen schneller und billiger ins Reich der aufgehenden Sonne. Nach den Vorstellungen der Japaner würde die neue Verkehrsader – 300 Meter breit und 90 Meter tief, also passend für Supertanker bis zu 500 000 BRT – im Abstand von rund 20 Kilometern, parallel zur alten Wasserstraße entstehen. Ein Bombengeschäft für die gegenwärtig *nicht ausgelastete japanische Bauindustrie.*

Führend im Rennen um das Geschäft ist die in Tokio ansässige Firma Penta-Ocean Construction Co., Japans größtes Unternehmen für Erdarbeiten mit ausgiebigen Erfahrungen beim Ausbau des Suezkanals. Fachleute schätzen, daß für das neue Projekt Erdmassen von *1,8 Milliarden* Kubikmeter ausgebaggert werden *müssen.* Das würde einem Würfel mit einer Kantenlänge von 1,2 Kilometern entsprechen. Im Gegensatz zum *Panamakanal von heute* würde der neue Kanal eine „Sea level"-Verbindung darstellen, das heißt, er würde trotz des großen Niveau-Unterschiedes zwischen Atlantik und Pazifik ohne Schleusen auskommen. Welche biologischen Folgen sich daraus ergeben könnten, ist noch unklar; vor Jahren wies „Science" schon auf das Problem hin, daß dann auf jeden Fall Lebensformen von einem Weltmeer ins andere eindringen würden. Außerdem müßten gewaltige Dämme die Wassermassen des Gatun-Sees, der 25 Meter höher liegt als der Kanal, zurückhalten.

Unklar ist noch die Finanzierung der „Kleinigkeit" von 54 Milliarden Mark: der Preis für dieses technische „Non plus ultra".

Gericht setzte strengen Maßstab für Dienstreisen

dpa, Koblenz

Beamte dürfen Reisekosten nur erstattet bekommen, wenn sie für die tatsächliche *Erledigung* des beschriebenen Dienstauftrages notwendig waren. Mit dieser Begründung wies das Oberverwaltungsgericht Koblenz in zweiter und letzter Instanz die Klage eines Beschäftigten der Bundeswehr unter Hinweis auf den Grundsatz der Sparsamkeit im Reisekostenrecht zurück. Der rheinland-pfälzische Beamte hatte die ihm von seinem *Dienstherrn* für einen Lehrgang in Süddeutschland zur Verfügung gestellte Militärdienstfahrkarte ausgeschlagen und fuhr gegen den Willen der Behörde zusammen mit seiner Familie im *Privatwagen, um* anschließend seinen Urlaub zu verbringen. Die Auszahlung der Wegstreckenentschädigung wurde ihm später mit dem Hinweis auf die vorher angebotene *unentgeltliche Bahnfahrt* abgelehnt. Dieser Ansicht schloß sich die Justiz an. Für die Aufwendungen der „privaten Lebensführung" könne der Dienstherr nicht aufkommen (AZ: 2 A 146 / 83).

Brut vernichtet

dpa, Husum

Die schwere Sturmflut des vergan*genen Sonntag hat auf der* Vogelschutzinsel Norderoog den Nachwuchs vieler Seevögel ausgelöscht. Küsten- und Flußseeschwalben, Rotschenkel, Regenpfeifer, Enten und Möven verloren beinahe den gesamten Nachwuchs. Bei den Gelegen der Austernfischer überstanden nur zehn den Sturm. An der Nordspitze von Amrum wurde die größte vorhandene Kolonie der vom Aussterben bedrohten Zwergseeschwalben vernichtet.

Infarktursachen

AP, München

Mediziner und *Psychologen* aus sechs Ländern legten auf dem zweiten internationalen Kongreß der Deutschen Herzhilfe neue Erkenntnisse über den Zusammenhang zwi*schen dem Anstieg der Herzinfarktra*te und der Siedlungsform vor. In der dicht besiedelten nigerianischen Stadt Lagos beispielsweise sei diese Rate inzwischen auf das Niveau Düsseldorfs angewachsen. Aus Hongkong wurde der Anstieg dieser Krankheit besonders in Hochhausvierteln gemeldet.

Schwerkranker gefesselt

AFP, Los Angeles

Nach richterlichem Bescheid dürfen in Los Angeles einem an Lungenkrebs erkrankten, 70jährigen Patienten die Hände gefesselt werden, um ihn am Abschalten seiner künstlichen Lunge zu hindern. Der Patient, der seit dem 14. April stationär behandelt wird, hatte gegen sein Krankenhaus in Los Angeles Klage eingereicht. Er forderte für sich einen würdigen Tod. Demgegenüber war das Gericht der Ansicht, die Krankheit habe ihr Endstadium noch nicht erreicht. Das Krankenhaus handele daher zum Besten des Klägers.

400 Tornado-Opfer?

rtr, Moskau

Mindestens 400 Menschen sollen nach Informationen aus Moskauer *Diplomatenkreisen allein in der* Stadt Iwanowo Opfer der verheerenden Wirbelstürme vom 9. Juni in Zentralrußland geworden sein. Vor einigen Tagen bereits meldete das Ost-Berliner „Neue Deutschland", einer der Wirbelstürme habe eine 140 Meter breite und annähernd fünfzehn Kilometer lange Schneise der Zerstörung durch die Stadt Gorki gezogen.

Erdbeben-Serie

DW. Bonn

Sechs Erdbeben erschütterten am Sonntag Gebiete in Europa und Mittelamerika. Das schwerste Beben mit der Stärke 6,5 auf der Richterskala traf die Dominikanische Republik. Weitere, leichte Beben ereigneten sich in Südspanien bei Malaga; im Kopaonik-Gebirge in Jugoslawien sowie in den italienischen Abruzzen.

Kirchen-Entwidmung

fuß, Hamburg

Nach *Informationen* der nordelbischen Kirche sollen in Amsterdam 15 Gotteshäuser, mehr als ein Drittel der 37 protestantischen Kirchen der Hauptstadt, geschlossen werden. Grund sei die rückläufige *Mitgliederzahl* der Gemeinden.

Gefährlicher „Autoput"

dpa, Belgrad

Zwei schwere Autounfälle forderten am Sonntag auf dem berüchtigten jugoslawischen „Autoput", der Autobahn zwischen Zagreb und Belgrad, elf Menschenleben.

Entführer verprügelt

AFP, Peking

Auf einem Inlandflug von Nanchang nach Fuzhou in Südchina ist eine Flugzeugentführung von einem chinesischen Mitreisenden vereitelt worden. Er verprügelte den mit Handgranaten bewaffneten Hijacker.

ZU GUTER LETZT

„Mehrheit für schönes Wetter". Zwischenzeile in einem Bericht der Nachrichtenagentur AP über die Wetterlage.

Rätsel um den Tod eines Franzosen

Wurde Masselin von albanischen Soldaten erschossen? / Tirana leugnet diese Version

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Alle Welt glaubte, der seit dem 15. Juni vermißte Jean-Marie Masselin sei Gefangener der *Albanier, die* ihn und zwei andere Franzosen beim Unterwasserfischen vor der Küste Albaniens beschossen hatten. Jetzt wurde seine Leiche mit einem Kopfschuß *im Meer bei Korfu treibend aufgefunden.*

Wurde Masselin, der „G. O." (Gentil Organisateur) des Club Méditerranée-Feriendorfs Ipsos auf Korfu war, *bei dem Feuerüberfall getötet* oder von den Albaniern vorsätzlich erschossen, nachdem er sich gefangengab?

Die albanischen Behörden behaup*ten, der 29jährige Masselin sei nicht* gefangengenommen worden, sondern sei vor den „Warnschüssen" albanischer Soldaten geflüchtet, indem er wegtauchte. „Der Tod meines Bruders ist einwandfrei Mord", sagt dagegen Masselins ältester Bruder Jacky. „Mehrere Zeugen sahen, wie er sich *mit erhobenen Händen* am Strand den albanischen Soldaten stellte."

Die Leiche Masselins wurde von griechischen Fischern vor Korfu aufgefunden. Der Präsident des Club Méditerranée, Gilbert Trigano, überbrachte persönlich der Familie Jean-Marie Masselins – der einen Bruder und fünf Schwestern hatte – im nordfranzösischen Caudebec-les-Elbeuf *die traurige Nachricht. Eine Autopsie* soll die genaue Todesursache klären. Nach ersten Meldungen soll der Franzose durch einen Kopfschuß getötet worden sein.

Masselin war mit seinen Kollegen, dem aus Tahiti stammenden Patural Hoatu, 23, und einem Feriengast, Bertrand Labat, 28, *losgefahren, um* für das Feriendorf Fische zu fangen. Alle drei waren erfahrene Taucher. Sie heuerten ein griechisches Fischerboot an, das ihr Schlauchboot bis an *die Grenze der albanischen Gewässer* schleppte. Das Feriendorf liegt nur 2,5 Kilometer von der albanischen Küste entfernt.



Jean-Marie Masselin

Die drei tauchten in ihren Gummianzügen und mit ihren Harpunen. Dabei näherten sie sich der albanischen Küste bis auf wenige Meter. Plötzlich tauchten am Strand vier junge albanische Soldaten auf, die mit ihren Maschinenpistolen Warnschüsse ab*gaben. Hoatu und Labat tauchten* weg und schwammen zu dem griechischen Fischerboot, das außerhalb der albanischen Gewässer wartete. Weitere 40 albanische Soldaten kamen aus dem Hinterland ihren vier Kameraden zu Hilfe und veranstalteten ein regelrechtes Feuerwerk auf die flüchtenden Franzosen. Hoatu erhielt einen Schuß in den rechten Arm.

Hoatu und Labat erreichten dennoch das Boot. Die Fischer berichteten ihnen, sie hätten gesehen, wie Masselin am Strand von den ersten vier albanischen Soldaten umringt worden sei. „Er lebte und war sichtlich unverletzt", erklärten die griechischen Matrosen. Das abgetriebene Schlauchboot der Franzosen wurde später von Kugeln durchsiebt von einem anderen griechischen Boot aufgefischt. Masselin jedoch blieb verschwunden.

Der französische Botschafter in Tirana wurde im albanischen Außenministerium vorstellig, und das Pariser Außenministerium am Quai d'Orsay bat den albanischen Botschafter in Paris zu sich. Ohne Erfolg: Die Albanier blieben bei ihrer Version, die Küstenwachen *hätten* Masselin nicht festgenommen.

Die albanische offizielle Presseagentur „Alba" verbreitete am Wochenende eine Version, die den Tatsachen widerspricht, wie sie die beiden davongekommenen Franzosen und die griechischen Fischer berichteten: Der Agentur zufolge näherten sich drei Unbekannte zweimal in einem Schlauchboot der Küste. Beide Male hätten die Küstenwachtruppen Warnschüsse in die Luft abgegeben.

(SAD)

Eine Spur verliert sich im Nichts

Seit einem Jahr ist Emanuela Orlandi verschwunden / Eltern: „Unsere Tochter lebt"

KLAUS RÜHLE, Rom

Vor einem Jahr verschwand die damals 15jährige bildhübsche Vatikan-*Bürgerin Emanuela Orlandi in Rom.* Seither sind die italienischen Polizeiorgane und Geheimdienste pausenlos damit beschäftigt, Spuren nachzugehen, Widersprüche aufzuklären, um *das Rätsel der Entführung zu lösen.* Verschiedene Botschaften der vermeintlichen Entführer ließen den Schluß zu, daß Emanuela das unschuldige Opfer eines grausamen Spiels geworden war, bei dem es um Spionage, Terrorismus und Erpressung ging. In ultimativen Forderungen an den Vatikan wurde die Freilassung des Papst-Attentäters Ali Agca verlangt. Ob es sich dabei um Dichtung und Wahrheit handelte, ob das Verschwinden des Mädchens nicht etwa von den Organisatoren des Papst-Attentats zum willkommenen Täuschungsmanöver benutzt wurde, um Agca freizubekommen, bleibt bis heute ungeklärt. Manches spricht *auch dafür, daß Emanuela in die Hände* internationaler Mädchenhändler gefallen ist, wie vor ihr vermutlich eine ganze Reihe von spurlos verschwundenen jungen Italienerinnen. In den vergangenen Jahren sind nicht weniger als 2000 Minderjährige, meist besonders hübsche Mädchen, von den Angehörigen als vermißt gemeldet worden. Sechs Wochen vor dem Verschwinden Emanuela Orlandis war die gleichfalls auffallend hübsche Römerin Mirella Gregori, auch 15 *Jahre alt, gekidnappt worden.*

Terroristen oder Mädchenhändler, Hypothese steht gegen Hypothese. Die Eltern Emanuelas sind jedenfalls überzeugt davon, daß ihre Tochter *noch* am Leben ist *und* eines Tages wieder auftauchen wird. Ihr Vater, der Vatikan-Angestellte Ercole Orlandi hat wiederholt erklärt: „Wir warten täglich auf sie. Wenn keiner von uns *zu Hause ist, lassen wir den Hausschlüssel* draußen stecken, damit unser Kind jederzeit in die Wohnung kann. Wir bekamen das Futteral, in dem Emanuela ihre geliebte Flöte aufbewahrte, zugestellt. Nicht aber das Instrument selbst. Unsere Tochter hatte die Flöte am Tage ihres Verschwindens bei sich. Man hat sie ihr wohl gelassen, denn Flöte spielen war ihr ein und alles."

Emanuela Orlandi

Die seither an die Familie Orlandi gerichteten Kommuniqués waren *zwar meist sehr verworren,* enthielten aber viele Beweise dafür, daß die Entführer Emanuela und ihre Eigenschaften genau kennen. Dazu gehört der Hinweis, daß das Mädchen sechs Muttermale auf dem Rücken trägt. Ferner die Feststellung, daß Emanuela einen unüberwindlichen Widerwillen gegen Milch hat. Die Entführer wissen auch, daß sie zwar in ihren Mußestunden leidenschaftlich gern Flöte spielt, sich damit aber nicht vor der Öffentlichkeit zeigen will, weil sie zum Noten lesen eine Brille aufsetzen muß. Dazu Vater Orlandi: „Da schämte sie sich immer." All das und manche weitere sehr persönliche Eigenschaft des Mädchens sind ihren Kerkermeistern bekannt.

Ercole Orlandi versichert: „*Ich bin* nur ein kleiner Angestellter des Heiligen Stuhls und bestimmt kein Mitwisser von Staatsgeheimnissen. Meine Aufgabe besteht lediglich in der Zustellung von Einladungen für die Papst-Audienzen. Es mag sein, daß es im Vatikan ein paar Personen gibt, die mehr wissen als ich, aber sie vertrauen mir keine Geheimnisse an." Orlandi hält es nicht für ausgeschlossen, daß man mit der Entführung seiner Tochter den Papst oder den Vatikan *treffen wollte.* Über die insgesamt neun Appelle, die Johannes Paul II. im Lauf eines Jahres an die Entführer gerichtet hat, um die Freilassung Emanuelas zu erreichen, seien in der Presse viele Kommentare erschienen. Doch sei es nur natürlich, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche sich für eine Vatikan-Bürgerin einsetze.

WETTER: Stark bewölkt

Wetterlage: Mit einer lebhaften Nordweströmung ziehen Tiefausläufer in rascher Folge über Deutschland südostwärts. Sie halten die Zufuhr von kühler Meeresluft aufrecht.



Vorhersage für Dienstag:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen oder Sprühregen. Nur im Südwesten gelegentlich auflockernde Bewölkung und kaum Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen dort bei 20 Grad, sonst nur 13 bis 18 Grad. Nachts Abkühlung auf 13 bis 19 Grad. Im Süden schwächer, sonst mäßiger bis frischer Wind um West.

Weitere Aussichten:

Weiterhin kühl und unbeständig.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	31°
Bonn	12°	Kopenh.	13°
Dresden	13°	Las Palmas	21°
Essen	11°	London	22°
Frankfurt	14°	Madrid	25°
Hamburg	10°	Mailand	22°
List/Sylt	11°	Mallorca	26°
München	14°	Moskau	21°
Stuttgart	15°	Nizza	34°
Algier	24°	Oslo	15°
Amsterdam	14°	Paris	17°
Athen	28°	Prag	12°
Barcelona	24°	Rom	23°
Brüssel	14°	Stockholm	13°
Budapest	17°	Tel Aviv	30°
Bukarest	13°	Tunis	27°
Helsinki	16°	Wien	14°
Istanbul	26°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 4.51 Uhr, Untergang: 21.51 Uhr; **Mondaufgang:** 3.15 Uhr, Untergang: 20.33 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seit heute kann Danny Dattel wieder gut schlafen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Beinahe „in letzter Minute", am 16. Februar dieses Jahres, war ein Wirtschaftsprozeß nach fast sechs Jahren zu Ende gegangen, der in der deutschen Nachkriegsgeschichte seinesgleichen sucht. Der Mann, der einem der größten deutschen Privatbank*häuser, der Kölner Herstatt KG aA,* seinen Namen gab, war wegen schweren Bankrotts und Untreue zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Iwan D. Herstatt, heute 70 Jahre alt, sei entscheidend für einen Schaden von 1,2 Milliarden Mark – verursacht durch Devisenspekulationen abenteuerlichen Ausmaßes – verantwortlich. Herstatts Anwälte haben den Ex-Bankier, dessen Verfahren wegen Krankheit lange Zeit von dem gegen die weiteren elf Angeklagten abgetrennt war, bisher zwar vor der Haft bewahrt, sie werden aber noch *die Revision vor dem Bundesge*richtshof durchzustehen haben.

Seit heute null Uhr, kann einer der Hauptverantwortlichen, Herstatts Chef-Devisenhändler Dany Dattel (44), aufatmen. Er, der sich wegen KZ-bedingter „lebenslänglicher Erinnerungszwänge" 1979 dem Prozeß entzog, kann nun endgültig nicht mehr belangt werden. Nach zehn Jahren sind die möglichen Anklagepunkte verjährt. Im August 1982 ist der Prozeß gegen ihn eingestellt worden, seitdem gab es aber immer wieder Gerüchte, ihn doch wieder vor den Kadi zu zitieren.

12 frühere Herstatt-Mitarbeiter sind zum Teil rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Darunter waren der ehemalige Generalbevollmächtigte Bernhard Graf von der Goltz (48), der Leiter der Auslandsabteilung Heinz Hedderisch (52) sowie der Bankkaufmann Kurt Wikkel, der Devisenhändler Bruno Heinen und die freien Devisenmakler Norbert Arden und Bruno Bläser.

Dabei war dieser Prozeß nicht der einzige, der sich um die Bankpleite vom Sommer 1974 rankte, wenn auch der einzige Strafprozeß. Kaum mehr zu zählen sind die Verfahren, bei denen es um Schadenersatz *ging: so* gegen den Hauptaktionär der Herstatt-Bank, den Versicherungs-Konzern-Chef Hans Gerling, dem als Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank vorgeworfen wurde, er sei für die Pleite mitverantwortlich gewesen. Doch Gerling, der mit dem Verkauf der Hälfte seines Versicherungsimperiums für 200 Millionen Mark erst den späteren Vergleich ermöglichte, würde von dem Vorwurf in mehreren Verfahren freigesprochen. Er brauchte keinen Schadenersatz zu leisten. Strafrechtlich wurde nie gegen ihn prozessiert, auch als Zeuge trat er – wegen Krankheit – nie auf.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte sich in mehreren Revisionsverfahren mit Ansprüchen von Herstatt-Geschädigten zu beschäftigen. Die spektakulärsten: Die Schadenersatz*ansprüche, die von Banken gegen die* Bundesbank angestrengt worden waren. Sie vermißten eine Warnung, daß Herstatt wegen Überschuldung geschlossen werden müßte. Der BGH: Die Bundesbank *habe nicht die Kompetenzen* eines Konkursverwalters oder der Bankenaufsicht zu übernehmen. Degegen mußte sich die Bankenaufsicht als Dienstaufsichtsbehörde *sagen lassen, sie habe nicht* und zu spät reagiert und damit Sparer um Millionen gebracht. Doch auch diese Schadenersatzklage einer Interessengemeinschaft der Herstatt-Sparer, *die den Bund schlimmstenfalls* 250 Millionen Mark gekostet hätte, ging nach anfänglichen Teilerfolgen negativ aus.

Der Interessengemeinschaft gehörten die Sparer an, die nicht durch den „Feuerwehrfonds" entschädigt werden *konnten. Er hatte jeden Sparer* mit Spareinlagen unter 20 000 Mark sofort aus eigenen Mitteln entschädigt.

Wer größere Guthaben hatte, ging zunächst leer aus, wurde jedoch später aus der Vergleichsmasse wenigstens zum Teil befriedigt. Noch heute fließen an die Gläubiger der Bank aus Abwicklungsgewinnen Gelder, die die anfängliche Quote von 65 Prozent der Forderungen von Privatkunden auf inzwischen 75,4 Prozent erhöht *haben. Banken und Kommunen,* die ihre Gelder zinsgünstig bei Herstatt gehalten hatten, erhielten bis heute 65 (vereinbart waren 45 bzw. 55) Prozent zurück.

Zwar hat die Bank am frühen Nachmittag des 26. Juni 1974, heute *vor zehn Jahren auf Anordnung* der Bankenaufsicht ihre Schalter schließen müssen, doch sie „arbeitet" immer noch. Unter Leitung eines Abwicklers sind neun Mitarbeiter damit beschäftigt, die anstehenden Besserungsquoten an die Sparer zu bringen und nach inzwischen verzogenen Empfängern zu fahnden.